Donnerstag, 15. September 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 215 - 37.W.- Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100.00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1.80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Kreml blockiert: Die Sowjets werden an ihrer starren Haltung bei den Genfer Raketen-Verhandlungen mit den USA festhalten, macht Vize-Außenminister Kornienko deutlich. Das von Außenminister Genscher nach Gespräch mit Gromyko vermutete Einlenken beim Stolperstein Anrechnung britischer und französischer Systeme sei „Wunschdenken". Genscher: Moskau blockiert echten Fortschritt.

Doch Zensur: Die „DDR" hat das Schlußdokument der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) doch nicht in ganz Mitteldeutschland verbreitet, wie es zunächst den Anschein hatte. Das Dokument wurde nur in der Ostberliner Stadtausgabe des SED-Blattes „Neues Deutschland" abgedruckt.

Schweiz boykottiert: Auch die Regierung in Bern schließt sich dem Boykott des Luftverkehrs nach und aus der UdSSR für 14 Tage an. (S. 8)

Polen teurer: In Polen sollen zum Jahreswechsel die Grundnahrungsmittel wieder teurer werden, kündigt die Regierung an. In der Vergangenheit haben Verteuerungen zu Unruhe geführt.

Post-Verhandlungen: Bundesregierung bietet Ost-Berlin sofortigen Abschluß eines neuen Post- und Fernmeldeabkommens an, wenn zusätzliche Leistungen erbracht und Mängel beseitigt werden. (S. 5)

Sorgen in der SPD: Der frühere Bundeskanzler und stellvertretende Parteivorsitzende Schmidt warnt die SPD davor, in der Nachrüstungsdebatte durch Vorabfestlegungen ihre politische Handlungsfähigkeit zu zerstören. (S. 1)

Senat billigt Militäretat: Der amerikanische Senat billigt den Verteidigungshaushalt von 188 Milliarden Dollar einschließlich der Produktionserlaubnis für MX-Raketen.

Morddrohung gegen Reagan: Die US-Botschaft in Manila soll Morddrohungen gegen den Präsidenten erhalten haben, der die Philippinen im November besuchen will.

Linientreue: In der SED-Führung vermutet man offensichtlich Unsicherheiten bei Funktionären in der Einordnung aktueller Entwicklungen. Der Ostberliner SED-Chef Neumann mahnte die Kader zu mehr Überzeugungsarbeit bei den Menschen in der „DDR". (S. 4)

Heute: Regierungserklärung von Bundesinnenminister Zimmermann zum Umweltschutz; Bundestagsdebatte. – Berlins Regierender Bürgermeister trifft SED-Chef Honecker. – Eröffnung der Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt. – Zehnergruppe-Konferenz in Paris mit stellvertretenden Finanzministern. – Zivilluftfahrt-Organisation ICAO berät in Montreal über Konsequenzen aus Jumbo-Abschuß.

ZITAT DES TAGES



» Die Sowjets verfolgen nach wie vor das Ziel, Europa in die Position der Unterwerfung zu bringen. Sie können sich also nicht entwaffnen. «

Der Schriftsteller und ehemalige Kampfgefährte Titos, Milovan Djilas, im Gespräch mit der WELT. (S. 6)
FOTO: GAMMA/STUDIO X

WIRTSCHAFT

Härte bei Stahl: Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff schickt zwei Beschwerden zur EG-Kommission nach Brüssel; Protest gegen Senkung des deutschen Stahlquotenanteils und Forderung nach Einhaltung der Dritt-Staaten-Kontingente.

Lärmschutz: Verkehrsminister Dollinger und Innenminister Zimmermann einig über neue Lärmschutzpolitik im Straßenverkehr. (S. 9)

BfG: Vorstandssprecher Wegscheider erwartet ein Plus von 10 bis 15 Prozent für das Betriebsergebnis 1983 gegen 1982. BfG Luxemburg S. A. will Privatkundengeschäft weiter ausbauen. (S. 9 und 11)

Daimler-Benz: Das mit 38,9 Milliarden DM (1982) umsatzstärkste Autounternehmen Europas erwartet 1983 deutliches Plus: mehr als 470 000 Einheiten gegen 458 000 in 1982. (S. 11)

Hermes-Erhöhung: Die Bundesregierung hält an einer Erhöhung der Gebühren für Exportbürgschaften und -garantien fest. (S. 10)

Börse: Nach leichterem Beginn setzte sich gegen Schluß eine widerstandsfähige Tendenz an den Aktienmärkten durch. Der Rentenmarkt war ruhig. WELT-Aktienindex 135,4 (136,6). Dollarmittelkurs 2,6833 (2,6770) Mark. Goldpreis je Feinunze 401,75 (406,75) Dollar.

KULTUR

Blick ins All: Mit dem europäischen Röntgensatelliten Exosat haben Göttinger Astronomen erstmals in das Innere eines 250 Millionen Lichtjahre entfernten Sternsystems außerhalb unserer Milchstraße gesehen. Sie vermuten dort „supermassive schwarze Löcher".

Bunuel-Biennale: Die nächste Biennale in Venedig soll ganz im Zeichen des spanischen Regisseurs Luis Bunuel stehen.

Orchestre de Paris: Mit einem Konzert bei den Berliner Festwochen eröffnet das Orchestre de Paris eine Deutschlandtournee.

SPORT

Fußball: Der ungarische Verband hat die Vereine Honved und Dozsa Budapest für ihr „schleppendes und energieloses Spiel" bestraft. Bei den Vereinen geht es um die Klubs der Armee und des Innenministeriums.

Motorsport: Der deutsche Meister Manfred Herweh startet auf der Berliner Avus – zwei Tage nachdem er ein Krankenhaus verlassen hat. Ihm war nach einem Unfall in England ein Zeh amputiert worden. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Busunglück: 13 Menschen kamen ums Leben, als ein ungarischer Bus in Österreich in eine Schlucht stürzte.

Chinesische Entdeckung? Nicht die Wikinger oder Kolumbus sondern Chinesen sollen als erste Amerika entdeckt haben.

Schmerzen: Dem noch weitgehend unerforschten Phänomen des Schmerzes widmet sich die Jahrestagung der europäischen Gesellschaft für Neurowissenschaft in Hamburg. (S. 18)

Wetter: Im Norden stark bewölkt bis bedeckt und regnerisch, 19 Grad; im Süden vorübergehend sonnig, später veränderlich bewölkt, 22 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Moskau bleibt hart: Position für Genf „nicht geändert"

Kornijenko dementiert Genscher: „Wunschdenken" / Angriffe auf USA

F. H. NEUMANN/DW. Moskau/Bonn

Die Sowjetunion hat öffentlich zu erkennen gegeben, daß sie bei den Genfer Raketenverhandlungen nicht zu einem Entgegenkommen bereit ist, das vom Westen als befriedigend angesehen werden könnte. Sie beharrt, wie gestern auf einer internationalen Pressekonferenz in Moskau hervorgehoben wurde, auf der Einbeziehung französischer und britischer Nuklearraketen in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über den Abbau von Mittelstreckenwaffen. Die Position Moskaus habe sich nicht geändert, versicherte der erste stellvertretende Außenminister Georgi Kornijenko.

Kornijenko suchte insbesondere Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher entgegenzutreten, der nach einem Gespräch mit Sowjetaußenminister Gromyko in Madrid den Eindruck wiedergegeben hatte, der Kreml könnte seine Forderung fallenlassen. Genscher, so Kornijenko, sei einem „Wunschdenken" zum Opfer gefallen. Der sowjetische Minister verwendete dabei ausdrücklich das deutsche Wort. „Ob es nun gefällt oder nicht, ob man sie (die britischen und französischen Waffen) als Waffen mittlerer Reichweite oder als strategische bezeichnet – es ist absolut notwendig, sie in Genf zu berücksichtigen." Genscher habe Gromykos Worte „bei weitem nicht genau" wiedergegeben. Kornijenko vertrat sogar die Auffassung, die Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens seien „bisher nirgends berücksichtigt worden". Er bestritt damit, daß sie bereits im zweiten Vertrag über die Begrenzung strategischer Rüstung (SALT-II) mitgezählt worden seien.

Auch der stellvertretende Chef des sowjetischen Generalstabs, Marschall Sergej Achromejew, betonte – an der Seite Kornijenkos – als Basis für eine Übereinkunft in Genf komme nur in Frage, was er als „unsere Thesen" so bezeichnete: Keine Stationierung neuer US-Waffen in Europa, also weder Cruise Missiles noch Pershing 2; dazu die Einbeziehung der Kernwaffen Frankreichs und Großbritanniens. Zwischen den Marschflugkörpern und den Pershing-Raketen bestünden nur „Unterschiede rein militärischer Art". Für die Sowjetunion seien sie aber gleichermaßen gefährlich.

Der Marschall schloß mit diesen Worten jede Differenzierung und die mögliche Hinnahme von Cruise Missiles durch Moskau aus. Von einer Alternative im Sinne des „Waldspaziergang"-Kompromisses, der gleichfalls den westlichen Verzicht auf die Pershing-Rakete vorgesehen hätte, wollte auch der stellvertretende sowjetische Außenminister nichts wissen. Die USA, so Kornijenko spöttisch, hätten „weder im Verhandlungszimmer noch irgendwo anders" eine verantwortungsvolle, konstruktive Einstellung gezeigt. Das sei das Wesentliche.

Beide Vertreter der Sowjetführung wiederholten unter Berufung auf die verschiedenen Vorschläge von Generalsekretär Andropow sowohl in den Forderungen wie in den Abrüstungsofferten unverändert die bisherigen Positionen Moskaus. Insgesamt bestehe bei Mittelstreckenwaffen in Europa ein ungefähres Gleichgewicht zwischen der Sowjetunion und der NATO. Von dieser Behauptung, die sich auf land- und seegestützte Raketen sowie auf Flugzeuge mittlerer Reichweite bezieht, rückte Moskau keinen Millimeter ab. Frankreich wird dabei ausdrücklich zur NATO gezählt.

Über die konkrete Bedeutung des sogenannten „Verschrottungsangebots" bezüglich eines Teils sowjetischer Raketen ließ sich Achromejew nur wenige Einzelheiten entlocken. Er verwendete den Begriff „likwidirowatj" (liquidieren), der vom deutschen Übersetzer mit „Abschaffung" und mit „Verschrottung" wiedergegeben wurde. Er sagte aber, es beziehe sich auf Startrampen, Raketen und Militäreinheiten, und zwar „konkret in dem Maße, wie man sich in Genf einigen" werde. Gleichzeitig verlangte der Sowjetmarschall, daß dann auch die vorbereiteten Anlagen auf westlicher Seite „zu demontieren" seien.

Auf den Abschuß der koreanischen Verkehrsmaschine angesprochen, unterstrich der stellvertretende sowjetische Außenminister, daß Moskau die Genfer Verhandlungen mit diesem Thema nicht belasten wolle (wohl aber die USA). „Wir halten es für falsch, irgendwelche Fragen, die mit dem Thema nichts zu tun haben, in Genf einzubeziehen", sagte Kornijenko. „Unsere dortige Position hängt nicht davon ab, was in diesem

▲ Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Abkühlung

HEINZ BARTH

Nun hat der Kreml also die Blätter der Kartenleger vom Tisch gefegt, die uns unentwegt Glück, Honigkuchen und eine in die Schmusewolle der Ost-West-Harmonie stoßsicher verpackte Verständigungsmöglichkeit versprachen. Anders als brutal ist es nicht zu nennen, wie Georgi Kornienko, Vize-Außenminister der Sowjetunion, die Hoffnung Hans-Dietrich Genschers als „Wunschdenken" verhöhnte. Moskau könnte geneigt sein, auf die Anrechnung der 162 britischen und französischen Raketen gegen das Mittelstrecken-Potential der Sowjetunion zu verzichten.

Es war lange bekannt, daß die Sowjets nie auf die Null-Option eingehen würden, die Westeuropa nicht mehr erpreßbar für die Bedrohung durch Mittelstrecken-Raketen gemacht hätte. Die Sowjetunion baut im Gegenteil zur Zeit drei neue Stützpunkte, die mit je neun SS-20-Raketen bestückt werden – und dies, obgleich sie über die SS 22 verfügt, die mit ihrer Reichweite von 950 km ebenfalls im Mittelstreckenbereich einsetzbar ist, aber natürlich nicht mitgezählt wird. Unter diesen Umständen entpuppt sich das sowjetische Angebot, beide Seiten sollten ihr Raketen-Arsenal jeweils um ein Drittel vermindern, als simple Bauernfängerei, weil sich die Berechnungsgrundlage, auf der in Genf diskutiert wird, noch immer laufend zugunsten Moskaus verändert.

In der Praxis ändert sich nicht das geringste am Ziel des Kreml, den Vorsprung festzuschreiben, den ihm die lethargische Phase westlicher Rüstungsmüdigkeit verschafft hat. Wir wissen jetzt, daß die Sowjetunion nicht daran denkt, Konzessionen zu machen, die für den Westen auch nur einigermaßen akzeptabel wären. Damit ist das jetzt kaum noch vermeidbare Scheitern in Genf programmiert. Offenbar setzt der Kreml immer noch auf die Chance, die „Friedensbewegung" könnte die NATO zu einer Verschiebung des Termins für die Durchführung des Doppelbeschlusses zwingen.

Aber die Moskauer Pressekonferenz macht es denen schwer, die den Amerikanern gern alle Schuld an dieser Enttäuschung gegeben hätten. Denn jetzt läßt es sich nicht mehr verheimlichen, daß es die Sowjets waren, die damit für eine Vorkühlung des „heißen Herbstes" gesorgt haben. Das ist schlimmer als Immobilismus. Das ist Troglodyten-Diplomatie. Schwer verdaulich für einen Mann von der extremen Hellhörigkeit Hans-Dietrich Genschers, den schon eine unverbindliche Randbemerkung des Kollegen Gromyko, Mittelstrekken-Raketen hätten auch eine strategische Komponente, zu Illusionen verleiten kann, die sich nie erfüllen, wenn die Sowjetunion der Partner ist.

Wallmann präzisiert sein Wahlziel

„Jede Stimmabgabe für die FDP ist auch eine Stimme für mich"

D. GURATZSCH, Frankfurt

Die hessische CDU will in der Schlußphase des Wahlkampfes für die vorgezogene Landtagswahl am 25. September verstärkt für eine Koalition aus Christlichen und Freien Demokraten werben, weist aber jeden Gedanken an eine „Leihstimmenkampagne" zurück. Spitzenkandidat Walter Wallmann verwendete gestern vor der Presse die Formulierung „Jede Stimmabgabe für die FDP ist auch eine Stimmabgabe für den Ministerpräsidenten-Kandidaten Walter Wallmann." Wallmanns Kurs war zuvor vom Landesvorstand der CDU einstimmig gebilligt worden.

Vor der Landesvorstandssitzung hatte es Spekulationen gegeben, die CDU könnte wegen der schlechten Ergebnisse der FDP in Meinungsumfragen zwei Wochen vor der Wahl doch noch Front gegen den gewünschten Juniorpartner machen und die FDP-Stimmen für sich zurückzugewinnen suchen. Nach diesen Resultaten würde die FDP nämlich zwischen vier und 4,6 Prozent der Stimmen erhalten und damit möglicherweise an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, während der CDU wenige Prozent zur absoluten Mehrheit fehlen würden.

Wallmann verwahrte sich jedoch gegen den Eindruck, daß er in dieser

SEITE 2:
Wallmanns gerader Weg

Situation eine „Leihstimmenkampagne" zugunsten der FDP einleiten wolle. Auch bei Bundestagswahlen sei einmal für eine Regierung Schmidt/Genscher geworben worden, ohne daß irgend jemand darin eine Leihstimmenkampagne gesehen habe. Aber es sei seine Pflicht, die Wähler vor der Wahl über die eigentliche Alternative aufzuklären. Diese Alternative sei nach seiner „festen Überzeugung" die Wahl zwischen einer CDU-FDP-Koalition mit einer „sachlichen, am Wohle aller orientierten Politik", die dem Land „wieder Zukunftsperspektive geben" könne, und einem Bündnis zwischen SPD und Grünen mit weiteren „rot-grünen Experimenten".

Wallmann nahm für sich in Anspruch, den Wählern „Klarheit zu geben, worüber sie entscheiden", während sie bei der SPD überhaupt nicht wüßten, was sie wählen, wenn sie SPD wählen. Da die SPD ihre Entscheidung über mögliche Koalitionen erst auf einem Sonderparteitag nach der Wahl treffen wolle, werde dem Wähler zugemutet, „die Katze im Sack zu kaufen". Auch über das Sachprogramm und den Ministerpräsidentschaftskandidaten der SPD werde erst dann Klarheit geschaffen.

Rüstungsetat vom US-Senat gebilligt

AP/dpa/AFP, Washington

Noch unter dem Eindruck des Abschusses der koreanischen Verkehrsmaschine durch sowjetische Abfangjäger hat der amerikanische Senat am Dienstag mit 83 gegen acht Stimmen den bisher größten Verteidigungsetat in der Geschichte der USA mit einem Volumen von 188 Milliarden Dollar (rund 390 Milliarden Mark) gebilligt. Die abschließende Abstimmung im Repräsentantenhaus findet möglicherweise noch in dieser Woche statt.

Obwohl der Etatansatz um 10,5 Milliarden Dollar unter dem von US-Präsident Reagan eingebrachten Entwurf liegt, sind in ihm praktisch alle Rüstungsprogramme der Regierung gebilligt. So sieht der Haushaltsplan 4,83 Milliarden Dollar für den Bau der MX-Interkontinentalrakete und 5,63 Milliarden Dollar für neue strategische Bomber vom Typ B-1 vor. Nach 14jähriger Pause werden zudem erstmals wieder Mittel für die Produktion chemischer Waffen (Nervengas) zur Verfügung gestellt.

Der US-Senat stimmte einmütig der Schaffung des Senders „Radio Marti" zu, der täglich 14 Stunden lang für Kuba ein Programm zur „Förderung der Freiheit" in diesem Land senden soll. Auch diese Gesetzesvorlage muß noch vom Repräsentantenhaus gebilligt werden. Der Sender soll der „Stimme Amerikas" angeschlossen sein und von dessen Sendeanlagen in Marathon (Florida) auf Langwelle senden. Bei Störung der Programme durch Kuba kann auch auf Kurzwelle gesendet werden.

Seite 2: Rückenwind für Reagan

Differenzen über Werfthilfe im Bundestag

HANS-J. MAHNKE, Bonn

In einer Aktuellen Stunde prallten gestern im Bundestag die unterschiedlichen Auffassungen von Regierung und Opposition über die Werftenpolitik aufeinander. Sowohl Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP) als auch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) machten noch einmal deutlich, daß mit der von der SPD geforderten Auftragshilfe für Exporte keine zusätzliche Nachfrage mobilisiert werden könne; denn andere Industriestaaten verschärften den Subventionswettlauf noch weiter. Sie lehnten auch die Forderung ab, die Reederhilfe weiter aufzustocken und wiesen darauf hin, daß der Abfluß der Bundesmittel von 230 Millionen Mark auch bei dem Fördersatz von 12,5 Prozent gesichert sei.

Die Sprecher aus dem Regierungslager gaben sich zuversichtlich, daß die deutschen Werften das Auftragsvolumen von drei Milliarden Mark in diesem Jahr erhalten werden, was die norddeutsche Werftenkonferenz im April für erforderlich gehalten hatte. Dieses wurde jedoch von den Sprechern der SPD entschieden bestritten. Sie warfen vor allem Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff vor, er stelle sich nicht der industriepolitischen Verantwortung, sondern schiebe sie auf die Unternehmen. Die Minister wiesen darauf hin, daß die Bürgermeister von Hamburg und Bremen dem Kapazitätsabbau bei den Großwerften zugestimmt hätten, jetzt aber dagegen protestieren würden.

Seite 2: Keine Patentrezepte

Schmidt beschwört seine Partei

Nachrüstungsstreit: Der frühere Kanzler grenzt sich von Teilen der SPD-Führung ab

PETER PHILIPPS, Bonn

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat seine Partei dringend davor gewarnt, im Zuge der Debatte um eine mögliche NATO-Nachrüstung ihre „Handlungsfähigkeit zu zerstören". Vor der SPD-Bundestagsfraktion erneuerte er mit Blick auf den Offenburger Beschluß der baden-württembergischen SPD, eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen unabhängig von einem Verhandlungsergebnis in Genf grundsätzlich abzulehnen, nicht nur seine Kritik vom Montag im Parteivorstand, sondern grenzte sich auch deutlich von Teilen der Partei und Fraktionsführung ab. Den Bundesgeschäftsführer Peter Glotz erwähnte er namentlich.

Vier Stunden lang diskutierten die Abgeordneten nach Eröffnungsreferaten des Fraktionsführers Hans-Jochen Vogel und des Parteivorsitzenden Willy Brandt hinter verschlossenen Türen. Zum ersten Mal seit Monaten ergriff – als elfter Redner – auch Schmidt in der Fraktion das Wort zur Sicherheits- und Abrüstungspolitik: „Stellt Euch vor, es käme ein Kompromiß zwischen den beiden Weltmächten" bei den Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) zustande, sagte der ehemalige Bundeskanzler. „Die ganze Welt würde aufatmen – aber die Sozialdemokraten würden sagen: Wir sind die einzigen, wir bleiben bei unserem Nein, wir sind nach wie vor dagegen. Wie wollt Ihr denn anschließend eigentlich Euer Gewicht in der Politik zur Geltung bringen?" Ähnlich hatte sich zuvor schon Brandt mit der Formulierung geäußert: „Dann werden wir nicht sagen: SPD gegen den Rest der Welt."

Schmidt, der sich damit erstmals nach außen zum Sprecher des Unmuts der Mitte-Rechts-Gruppierung in der SPD über die Entwicklung der sicherheitspolitischen Diskussion in der Partei machte, appellierte an die „moralische – übrigens auch die politische – Pflicht" der Mitglieder aus der Partei- oder Fraktionsführung das, „was mit ihrer Stimme beschlossen worden ist, an jedem Ort zu vertreten und überall mit der gleichen Zunge zu sprechen". Wer an unterschiedlichen Orten unterschiedlich rede, „der verliert meinen persönlichen Respekt".

Schmidt formulierte scharfe Kritik an den Abgeordneten aus Baden-Württemberg, in die auch andere De-

● Fortsetzung Seite 8

Verzichtet Bonn auf Katalysatoren?

Zimmermann auf der IAA: Technikern überlassen, wie Abgaswerte abgesenkt werden

HEINZ HORRMANN, Frankfurt

Die deutschen Automobilunternehmen sind frühestens im Herbst 1987 in der Lage, die von der Bundesregierung geforderten drastischen Abgasverringerungen durch Katalysatoreneinsatz produktionstechnisch zu garantieren. Dieser Zeitpunkt wurde bei einer WELT-Umfrage unter Vorstandsvorsitzenden und Entwicklungschefs als einheitliche Linie deutlich. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hatte als Stichtag für die Umstellung auf bleifreies Benzin den 1. Januar 1986 genannt.

Bei einer Vorbesichtigung der 50. Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt, die heute von Bundespräsident Karl Carstens eröffnet wird, zeigte sich Zimmermann von den Argumenten der Fachleute beeindruckt. Er schränkte ein, daß die Abgaswerte zum Schutze der Umwelt unbedingt gesenkt werden müßten, er die Wahl der technischen Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen, aber den Technikern überlassen wolle. Von der zwingenden Vorschrift des Umrüstens auf Katalysatorenaggregate war nicht mehr die Rede.

SEITE 11:
50. IAA in Frankfurt

Andererseits sollen die geforderten Normen noch niedriger als die US-Werte sein.

„Technisch gesehen", sagte VW-Chef Hahn, „wären wir bereits heute in der Lage, die Abgasmengen auf den niedrigen US-Pegel zu reduzieren. Wir haben eine Menge Erfahrung mit Katalysatoren, aber für die Umstellung der Produktion ist der Termin 1986 nicht realistisch."

Als „beim besten Willen unmachbar" bezeichnete Opel-Vorstandsvorsitzender Ferdinand Beickler den im Kabinettsbeschluß vom 20. Juli zugrunde gelegten Termin, Fahrzeuge mit Katalysatoren, die nur mit bleifreiem Benzin zu fahren wären, zuzulassen. „Wenn die Werte auf dem Tisch liegen", so Beickler, „benötigen wir zirka drei Jahre bis zur Einrichtung und Umstellung der Produktion. Das wäre also allerfrühestens im Herbst '87 möglich." Ford hatte frühzeitig die „Undurchführbarkeit" der terminlichen Forderung betont. Vorstandsvorsitzender Daniel Goeudevert sagte: „Weil wir die vor-

■ Fortsetzung Seite 8

Anzeige

Zeichen auf gut kölsch.

Gaffel ist die Kölsch-Spezialität, durch die der Anspruchsvolle Zeichen setzt. Bei diesem Spitzenbier schätzt man den unverwechselbaren Charakter, den angenehm herben und herrlich erfrischenden Geschmack.

Gaffel-Kölsch ist hell und obergärig, natürlich rein und überaus bekömmlich. Aus der Flasche ebenso wie vom Faß. Eine echte Kölner Traditionsmarke, die besser nicht sein kann.



Die feine Spezialität. Ausgezeichnet im Geschmack.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rückenwind für Reagan

Von Thomas Kielinger

Das politische Klima in der amerikanischen Hauptstadt hat sich seit dem Abschuß des koreanischen Passagierflugzeugs spürbar zugunsten der Reagan-Administration verändert. Der Test darauf beginnt jetzt, da der Kongreß, aus den Parlamentsferien zurück, seine Arbeit wieder aufnimmt.

Wie es der Zufall der Planung will, stand gleich in dieser Woche eine Abstimmung im Senat an, ausgerechnet über den Verteidigungshaushalt 1984, eine Bewilligungssumme von 188 Milliarden Dollar. Mit überwältigender Mehrheit – 83:8 – ging das pralle Paket über diese erste legislative Hürde hinweg. Die Abstimmung im Repräsentantenhaus steht noch bevor, doch wird dort das Ergebnis, wenn auch knapper, nicht anders ausfallen.

Der Präsident kann das Ereignis mit einem weinenden und einem lachenden Auge betrachten. In den Zahlen hat sich seit dem Sommer nichts geändert: Die bewilligte Summe entspricht einer Anhebung des Pentagon-Etats um real fünf Prozent, das ist genau die Hälfte dessen, was Reagan gefordert hatte. Andererseits enthält das Programm die wichtigsten der vom Weißen Haus erbetenen Waffenprogramme, darunter die MX, den B-1-Bomber, die Pershing-2-Gelder, ja auch die Finanzierung für das so umstrittene Nervengas.

Nicht was da den Kongreß jetzt passiert hat, macht die neue Lage nach der Flugzeugtragödie aus. Reagans noch ungebrochene Stärke hätte da manche Erfolge erkämpft. Nein, es ist die große Leichtigkeit, die Ersparnis an Reibungsverlust zwischen den Gewalten, die dem Präsidenten das Regieren jetzt *leichter macht*. Wie lange, wird sich zeigen müssen. Aber seine Gegner im Kongreß sind gewarnt.

So steht schon jetzt die große Mehrheit der Legislatoren geschlossen hinter der weiteren Stationierung amerikanischen Militärs in Libanon. Und auch die „Kontras" in Nicaragua und die Regierung in El Salvador brauchen nicht mehr darum zu zittern, vom Kongreß einfach im Stich gelassen zu werden. Ein großes Plus für die Effizienz, die Geschlossenheit der amerikanischen Außenpolitik.

Deutliche Worte

Von Bernt Conrad

Die Gefangenenhilfeorganisation Amnesty International hat dem SED-Chef Erich Honecker einige für ihn peinliche Wahrheiten ins Stammbuch geschrieben. Alle gesetzlichen Bestimmungen der „DDR", die eine friedliche Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung mit Haftstrafen bedrohen, so stellte Amnesty fest, verstoßen gegen den 1973 von Ost-Berlin ratifizierten Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Sie verstoßen auch gegen die soeben erst in Madrid bekräftigte KSZE-Schlußakte, wie man hinzufügen könnte.

Konkret nannte Amnesty vor allem die Paragraphen 99, 100 und 219 des „DDR"-*Strafgesetzbuches*, deren weitgehende und vage Formulierungen von der SED-Justiz mit Vorliebe benutzt werden, um ausreisewillige oder politisch mißliebige Personen zu verurteilen.

Danach kann beispielsweise ein „DDR"-Bewohner, der ausländische Journalisten (worunter auch westdeutsche zu verstehen sind) über ein Ausreisegesuch informiert, wegen „landesverräterischer Nachrichtenübermittlung" bestraft werden. Als „feindselige Anstiftung gegen den Staat" bewertete ein „DDR"-Gericht die Verbreitung von Liedern des ausgebürgerten Liedermachers Wolf Biermann.

Auf diese und andere Absurditäten wies Amnesty ebenso hin wie auf die täglich praktizierte Beschneidung der Rechte von Angeklagten, auf die geheime Justiz gegen politische Gefangene und auf psychischen Druck in „DDR"-Gefängnissen.

Honecker wird der Forderung nach Beseitigung solcher Zustände gewiß nicht nachkommen. Aber der mit der Veröffentlichung verbundene internationale Prestigeverlust muß *ihm unangenehm sein*.

Das ist besonders heilsam in einer Phase, in der sich die früher gegenüber der „DDR" außerst kritische CDU/CSU in der Regierungsverantwortung aus wohlerwogenen Gründen um ein akzeptables Verhältnis zu Honecker bemüht. Dieser Absicht würde es keineswegs schaden, wenn auch aus Bonn und aus München häufiger wieder so klare Worte wie jetzt von Amnesty zu vernehmen wären.

Keine Patentrezepte

Von Diethart Goos

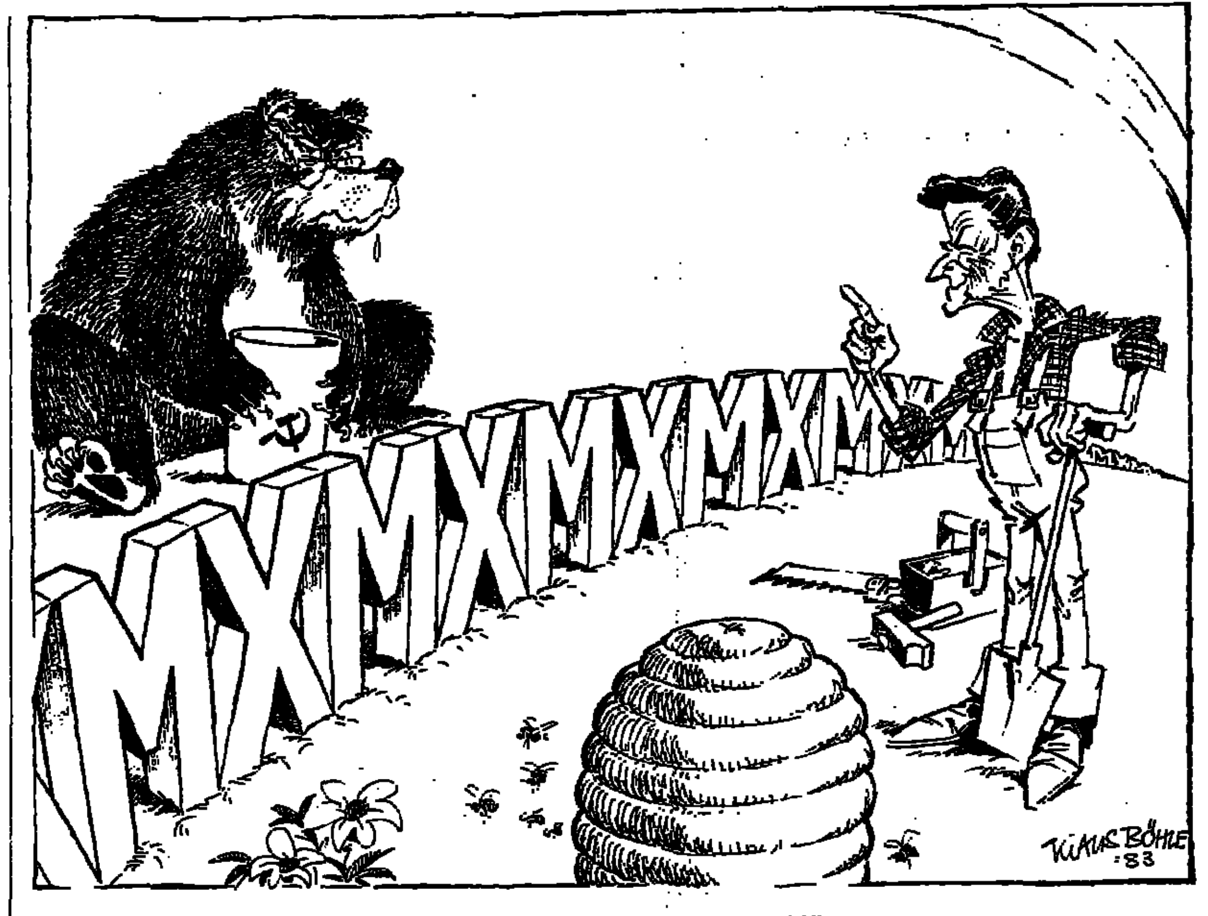
Tröstliches konnten sich die Senatspräsidenten und SPD-Genossen der beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen, Klaus von Dohnanyi und Hans Koschnick, gestern bei ihrem Treffen an der Elbe nicht sagen. Die Werftkrise hat sich hier wie dort dramatisch zugespitzt. Auswege und Patentrezepte sind nicht in Sicht. Das zeigte auch die gestrige Aktuelle Stunde im Bundestag, die von der SPD beantragt worden war.

Betriebsräte der Staatswerft HDW, lautstarke IG-Metall-funktionäre und gerade auch Sozialdemokraten rufen immer nachdrücklicher nach staatlicher Hilfe. In Zeiten, wo das Bonner Subventionsfüllhorn nahezu geleert und mit neuem Geldregen kaum zu rechnen ist, haben Finanz- und Wirtschaftsministerium abgewinkt. Sie kennen schon die fast genormte Methode: Wenn die Geschäfte immer schlechter gehen und der Kostendruck unerträglich wird, dann soll der Bund in die Bresche springen. Das Beispiel Arbed Saarstahl hat gezeigt, daß mit temporären Subventionen nur ein Tod auf Raten erkauft wird. Die strukturelle Misere unserer Stahlindustrie insgesamt wie die der Werften wird damit gewiß nicht aus der Welt geschafft.

Manche der HDW-Aktivisten, die ihr Hamburger Werk Roß seit Dienstag besetzt halten, reden verdächtig laut und fortwährend von Verstaatlichung der Werftindustrie – als wenn sich damit etwas am Grundproblem ändern würde. Doch Vorbilder aus England haben sich in ihrem gewerkschaftlich *geprägten Scheuklappendenken festgesetzt*.

Dazu paßt auch die Besetzungsaktion. Was soll mit einem solchen Schritt erreicht werden? Die Akteure, die offenbar Beispiele aus Mühlheim und Besançon vor Augen haben, können kaum erwarten, damit die staatlichen Werfteigner in Bonn und Kiel zur Rücknahme der Massenentlassung zu bewegen. *Es ist vordergründige Effekthascherei*, wenn sich die Hamburger SPD-Führung mit dieser rechtswidrigen Besetzung solidarisiert.

Den Arbeitnehmern wird damit ohnehin nicht gedient. Welcher potentielle HDW-Kunde könnte jetzt noch bereit sein, selbst einen simplen Reparaturauftrag nach Hamburg zu vergeben. *Muß* er doch befürchten, daß Ablieferungsfristen durch eine fortdauernde Besetzung illusorisch werden. Finanzminister Stoltenberg sollte heute der Arbeiterabordnung von HDW bei aller Hilfsbereitschaft den Ernst der Lage vorhalten.



„Vorsicht, der Zaun ist bärenstark!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Wallmanns gerader Weg

Von Herbert Kremp

Werden die Wahlen in Hessen zu einem Test für die Bonner Koalition? Nach einem Jahr Regierung Kohl liegt die Frage nahe. Vier Millionen Bürger haben am 26. September die Gelegenheit, einen Zwischenbescheid auszustellen. Käme die CDU nicht an Spitze und Regierung, wäre von einem Rückschlag für Bonn die Rede, vor allem für die feine Konstruktion der Regierungskoalition. Die Bestätigung hängt an der FDP. Bleibt sie, wie im vergangenen Jahr unter schneidendem Verrats-Geschrei halbiert, wird die Bundesliga notleidend. Man beginnt, sich dann Helmut Kohl als Vier-Jahres-Kanzler vorzustellen.

Von allen denkbaren Strategien wählte Oberbürgermeister Wallmann deshalb die beste. Mit der absoluten Mehrheit für die CDU kann er nicht rechnen. Alfred Dregger konnte das noch – bis im Wende-Wirbel der tragende Luftstrom riß. Seitdem hat sich vieles geändert. Die CDU wird überall mit der schweren Amtsverantwortung im Bund identifiziert. Dort muß sie die Kleider enger machen, was die in vielen Jahren verwöhnten Bürger zumindest verblüfft. Der Aufschwung stellt sich als ganz langsamer, fast unmerklicher Steigflug heraus. Raketen versetzen niemanden in Jubelstimmung. Und die Konservativen bieten traditionell so viele Köche auf, daß Zweifel an der Vollendung des Menüs aufkommen. Regiert der Kanzler, oder erteilt er Zuschläge?

Das alles ist (noch) normal, aber es verhindert die absolute Mehrheit. Diese verhält sich zur Wirklichkeit wie die Idee zum Pferd: Selten, nur in wenigen Einzelexemplaren gelingt die vollkommene Inkarnation, deren Lebensdauer dann auch noch sehr begrenzt ist. In dieser Erkenntnis, die für den Wähler in Hessen mit Sicherheit gilt, stellt sich Wallmann als Repräsentant einer bündnisfähigen Mitte vor, die durch Stimmen für die CDU und für die FDP gebildet werden kann. In jedem Falle wisse der Bürger, der sich so verhalte, genau, was für eine Regierung er bekomme: eine bürgerliche, eine solide, eine handlungsfähige.

Das Argument paßt zur umsichtigen Tüchtigkeit, die der Oberbürgermeister darstellt. Da die Stimmen für die in allen Meinungsumfragen zwischen vier und fünf Prozent schwankende FDP irgendwoher kommen müssen, enthält die staatstragende Aussage den zarten Appell an die Unions-Sympathisanten, mit ihrem Votum den etwas kurzbeinigen Liberalen über die Hürde zu helfen. Wallmann bezieht die Entscheidung einfach auf seine Person, und er kann sich das bei seinem Renommee leisten.

Der strategische Schachzug vermittelt im übrigen eine recht plastische Vorstellung von der Alternative. Die Grünen, die im letzten Jahr in Hessen das bisher beste Wahlergebnis erzielten (acht Prozent), werden trotz Blutgespritz und anderen Annäherungsgesten wieder ins Wiesbadener Parlament einziehen. Dafür sorgen schon die Lehrkörper und die Probleme des Jugendalters. In der deutschen Gesellschaft protestet es nun einmal. Man könnte dem gelassen zusehen, stünde nicht trotz aller Gegenreden fest, daß die SPD diesmal den Bund mit den Grünen schließen würde, könnte sie damit die Macht am Main behalten.

Wer daran noch zweifelt, weil Holger Börner sich koalitionsscheu gibt, unterschätzt die Heimsuchungen einer Partei ohne Schmidt und ohne Wehner. Die SPD wird von wachsenden Ökopax-Energien nach links geschoben. Das gleitende Koordinatenkreuz läßt Männer wie Georg Leber und Hans Apel als scharf rechte Flügelfiguren erscheinen. Der Seeheimer Kreis, die Folgeorganisation der parlamentarischen „Kanalarbeiter", gleicht einer Pyramidenspitze, der die Basis abhanden gekommen ist. Politische Vernunft ist dort mit echten Schwebegefühlen verbunden. Hans-Jochen Vogel liegt als Vormann mit der ihm eigenen akribischen Genauigkeit auf dem Integrationskurs Brandts, der nach der „neuen gesellschaftlichen Mehrheit" sucht.



Repräsentant einer bündnisfähigen Mitte: Walter Wallmann, Frankfurts OB und CDU-Kandidat in Hessen FOTO: SVEN SIMON

Was das eigentlich ist, muß noch im unklaren gehalten werden. Im Falle einer rot-grünen Mehrheit in Hessen würde das Tuch jedoch rasch vom Kunstwerk gezogen. Ob durch Börners oder des Leih-Hessen Lafontaine Hand, ist gleichgültig. Der Sonderparteitag der SPD, den Börner bei einem „unklaren" Wahlausgang vor die Enthüllung der Zukunft gesetzt hat (Rede vom 13. August), würde mit großer Mehrheit die Macht von grünen Gnaden wählen, um damit „Modell für Deutschland" zu stehen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Denn irgendwo muß sie ja mal wirklich anfangen – die andere Republik.

Als Ausweg wurde in den vergangenen Monaten gelegentlich eine große Koalition empfohlen. Für sie wurde sogar im konservativen Lager mit herzerhebenden Sätzen geworben: Man dürfe die SPD, die traditionsschwere, nicht überall ins „Abseits" stellen; man müsse ihr in Hessen, im nächsten Jahr vielleicht auch in Nordrhein-Westfalen das Gefühl geben, an den Entscheidungen und Verteilungen beteiligt zu sein. Der Gedanke ist edel und falsch. Der Bürger wünscht sich in Hessen und anderswo eine funktionsfähige, farblich und sachlich bestimmbare Regierung und nicht ein Jumbo-Kartell.

Wallmanns Strategie schließt die große Koalition, für die es in den Kabinetten des früheren Ministerpräsidenten Stock einen Anknüpfungspunkt gibt, aus. Er setzt auf die Mitte-Koalition, die es ohne FDP nicht geben wird, auf das Bonner Modell. Das Risiko ist sein Begleiter. Es hat auch Helmut Kohl bis zum Abend des 6. März begleitet. Aber im Unterschied zu damals ist die Unterstützung für die FDP in der CDU Hessens nicht umstritten. Was notwendig ist, muß man tun.

IM GESPRÄCH Pater Kolvenbach

Moderator für die Jesuiten

Von Friedrich Meichsner



Der neue „schwarze Papst": Jesuitengeneral Peter Hans Kolvenbach FOTO. AP

Er stand bisher nicht gerade im Scheinwerferlicht. Papst Johannes Paul II. erinnerte sich nicht, Pater Peter Hans Kolvenbach jemals persönlich kennengelernt zu haben. „Vielleicht bin ich ihm aber irgendwo einmal begegnet." Der 28. Nachfolger des heiligen Ignatius an der Spitze der Gesellschaft Jesu lebt erst seit zwei Jahren in Rom. Er ist kein Mann der Kurie. Trotzdem – oder vielleicht gerade deshalb? – übertrug ihm die Generalkongregation der Jesuiten die Lösung der schwierigen Aufgabe, die Karol Wojtyla dem neuen „schwarzen Papst" ins Stammbuch geschrieben hat: die Ideen zu „sieben", die seit zwei Jahrzehnten den Orden ergriffen haben, die guten von den modisch-vergänglichen zu trennen.

Von Geburt ist der fast 55jährige Kolvenbach Holländer. Er stammt aus dem kleinen Ort Druten bei Nijmwegen. Seine spirituelle Formung erhielt er jedoch weniger in der niederländischen Kirche, die wegen des in ihr vorherrschenden „Progressismus" seit dem Konzil von Rom aus mit einigem Mißtrauen betrachtet wird, sondern im Vorderen Orient. Dorthin wurde er von seinem Orden 1959 entsandt. Dort – in Beirut – trat er zum armenischen Ritus über, bevor er 1961 zum Priester geweiht wurde. Von 1974–1981 war er Ordensprovinzial der Vizeprovinz Naher Osten, dann Rektor des päpstlichen Orientalischen Instituts in Rom.

Er ist der erste Ordensgeneral aus dem 1924 zugelassenen „orientalischen Zweig" der Jesuiten. Das äußere Zeichen dafür ist sein Spitzbart, der ihm das Aussehen eines Ostkirchenpriesters verleiht. Wohl kaum jemand in Rom ist heute so vertraut wie er mit der komplexen religiösen und auch politischen Nahost-Situation. Nicht nur in der katholisch-orthodoxen Theologenkommission, auch im Orden selbst hat er sich als Mann des Dialogs hervorgetan. „Er versteht zuzuhören und – immer mit viel Humor – den Problemen eine lösbare Dimension zu geben", bezeugen seine Freunde vom Orientalischen Institut.

Sie schildern ihn als Asketen und Weltmann zugleich: als einen Mann, dessen Arbeitstag von 4.30 Uhr morgens bis 23.00 Uhr abends reicht und der es liebt, Rom von einem Ende zum anderen zu Fuß zu durchqueren. Als einen Mann aber auch, dessen fachlichen Rat das Staatssekretariat und andere Kurienkongregationen zu schätzen wissen, der nicht weniger als acht Sprachen (Holländisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Russisch und Armenisch) spricht.

Aus den Richtungskämpfen im Orden hat sich Pater Kolvenbach stets herausgehalten. Manche römischen Beobachter meinen, in früheren Zeiten, als die Vorurteile gegen die Jesuiten noch weit verbreitet waren, hätte man seine Wahl wahrscheinlich als „typisch jesuitisch" hingestellt: Auf der einen Seite könne man sie als eine Demonstration der Unabhängigkeit des Ordens von Papst und Kurie interpretieren, auf der anderen Seite garantiere sie aber doch, daß den Wünschen des Papstes nach spiritueller Rückbesinnung im Orden Rechnung getragen werde.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt verweist darauf, wie einseitig und selektiv die Bereitschaft der westlichen Öffentlichkeit zur Empörung ist:

Heute wird in Libanon wieder gemordet, noch schlimmer als in Sabra und Schatila ... Doch die sonst so eifrigen westlichen Demonstrationsscharen mit all den progressiven Lehrern, Schriftstellern und Geistlichen zeigen sich gänzlich unberührt. Über die Gründe für dieses gleichgültige Schweigen lassen sich nur Vermutungen anstellen. Vielleicht trifft es zu, daß sich der „Demo"-Apparat nur noch in Bewegung setzt, wenn Moskau auf den Startknopf drückt. Wahrscheinlich schließen unsere fortschrittlichen Aktivisten die Augen, weil die Greueltaten an den Christen von Kräften verübt werden, die zum linken Lager zählen. In jedem Fall sollte man dem Treiben unserer erstaunlichen Demonstranten fortan nur noch jene Beachtung schenken, die der Heuchelei zukommt.

WASHINGTON POST

Hier heißt es über das amerikanische Engagement in Libanon:

Der Präsident ist bereit, das zu erfüllen, was die erste politische Forderung sein muß, solange die Marine-Infanteristen in Libanon sind: sicherzustellen, daß sie die Mittel und Befehle haben, um sich selbst adäquat zu verteidigen. Reagan scheint sich nicht der Illusion hinzugeben, daß irgend etwas, das auch nur im leisesten als militärische Lösung erscheinen könnte, denkbar wäre. Seine Hoffnung ist, daß die Bereitschaft, wenn nötig Streitkräfte einzusetzen, helfen wird, die militärische Situation zu beruhigen und der Diplomatie etwas mehr Zeit zu geben, um das Hauptanliegen der amerikanischen Politik, Libanon als einen geeinten Staat zu erhalten, zu erfüllen. Falls das Schlimmste passiert und Libanon sich auf eine Teilung zubewegt, dann werden die Vereinigten Staaten eine neue Politik brauchen. Dann wird es Zeit sein, die amerikanische Rolle zu überdenken, einschließlich der Rolle der Marine-Infanteristen.

DIE PRESSE

Die Wiener Zeitung würdigt den Papst-Besuch in Österreich:

Die Meinung, daß das in unserer Zeit nichts mehr zu suchen habe, bestenfalls für Gemütskranke privat zulässig sei, Kirchen und Klöster aber zur kulturellen Dekoration Österreichs gehörten, diese Meinung markiert erst, was mit diesem Besuch eigentlich geschehen ist. Weder hat damit eine katholische Gegenreformation eingesetzt noch steht gar ein religiöser Frühling in Aussicht, wohl aber hat der Papst durch sein Auftreten den österreichischen Alltag wieder zur Unterscheidung der Geister sensibilisiert. Man macht es sich zu leicht, wenn man das nur auf Karol Wojtylas Charisma zurückführt. Es ist die Sehnsucht nach Wahrheit, Gemeinschaft, ja Brüderlichkeit, die die Massen mobilisiert. Er weckt eine Welle, die ihn dann auch selbst trägt, so auch hier. Ein „Showmaster des Glaubens"? Wer das Gesicht dieses Mannes studiert, errötet schon bei dem Gedanken. Vor welchem Milieu immer er sprach, er gab ihm das Gefühl, ganz dazu zu gehören: Ecce homo, siehe da, der Mensch – das ist das christliche Geheimnis seines Erfolges.

Es sind nicht nur Zwecke, die Europa zusammenhalten

Trotz aller Mängel und Rückschritte: Die EG hat in vielen Krisen ihre Stabilität erwiesen / Von Ulrich Lüke

Da weigert sich der griechische Außenminister Yannis Charalambopoulos als Präsident des EG-Ministerrats, den Jumbo-Abschuß durch die Sowjets zu verurteilen, und seine Kollegen übertreffen sich in Unmutsäußerungen. Der Unmut war natürlich gerechtfertigt, denn so ungeschickt, so kompromißlos, ja so penetrant hatte selten ein EG-Mitglied, noch dazu als Ratspräsident, nationale Interessen vor europäische gestellt. Doch man muß eingestehen, daß sich das griechische Verhalten nur graduell, nicht grundsätzlich von dem seiner Partner unterscheidet. Die Europäische Gemeinschaft ist auf Ministerratsebene längst zu einer Institution degeneriert, in der europäische Einsichten gegen nationale Rücksichten auf verlorenem Posten stehen. Die Beispiele sind Legion. Margaret Thatcher blockiert Ratssitzung um Ratssitzung, Gipfeltreffen um Gipfeltreffen mit ihrem Anliegen, Geld aus Brüssel zurückzuerhalten. Frankreich verhindert bisher alles, was seinen Landwirten schaden könnte, usw. und so fort. Aber die Europäische Gemeinschaft hat – trotz dieser Negativbeispiele – in den 30 Jahren ihres Bestehens ein Hauptziel erreicht. Die westeuropäischen Staaten, einig in ihrer demokratischen Grundstruktur, haben sich weithin als solidarisches und friedensbewahrendes Bündnis erwiesen.

Dieser Hauptzweck ist also erreicht, ist alltäglich geworden, erregt die Gemüter nicht mehr und ist gerade deshalb kein Thema aktueller Politik. So befriedigend das im Grundsätzlichen sein mag, so wenig trifft dies auf die praktische Politik zu. Wäre die Lage der Europäischen Gemeinschaft fragiler, als sie es tatsächlich ist, sie wäre eines der zentralen Themen auch der nationalen Politik. Dazu aber, zu diesem Stellenwert, hat es nicht gereicht.

Die Gefahr läßt sich andererseits nicht von der Hand weisen, daß die Gemeinschaft in ihrer aktuellen Politik zu zerbröseln droht – aus Unachtsamkeit eher denn willentlich. Die Gefahr scheint auch erkannt, Gegenmaßnahmen sind aber noch nicht in Sicht. Wären die Politikmacher heute stärker konzeptionell orientiert, würden sie sich nicht meist in Reaktionen auf Krisen erschöpfen, näherte sich die Gemeinschaft nicht der Krise, vor der sie bald stehen wird.

Jahrelang haben die europäischen Regierungen die Kernprobleme des europäischen Weiterbaus vernachlässigt, an den Rand gedrückt, haben sie die Augen vor ihnen vorschlossen. Auf dem Stuttgarter Gipfel blieb den Regierungschefs folglich nichts anderes mehr übrig, als alle angefallenen Probleme – von der Süderweiterung über die Reform der Agrarpolitik, den Aufbau neuer Politiken bis hin zur Finanzierung – zu einem großen Paket zu bündeln.

Die ersten Beratungen der Ministerräte über diesen Reformauftrag ermutigen nicht zu Optimismus. Offenbar, so muß man schließen, ist die drohende Krise in den Augen der nationalen Regierungen noch nicht akut genug, um sich tatsächlich auf die Vorzüge der europäischen Konstruktion zu besinnen. Nationales Feilschen um Oliven und Ochsen, Milch und Melonen beherrscht die Szene weiterhin. Dabei versäumt kein Regierungschef, in Sonntagsreden auf die Vorzüge dieser Gemeinschaft hinzuweisen. Wo wären heute die Bauern ohne die EG, wo wäre die gesamte Wirtschaft ohne sie?

Doch die politische Betrachtung ist kurzatmig geworden. Vergessen scheint, daß schon die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht dem bloßen Idealismus einiger europäischer Visionäre entsprang; daß sie einerseits eine Ersatzlösung für die damals mögliche Europäische Verteidigungsgemeinschaft war, andererseits handfeste Interessen gerade zwischen Deutschland und Frankreich maßgeblichen Anteil an der Gründung hatten. Übersehen wird die Tatsache, daß trotz aller Horrormeldungen auch heute Fortschritte gemacht werden. Das europäische Tauschgeschäft funktioniert nach wie vor. Der augenfälligste Fortschritt – trotz des jüngsten Eklats von Athen – ist die europäische politische Zusammenarbeit, die meist einvernehmliche Haltung der Zehn gegenüber außenpolitischen Problemen. Auch Neuentwicklungen wie die Fischereipolitik oder Ansätze einer gemeinsamen Sicherheitspolitik gehören auf die Habenseite. Dagegen stehen Defizite, am deutlichsten in der Wirtschaft und in der Beschäftigungspolitik.

Jedes Integrationssystem – erst recht das umfassendste der bisherigen Geschichte, der *Nationalstaat* – folgt dem Trägheitsgesetz, wehrt sich gegen Souveränitätsverzichte, gegen übergreifende Integrationen. Dennoch zeigt die europäische Geschichte der letzten drei Jahrzehnte, daß diese Trägheit im entscheidenden Moment immer überwunden werden konnte. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß sich dies ändern sollte.

„Da hatte ich gedacht, hier wird der Heilige Geist wehen“

Bundesweit werden seit Monaten „gewaltfreie Aktionen“ in Lagern und auf Tagungen trainiert. Gegner der Nachrüstung bereiten sich dort auf den „heißen Herbst“ vor. Eindrücke von einem Fünf-Tage-Seminar in der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr.

Von JOACHIM NEANDER

Wir gehen jetzt mal nach draußen“, sagt Bernhard, der eine der beiden Trainer, ein hellblonder, schlank-athletischer Barfüßler, etwa Mitte Zwanzig, statt einer Begrüßung. Wir sind 32 – 17 Frauen und 15 Männer zwischen 20 und 70 Jahren, Studenten, Lehrer, Zivildienstleistende, Hausfrauen, die meisten irgendwie aus der kirchlichen Arbeit, und fünf Journalisten.

Wir haben eine theoretische Einführung erwartet, eine Diskussion über das Ob und über die Grenzen der Gewaltfreiheit, über Gewissen, über Gandhi oder Berrigan, über Raketen, über Ost und West, über Friedensbewegung und Doppelbeschluß. Aber all das gibt es nicht, auch später nicht. Hier wird trainiert. Hier hat man sich schon entschieden.

„Wir drehen uns jetzt alle zur Wand“, sagt Bernhard und setzt sich ins Gras. Dann wird Bruno, ein Oberstudienrat, als „Gegenspieler“ eingeteilt. Er soll uns überreden, uns umzudrehen. Mir fällt ein, was am Anfang jemand gesagt hatte von „Mut, Phantasie und Beharrlichkeit“ als den Tugenden der Gewaltfreien. Aber was bedeutet hier Mut, Phantasie, Beharrlichkeit? Stehenbleiben, sich umdrehen?

Bruno redet auf uns ein. Die Sonne scheine doch so schön. Und überhaupt, der nächste Tagesordnungspunkt sei gleich dran. Jetzt sei es doch genug. Einige drehen sich um, mit der schlauen Begründung, sie wüßten überhaupt nicht, warum sie das Gesicht zur Wand drehen sollten. Sie erwarten einen Kommentar vom Trainer. Aber der sitzt und schweigt. Die anderen entscheiden sich für Beharrlichkeit. Die Zeit rinnt. Eine halbe Stunde ist vorbei.

Man hört: „Eigentlich Quatsch, das Ganze.“ Einige beginnen, sich selbst und andere zu einem Kompromiß zu überreden: Seitwärts, ohne das Gesicht von der Wand wegzudrehen, einfach wieder ins Haus zurückgehen. Langes Palaver, dann rückt eine Gruppe auf diese Weise ab.

Der Rest bleibt stehen. Trotzig. Aber irgendwie ärgerlich, weil niemand sagen kann, wo der Sinn des Ganzen liegt. Vor allem Eva, die vollschlanke Hausfrau von etwa Mitte 40, rebelliert. Sie ist wütend auf den Trainer, auf sich, auf die anderen. Aber sie steht stur mit dem Gesicht zur Wand. „Da hatte ich gedacht, hier wird der Heilige Geist wehen“, schimpft sie. „Und jetzt ist es wieder Leistungsdruck. Das ist ja schlimmer als Gemeindearbeit.“

Die anderen kommen zurück zum Diskutieren. Es ist eine quälende Diskussion ohne Inhalt. Nach und nach bröckelt die Front der Standhaften. Eine bleibt noch übers Abendessen hinaus. Am Abend warten alle auf eine Erklärung. Aber sie bleibt aus. Das Wand-Spiel kommt aus England, grinst Bernhard, der Trainer. Mehr wisse er auch nicht. Ein Spiel, um Handeln ohne Anweisung und ohne Begründung zu lernen?

Es gehört zu den Prinzipien der insgesamt 120 Trainer der Gewaltfreiheit, niemandem zu sagen, was er zu machen hat. Der einzelne wird in einen gruppendynamischen Prozeß verstrickt, in eine Stimmung versetzt, in der er ganz allein entscheiden soll. Gewaltfreiheit als Lebensprinzip – ein Pathos, das nach und nach die meisten in seinen Bann schlägt. Sie habe sich, sagt zum Beispiel Sabine, die 70jährige pensionierte Lehrerin und Försterstochter aus Ostpreußen, mit dem Gesicht zur Wand gefühlt wie beim Erschossenwerden, schrecklich, entsetzlich allein und hilflos. Ich denke: Wir standen doch gar nicht vor einer Mauer, sondern vor riesigen Fenstern, in denen wir uns spiegelten.

Die Trainer, bundesweit zusammengefaßt in den „Trainingskollektiven für gewaltfreie Aktion“, arbeiten auf Anforderung gegen freie Unterkunft und Verpflegung sowie – wenn es sich um eine zahlungskräftige Institution wie eine Evangelische Akademie handelt – für ein Tageshonorar von 150 Mark, von denen sie einen Teil ans Kollektiv abtreten müssen.

Bernhard ist der Sohn eines Schauspiellehrers, er war früher sozialpädagogisch tätig. Er hat eine starke Ausstrahlung. Er ist Vegetarier, Nichtraucher, Nichttrinker. Gesundheit, Abhärtung, autogenes Training, Körperlichkeit – es fällt schwer, sich diesen langhaarigen germanischen Jüngling in der politischen 68er-Bewegung vorzustellen. Irgendwo zwischen Gandhi, Lenin und frühem Anarchismus sieht er sich. Indianische Philosophie beeindruckt ihn. Mystik, Prophezeiungen, die europäische Kultur sei zum Untergang verdammt.




Widerstand als Rollenspiel: Training für den vielzitierten „heißen Herbst“, hier in Stuttgart FOTO: SVEN SIMON

„Ich möchte die Menschen unregierbar machen“

Diesen Typ hat es in der Studentenrevolte nicht gegeben. „Ich möchte die Menschen unregierbar machen“, verkündet er, „weil sie sich selber regieren können.“ Starke, gesunde, selbstsichere Menschen – „die brauche ich für den Herbst“. Um Disziplin und Zuhören zu üben, sich zu härten für den Herbst, geht er gelegentlich zur Bundeswehr und fordert dort Offiziere und Soldaten zur Diskussion über Frieden und Abrüstung heraus. Ohne ihnen zu widersprechen.

Regina, die andere Trainerin, ist stiller. Man weiß nicht, wie sie politisch denkt. Auch sie verzichtet auf Belehrung. Wer Theorie wünscht, wird auf Stapel von Papieren und Broschüren verwiesen: Widersprüchliches zum Selbstentscheiden. Wer selber etwas von sich geben will, kann es ja hinschreiben oder -malen, auf Wandzeitungen oder Zettelchen. Regina (aus Köln) war früher bei der Kirche und bei einer Versicherung tätig. Jetzt bezieht sie Arbeitslosengeld.

Spiele beherrschen dieses Seminar. Das Aufstehpiel (Rücken an Rücken, die Arme eingehakt, sich erheben), das Fänger- und Opferspiel, Meditations- und Massageübungen, Kleingruppengespräch über „Quellen der Kraft und der Ermutigung“, Zweiergespräche zur Übung des Zuhörens (einer redet, der andere muß es wiedergeben), Theater, Gymnastik, Atmen.

Typisch, wie der Tagungsverlauf „von den Teilnehmern festgelegt“ wird. Keine Diskussion. Die Trainer legen blaue Karten mit den einzelnen Themen auf den Boden, die Teilnehmer sollen sie auf die einzelnen Stunden der fünf Tage verteilen. Ein fürchterliches Durcheinander.

Abend des zweiten Tages, nun sind wir unversehens doch mitten in der großen Inhaltsdiskussion. Die beiden Trainer, man spürt es, sind irgendwie gereizt. „Nicht sitzen und denken, sondern handeln“, hatte Bernhard vorhin gesagt. Jemand bringt das Stichwort „Recht“. Wo ist die Grenze zwischen gewaltfreier Aktion und geltendem Recht?

„Versteh' ich das richtig: Du willst wissen, wann du eine Geldstrafe riskierst und wann eine Haftstrafe?“ kontert Regina. Der Frager hat es sicher anders gemeint. Aber er sagt nichts. Gemurmel. Bernhard schreitet fast heftig in die Ecke des Saales, schleppt ein Bündel Papiere in die Mitte, knallt es auf den Boden und verkündet: „Hier ist ein Info, da kann jeder nachlesen, was er über das juristische Pipapo wissen will.“ Regina ergänzt: „Wer mehr will, kann zum Rechtsanwalt gehen. Wir machen hier Training, keine Informationsveranstaltung.“

Die meisten im Saal scheinen dem zuzustimmen. Sie wollen sich das Gefühl nicht zerstören lassen, das die zuvor gezeigte Dia-Show über die Aktionen in Hannover aus dem Jahr '82 in ihnen geweckt hat, eine Mischung aus Pathos, Ergriffenheit, Sehnsucht nach Bewährung, Leidensbereitschaft. Todesbereitschaft?

Bernhard leitet geradewegs wieder ins Zentrum dieser Gefühle: Er habe in Hannover Polizisten gesehen mit Tränen in den Augen, als die nackten Demonstranten, mit roter Flüssigkeit als Blut bespritzt, wie Atomkriegstote vor ihnen auf dem Pflaster lagen. Den Einwand, das habe aber doch wohl mehr mit Kunst und Theater, mit einer durch Manipulation herbeigeführten Wirkung zu tun, weicht er behende aus: „Das empfinde ich als Lob. Wir wollen doch betroffen machen, Wirkung erzielen.“ Vielleicht wünscht sich die Mehrheit der Teilnehmer jetzt, den Tag schweigend, meditierend oder auch mit einem gemeinsamen Lied ausklingen zu lassen: „We shall overcome . . .“

Aber da ist Georg. Er ist nicht zufrieden. Er möchte die Begriffe klären. „Gewaltfrei“, sagt er, das sei ein ganz neuer mit großem Pathos besetzter Begriff mit einem hohen Anspruch. „Gewaltlos“, das könne immerhin auch Taktik sein, etwas Äußerliches, in einer bestimmten Lage keine Gewalt anwenden. Zum Beispiel sei der Transport der Raketen an die Abschußbasis eigentlich „gewaltlos“. „Gewaltfreiheit“ dagegen wolle mehr sein, ein Prinzip – aber er wisse immer noch nicht, wo denn bei diesem Prinzip die Grenze zur Gewalt verlaufe.

Es ist, als habe jemand eine Bombe durchs Fenster hineingeworfen. „Raketentransport gewaltlos?“ schreit Elisabeth. Sie schaut fassungslos in die Runde: „Mein Gott, wo sind wir denn hier?“

Bernhard springt auf: „Jede Demo begibt sich mitten hinein in Gewalt, wer kann da sagen, er sei gewaltfrei? Es geht hier doch nicht um Begriffe.“

Aber Georg gibt keine Ruhe. Er wolle Klarheit. Da läuft Bernhard in die Ecke, greift sich ein Papprohr und tritt vor Georg hin, das Rohr hinter dem Rücken mit beiden Händen umklammernd: „Steh auf!“ Georg: „Ich denk' nicht daran.“ Bernhard: „Steh auf, oder ich werde dich verprügeln.“ Georg: „Nein.“

Den anderen schiebt sich ein dikker Kloß in die Kehle. Ist das ein Rollenspiel? Oder Ernst? Bernhard dreht sich um. Er scheint Tränen in den Augen zu haben. Georg ist kalkweiß. „Dies ist eine Diskussion ohne Herz“, stößt Bernhard hervor. „Wer kein Herz hat, hat in der Bewegung nichts zu suchen.“ Ich denke: Ein solcher Satz hätte in der 68er-Bewegung höhnisches Gelächter ausgelöst. Oder mindestens den Vorwurf faschistoiden Irrationalismus.

Abbruch der Diskussion. Schweigekreis, jeder den Arm um seinen Nachbarn gelegt. Georg zögert, ob er mitmachen soll, aber dann tut er es doch. Ratlosigkeit, bei vielen Verzweiflung, auch Empörung über Bernhards theatralische Pose. Einzelgespräche. „Ich weiß wirklich nicht“, sagt Bernd, ein gestandener 68er, „ob dies hier nicht schon irgendwo meine Feinde sein müßten. Diese Nähe zur Jugendbewegung der zwanziger Jahre, die dann nahtlos in den Nationalsozialismus überging . . .“

Am vorletzten Tag wird der Ernstfall geprobt. Ernst? Spiel? Unter den meisten Teilnehmern ist eine solche Spannung, daß diese Frage fast uninteressant wird.

Vorbereitungen. Eine gewaltfreie Aktion, wie sie hier trainiert wird, ist nicht irgendeine Demo. Das Entscheidende: Sie wird von kleinen, festen Gruppen getragen. Eine Gruppe muß langsam zusammenwachsen. In Hannover ist es vorgekommen, daß Außenstehende, die sich der Aktion anschließen wollten, schroff abgewiesen wurden.

Der Konsens ist die Basis der Aktion

Es wird vorher diskutiert. Aber es gibt keine Mehrheitsentscheidungen. Der Konsens ist die einzige Basis einer Aktion. Konsens herrscht, wenn keiner mehr Einwände hat. Kommt Konsens auch mit größter Anstrengung nicht zustande, scheiden die Kritiker aus.

Eva: „Ich weiß, manchmal müßte ich mir vorkommen, als werde ich hier überfahren. Aber das liegt mit näher als das lange Diskutieren und Abstimmen. Da erkenne ich meinen Alltag als Hausfrau und Mutter wieder. Ich verzichte, ich stelle meine Zweifel zurück. Damit es vorangeht. Nicht alles zerreden.“ Ist das Demokratie?

Die Gruppensprecher haben kein Mandat, auch kein imperatives. Sie tragen im Sprecherrat nur die Meinung ihrer Gruppe vor. Treffen dort unterschiedliche Standpunkte aufeinander, geht jedermann in seine Gruppe zurück, um erneut einen Konsens herbeizuführen. Es ist faszinierend, den Prozeß zu beobachten. Es gibt Starke und Schwache, Wortreiche und Stumme, Raffinierte und Entschlossene. Am Ende sind alle einer Meinung, ist Zorn unterdrückt, Zweifel unter Schuldgefühlen gegenüber dem Ganzen erstickt, Einspruch beiseitegeschoben. Irgendwann höre ich den Satz: „Mein Gott, wo kommen wir hin, wenn wir alles und jedes hinterfragen?“

Die vorgegebene Ausgangslage: Im Akademiegebäude, einem Gründerzeitschloß des Jahres 1912, findet eine geheime Tagung statt: „Strategie '84“. Militärs, Politiker, Wirtschaftler und Techniker wollen beraten, wie das technisch unreife Pershing-System durch ein anderes ersetzt werden könne. Die Friedensbewegung hat Wind davon bekommen. Nun soll das Tagungsgebäude durch einen Menschenteppich blockiert werden.

Rollen werden vergeben: die Polizei, die Tagungsteilnehmer, Provokateure, die beiden Aktionsgruppen, Beobachter. Trainerin Regina wechselt zwischen Spielleitung und Provokateurin. Trainer Bernhard mimt den Einsatzleiter der Polizei. Es ist atemberaubend zu beobachten, wie rasch und nahtlos jeder in seine Rolle schlüpft.

Die beiden Aktionsgruppen (überwiegend Frauen) legen sich auf den Asphalt. Es hat angefangen zu regnen. Man hat Plastik und Pappe als Unterlage ausgebreitet. Das Spiel läuft ab. Ein Mercedes wird herangefahren, drängt sich drohend hupend bis Zentimeter an den Teppich der Liegenden heran. Bruno, der Oberstudienrat, spielt einen Wissenschaftler. Kühl, höflich, steigt er aus: „Es tut mir leid, ich muß hier durch.“ Bernd spielt seinen Fahrer: „Was ist Chef, soll ich einfach drüberfahren?“ In den Gesichtern der Liegenden ist Schrecken, ganz reale Angst. Birgit, die Pädagogin, macht den Wortführer der Gruppen: „Dies hier ist eine gewaltfreie Aktion . . .“ (Ich denke: Ist sie es wirklich?) „. . . wir halten Ihre Tagung für gefährlich.“ Die Situation entspannt sich zunächst. Der Wagen wird zur Seite gefahren. Warten. der Regen wird stärker.

Die Provokateure kommen: „Na, Ihr Blödmänner, habt Ihr kein Bett? Einfach draufschlagen sollte man.“ Der Wissenschaftler hatte zuvor gefragt, was denn wäre, wenn er einfach über den Menschenteppich hinwegsteige. Damit zeige er, daß er auch über Leichen zu gehen bereit sei, hatte man ihm triumphierend geantwortet. Eine der Provokateurinnen steigt jetzt ungerührt auf die Liegenden und über sie hinweg. Es tut weh. Niemand lacht. Alle scheinen so vollkommen in ihren unterschiedlichen, aus Erfahrung, Klischees, Angst und Fantasie zusammengesetzten Rollen verschwunden, daß niemand die Frage stellt, wie realistisch denn dieses Spiel sei.

Die „Polizei“ erscheint auf dem Plan. Aufforderung zum Räumen. Die Gruppe bleibt liegen, läßt sich wegtragen. Die Personalien der Weggetragenen werden festgehalten. Andere rutschen sofort an ihre Plätze. Nervenkrieg, der Regen prasselt herab, die meisten der Liegenden sind durchnäßt.

Schließlich ertönt das Kommando: „Räumen! Knüppel frei!“ Ich beobachte in diesem Moment Eva. Sie liegt zuerst starr. Dann schreit sie: „Aber dürfen die das denn?“ Dann bedeckt sie ihr Gesicht mit den geballten Fäusten und zittert am ganzen Körper. Spiel?

Birgit ruft: „Es ist Quatsch, sich knüppeln zu lassen.“ Die „Polizisten“ nehmen Formation ein. Die Gruppe schwankt zwischen Zorn, Ratlosigkeit, Verzweiflung. Dann hat Birgit die Idee: „Wir räumen freiwillig, aber nur unter der Bedingung, daß die Polizisten uns die Hände reichen, um uns aufzuheben.“ Ein Symbol voller Pathos und Emotion, eine Ewigkeit weg von der Realität der politischen Auseinandersetzung auf den deutschen Straßen. Aber hier sind plötzlich alle froh, daß die Sache auf diese Art zu Ende geht. Händereichen, Aufheben, Umarmung, Erleichterung. Aus dem Haus ertönt der Gong zum Abendbrot.

Auch der letzte Tag ist bestimmt von den Gefühlen des einzelnen. Niemand sagt, was gut oder was falsch war am Spiel. Sabine, die 70jährige (sie hat schon Demo-Erfahrung, war sogar in Brüssel vor dem EG-Palast dabei): „Ich habe viel Angst gehabt, wäre die Nähe zu den anderen nicht gewesen.“ Sie habe gelernt, daß „auch Friedfertigkeit Aggression erzeugen kann“.

Wie soll sich der Christ verhalten?

Birgit: „Wenn man erschrickt, kommt es leicht zu Gewalt.“ Eva: „Man müßte mehr singen. Die körperliche Nähe mit den anderen, das war einfach irre.“ Einer der „Polizisten“: „Vielleicht hätte man die Sache im Handstreich machen sollen, während die Gruppe uneins war . . .“

Bernd fragt: „Wie war euch zumute, als ihr merktet, daß ihr nicht erreicht habt, war ihr eigentlich wolltet, nämlich die Verhinderung der Tagung?“ Birgit: „Mir hat gereicht, daß die Öffentlichkeit dabei war.“

Zehn der 32 sammeln sich am Schluß noch zu einer Extra-Gruppe: Wie soll sich der Christ bei gewaltfreien Aktionen verhalten? Die übrigen, obwohl alle doch aus dem Umfeld der evangelischen Kirche, sehen in solcher Fragestellung keinen Sinn. Formulierungen: „Gewaltfreiheit ist die Hoffnung, daß ich andere durch mein Verhalten zum Nachdenken bringe.“ Oder: „Wir sind nicht in der Situation des 20. Juli oder in der Situation von Lateinamerika, aber ich könnte keine Garantie abgeben, daß ich diesen Weg der Gewaltfreiheit auch unter anderen Verhältnissen gehen würde.“ Die Bergpredigt wird zitiert.

Ganz am Ende fragt Jörg, der Student: „Muß der Christ eigentlich so furchtbare Angst haben? Warum fixieren wir uns eigentlich so auf die Nachrüstung? Wir haben doch schon immer Waffen gehabt, die alles vernichten können. Mehr Gelassenheit statt Panik, nicht nur fragen: Was tun wir gegen die Nachrüstung, sondern wie gehen wir gewaltfrei mit den Problemen um, im Herbst und danach?“



DER KOALA KOMMENTAR:

"Eines der besten Australien-Geschäfte kann man schon beim Buchen machen: Die Qantas Business Class."

"Wir Koalas lieben den vielreisenden Geschäftsmann."

"Er jettet mit den Qantas-Jumbos von Frankfurt nach Melbourne oder Sydney."

"Telefoniert, konferiert und macht seine Geschäfte in Hotels oder Büropalästen."

"Hetzt von einem Termin zum anderen und fliegt dann zurück."

"Uns Koalas läßt er in Ruhe."

"Deswegen haben wir auch nichts dagegen, daß ihn die Qantas in ihrer Business Class so verwöhnt."

"Mit extrabreiten Sitzen und dem sagenhaften Service im Oberdeck der 747."

"So kann er sich in Ruhe auf seine Geschäfte konzentrieren oder mit seinem Nachbarn über neue reden."

"Oder sich einfach an der Tatsache freuen, daß der ganze Aufwand, den die Qantas für ihn macht, nur 10% Aufpreis auf das Economy-Ticket gekostet hat."



Die Australische Fluglinie.

Ostberlin druckt KSZE-Text nur in Teilauflage

hrk./dpa, Berlin

Ost-Berlin hat doch nicht, wie es zunächst den Anschein hatte, das wichtige Schlußdokument der Madrider KSZE-Konferenz in vollem Wortlaut in der gesamten „DDR" verbreitet: Wie dpa auf Anfrage erfuhr, ist die Erklärung, die grundsätzliche Hinweise auf Ausreisemöglichkeiten und menschliche Erleichterungen enthält, lediglich in der Ostberliner Stadtausgabe des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland" abgedruckt worden.

Der stellvertretende Chefredakteur des Blattes, Herbert Naumann, begründete diese Tatsache mit dem Hinweis, das Material habe „nicht rechtzeitig" für den Druck der gesamten „DDR"-Auflage vorgelegen. Der Text der Vereinbarung, den auch die „DDR" unterzeichnet hat, erschien deshalb nur in rund 350 000 Exemplaren, während die Gesamtauflage des SED-Blattes 1,09 Millionen Exemplare umfaßt. Die Berliner Stadtausgabe war deshalb außerhalb Ost-Berlins lediglich in den angrenzenden Bezirken Potsdam und Frankfurt/Oder erhältlich.

Da es in der „DDR" bezüglich der Ausreiseanträge – ihre Gesamtzahl soll sich bei 200 000 eingependelt haben – ein deutliches Nord-Süd-Gefälle gibt, sind die neuen Bestimmungen, auf die sich die Betroffenen in der „DDR" stützten könnten, beispielsweise im sächsischen und thüringischen Raum nicht zugänglich.

Schon nach dem Abdruck der Schlußerklärung von Helsinki Mitte der siebziger Jahre hatte die „DDR" jedoch Antragsteller, die sich auf den Wortlaut der Erklärung im „Neuen Deutschland" beriefen, mit dem Argument abgewiesen, entscheidend seien die innerstaatlichen Gesetze und nicht ein Zeitungsabdruck.

„Schlechte Moral" bei Sowjetarmee

DW. Bonn

Als äußerst schlecht hat ein in die Hände afghanischer Widerstandskämpfer geratener russischer Soldat die Moral der Sowjettruppen in Afghanistan bezeichnet. In einem Interview mit der Illustrierten „Bunte" sagte der aus einem Schweizer Internierungslager nach Süddeutschland geflüchtete 19jährige Unteroffizier Jurij Waschtschenko: „Die Soldaten wollten nach Hause. Viele von uns haben Wodka getrunken und Haschisch geraucht." Waschtschenko, der inzwischen in der Bundesrepublik Deutschland um politisches Asyl ersucht hat, war Ende 1982 nach seiner Gefangennahme mit sieben weiteren sowjetischen Gefangenen nach Pakistan deportiert und von dort im Januar 1983 in die Schweiz geflogen worden.

In der Provinz Ghazin im Südwesten von Kabul sollen bei einem von Sowjettruppen verübten Massaker im Juli 23 Dorfbewohner umgebracht worden sein. Wie aus Paris gemeldet wurde, hatten Rotarmisten in dem Dorf Raodza die Einwohner zusammengetrieben. Als ein Widerstandskämpfer bei seiner Entdeckung einen Sowjetoffizier tötete, seien als Vergeltungsmaßnahme alle Männer des Dorfes erschossen worden.

Skepsis über neuen Ausweis

dpa, Bonn

Die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder haben sich noch skeptisch über die neuen maschinenlesbaren Personalausweise gezeigt. In Bonn wiesen sie darauf hin, daß es im Personalausweisgesetz noch „Defizite" gebe. So sei der Privatwirtschaft die automatische Einrichtung von Dateien mit Hilfe dieses Ausweises nicht untersagt. Zum anderen müßten noch Datenschutzregelungen insbesondere im Polizeirecht des Bundes und der Länder getroffen werden.

Zimmermann erwartet einen Widerruf der UN-Vorwürfe

Vorher verbiete die „Selbstachtung" Gespräche mit Flüchtlingskommissar Hartling

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) erwartet, daß der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, der Däne Poul Hartling, vor seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland die in einer UN-Studie erhobenen Vorwürfe gegen die Behandlung von Asylanten (WELT vom 13. 8.) korrigiert. In dieser Studie, die im Auftrag von Hartling verfaßt worden ist, heißt es unter anderem, in der Bundesrepublik Deutschland würden Asylsuchende in schmutzigen Lagern untergebracht, man lasse sie hungern, Kinder bekämen nicht genug Milch und Fruchtsäfte. Ein Widerruf dieser unberechtigten Vorwürfe sehe Zimmermann als Voraussetzung für ein sachliches Gespräch mit Hartling an, hieß es im Bundesinnenministerium.

Hartling hatte schon in dieser Woche nach Bonn kommen und dabei Gespräche mit Zimmermann und Bundeskanzler Helmut Kohl führen wollen. Beide Politiker ließen Hartling wissen, sie stünden aus „Terminschwierigkeiten" nicht zur Verfügung. Zimmermann hatte als Gesprächspartner seinen Parlamentarischen *Staatssekretär Horst Waffen*schmidt angeboten. Schließlich sagte Hartling ab. Die Bundesregierung wollte mit dieser politischen Demonstration deutlich machen, daß sie das von Hartling zu verantwortende Verfahren nicht akzeptiert und sich nicht auf die Anklagebank setzen lassen will, zumal die Vorwürfe „haarsträubend" seien. Die „Selbstachtung" habe deshalb Gespräche mit Hartling zu diesem Zeitpunkt verboten. Allerdings wäre Bundesaußenminister Genscher bereit gewesen, den Dänen zu empfangen. In diesem Zusammenhang wurde von verantwortlicher Seite daran erinnert, daß UN-Gremien schon in früherer Zeit, als die Gefahr des Terrorismus groß und aktuell gewesen sei, im Hinblick auf inhaftierte RAF-Häftlinge unzutreffend von Menschenrechtsverletzungen und „Isolationsfolter" gesprochen hätten.

In dem Bericht der UN zum Umgang mit Asylanten, der aufgrund einer Rundreise von zwei Beauftragten im Juni 1983 durch die Bundesrepublik Deutschland erstellt worden ist, wird von einer „zwangsweisen Internierung in Gemeinschaftsunterkünften" gesprochen. Zu der „Art der Unterbringung" der Asylanten heißt es in dem Bericht: „Einige der Unterkünfte, die wir besuchten, waren in einem sehr schlechten Zustand, mit sparsamster, oftmals zerbrochener Möblierung, unzureichender Heizung und ungenügenden sanitären Einrichtungen."

Bei einem Taschengeld von 70 Mark pro Kopf und Person müßten die Asylanten „ihren gesamten persönlichen Bedarf decken: zusätzliche Nahrungsmittel, Toilettenartikel, Briefmarken, Fahrgeld, Zigaretten. Viele zweigen hiervon noch monatliche Zahlungen an ihren Rechtsanwalt ab. In Sammelunterkünften, in *denen Asylsuchende ihr Essen selbst* zubereiten, erhalten sie monatliche Zuwendungen von nur 240 Mark inklusive Taschengeld." Die kommunalen Behörden „stritten Fälle von Unterernährung ab, jedoch bleibt das Risiko hoch, wenn man die Rechtsanwaltsgebühren und mögliche Versuche einiger Asylsuchender, Geld in ihre Heimatländer zu schicken, berücksichtigt".

Zu der Nahrung wird vermerkt, in einigen Zentren würden Mahlzeiten ausgegeben, „die fremd für die Asylsuchenden sind und sogar eine Beleidigung.

Und weiter wird dargestellt: „In den Zentren, in denen die Asylsuchenden selbst kochen, erhalten einige Bargeld und andere Lebensmittelrationen. In den letzteren Fällen nahmen wir Beschwerden entgegen, daß die Kinder nicht genug Milch, Obst und Säfte bekämen." In dem Bericht ist außerdem von einem „allgemein depressiven Zustand" der gesehenen Asylbewerber die Rede. Sprachliche Ausbildung sei verboten und das Personal in diesen Unterkünften in vielen Fällen inkompetent. Die Vorwürfe gegen die Bundesregierung und die Länder gipfeln in der Zusammenfassung: „Obwohl das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte in Art. 16 des 1949 verkündeten Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland verankert ist, sind in Europa einzigartige abschreckende Maßnahmen gegen Asylsuchende verübt worden."

Das Bundesinnenministerium verwahrt sich gegen diese Vorwürfe, die, wenn man sie genau liest, auf Eindrücken oder auf Schilderungen von Asylbewerbern gründen. Diese „Informanten" aber bleiben anonym. In einer Stellungnahme des Ministeriums dazu heißt es: „Polemik und Anmaßung ergänzen oberflächlich getroffene, ungeprüfte und daher un*richtige Feststellungen in einer* Reihe von Fällen." Selbst solche Darstellungen seien unrichtig, mit denen keine Beanstandungen verbunden würden. Das Papier könne deshalb nicht als „Grundlage seriöser Diskussionen" angesehen werden. Die Bundesrepublik Deutschland sei der einzige Staat, der das Asylrecht als „einklagbares, subjektives Recht mit Verfassungsrang ausgestattet hat". Bundesinnenminister Zimmermann hält es für die Pflicht des Hohen Flüchtlingskommissars, durch eine objektive Darstellung der Verhältnisse und der Rechtsgrundlagen diese von zwei weiblichen Mitarbeiterinnen verfaßte Studie zu korrigieren.

Möllemann fordert von Rau ein klärendes Wort

Ministerpräsident auch in eigenen Reihen unter Druck

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der Staatsminister im Bonner Auswärtigen Amt und Chef der nordrhein-westfälischen Liberalen, Jürgen Möllemann, hat seine Besorgnis über die Beschlüsse der SPD in der Frage der Nachrüstung und seine Betroffenheit über die Haltung von Ministerpräsident Johannes Rau geäußert. In einen Brief an den „lieben Kollegen im Amt des Vorsitzenden" hält er Rau vor, dessen Partei stelle sich mit einem „atemberaubenden Tempo" gegen den NATO-Doppelbeschluß, so wie ihn der damalige sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt geprägt habe. Rau, der auch stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD ist, sei zu einem klärenden Wort in den Wirren unter den Sozialdemokraten aufgefordert.

Möllemann fügt hinzu, Politiker der SPD verunsicherten die westlichen Bündnispartner, indem sie wie Egon Bahr und Wolfgang Voigt darauf drängten den von Helmut Schmidt und dem damaligen Verteidigungsminister Hans Apel ausdrücklich gebilligten Zeitplan aufzugeben, „und Herr Vogel entwirft einen unlogischen Kompromißvor*schlag nach dem anderen*". Rau müsse jetzt unmißverständlich bekennen, ob er weiter zum NATO-Doppelbeschluß stehe und erklären, was er gegen das Abdriften seiner nordrhein-westfälischen SPD in eine „bündnisfeindliche, neutralistische Position" tun wolle.

Auch in den eigenen Reihen gerät Rau unter Druck. Zwar übte sich gestern im Landtag seine Fraktion in Geschlossenheit, doch mußte sich der Ministerpräsident noch am Wochenanfang Kritik des Fraktionschefs Karl Josef Denzer gefallen lassen. Dieser drängt auf eine Kabinettsumbildung, mindestens aber auf die Neubesetzung des seit mehr als drei Monaten vakanten Postens des Landwirtschaftsministers. Auf Anfrage der CDU-Opposition, ob Rau es verantworten könne, angesichts der alarmierenden Katastrophenmeldungen über das Waldsterben dieses Fachressort so lange ohne Leitung zu lassen, beschied Rau, er habe als Regierungschef das Recht, selbst den Zeitpunkt zu bestimmen: „Jetzt kann ich nicht, und ich möchte nicht." Es sei ein völlig normaler Vorgang, wenn er als Ministerpräsident das Ressort mitverwalte.

Bei Angriffen der CDU im Zusammenhang mit den Krefelder Krawallen stellte sich Rau ausdrücklich vor seinen Innenminister Herbert Schnoor. Dieser habe sich zu Recht über den beschuldigten V-Mann des Berliner Verfassungsschutzes, der in Krefeld mit Steinen geworfen haben soll, äußern müssen, so wie es auch Regierungssprecher Peter Boenisch in Bonn getan habe. Dies sei kein Eingriff in ein schwebendes Verfahren, wie die CDU im Düsseldorfer Landtag behaupte. Schnoor griff wiederholt Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann an und warf ihm vor, er habe Erklärungen abgegeben, die nicht den Tatsachen entsprächen. Dabei spielte er auf die Äußerung Zimmermanns an, man hätte die Krawalle verhindern können, „wenn man nur gewollt hätte". Schnoor sagte, er baue sich nicht als Gegenspieler Zimmermanns aus parteipolitischen Gründen auf, aber kein Innenminister eines Bundeslandes könne es dulden, wenn ein Polizeieinsatz „von außen zensiert wird". Dann bleibe ihm gar nichts anderes übrig, „als mich vor die nordrhein-westfälische Polizei zu stellen". Ausdrücklich aber erklärten Rau und Schnoor, den Berliner Verfassungsschutz oder Innensenator Heinrich Lummer (CDU) träfe kein Schuldvorwurf.

SED – Sorge um das „politische Bewußtsein"

hrk. Berlin

Ost-Berlins SED-Chef Konrad Naumann ließ bei der Eröffnung des SED-Parteilehrjahres in einer Ansprache vor 3000 Funkionären seine Sorge um das „politische Bewußtsein der Werktätigen" deutlich werden. An mehreren Stellen seiner Rede rief er dazu auf, das „Niveau der Leitung der Partei und Massenarbeit noch wirksamer" auf eben dieses Bewußtsein und auf die „Förderung der Arbeits- und Leistungsbereitschaft" auszurichten.

Ausführlich ging Naumann auf den auch in der „DDR" heftig diskutierten Abschuß eines südkoreanischen Jumbos durch sowjetische Jäger ein. Er zog dabei die schon einige Tage zuvor von Erich Honecker im Staatsrat vorgegebene Linie nach und faßte die Verteidigung der Moskauer Entscheidung in dem Satz zusammen: „Für uns als deutsche Kommunisten ist und bleibt es so: Wir werden immer an der Seite der UdSSR stehen, und das ist uns Bedürfnis – gerade in dieser internationalen Lage!"

Unmißverständlich verlangte Naumann von den Ostberliner Kommunisten, alle Werktätigen „noch wesentlich besser" zu befähigen, die „offensive Auseinandersetung" mit den Auffassungen, den offenen und versteckten Angriffen, den böswilligen Verleumdungen und „gutgemeinten" Ratschlägen der „bürgerlichen Ideologie und Politik" zu bestehen.

Ausdrücklich forderte er die SED-Mitglieder dazu auf, sich „niemals abzukapseln". Die Parteikader müßten sich stets dessen bewußt sein, daß die „Menschen entweder von ihnen begeistert sind und von ihnen lernen, oder sie mißbilligen und kritisieren".

Großes Seemanöver Japans und der USA

dpa, Tokio

Japan und die USA planen für die Zeit vom 25. September bis 5. Oktober ein großangelegtes Marine-Manöver, das die gesamten Gewässer um Japan und Teile seiner Seewege einschließen soll, gab das Verteidigungsministerium in Tokio gestern bekannt. Dabei soll entsprechend der neuen Verteidigungskonzeption, die Washington und Tokio gegenwärtig gemeinsam ausarbeiten, die Blockade der Durchfahrtsstraßen ins Japanische Meer und die Verteidigung der Seewege in einem Umkreis von tausend Seemeilen von den japanischen Küsten nach Südosten und Südwesten geübt werden. Nach dem jüngsten Luftzwischenfall über dem Nordpazifik enthält die bereits im April vereinbarte Übung zusätzlich den Charakter einer politisch-militärischen Demonstration gegenüber der Sowjetunion.

An dem bisher größten Seemanöver der beiden Bündnispartner seit fünf Jahren werden sich von japanischer Seite etwa 150 Kriegsschiffe, 170 Flugzeuge und rund 30 000 Mann der Marinestreitkräfte beteiligen. Die USA entsenden mindestens zehn Schiffe und zwei U-Boote.

Weizsäcker hat Besuch bei Honecker gemeinsam mit Kohl vorbereitet

Der Regierende Bürgermeister wird vor allem auch Berliner Probleme erörtern

hrk. Berlin/Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker haben den Katalog der Themen, die Weizsäcker heute mit SED-Chef Erich Honecker in Ost-Berlin erörtert, zuvor in einem Vier-Augen-Gespräch in Bonn festgelegt. Der Berliner CDU-Politiker handelt bei seinem verabredeten Treffen mit Honecker somit in vollem Einvernehmen und mit Billigung des Kanzlers. Der Regierungschef verspricht sich von Weizsäckers Erkundung, bei der offenbar ein festgelegter Problemrahmen vorhanden ist, neue Aufschlüsse über den Bewegungsspielraum der „DDR"-Führung und mögliche Erfolgsaussichten bei menschlichen Erleichterungen.

Wie die WELT berichtete, trifft Weizsäcker heute um 11 Uhr im ehemaligen Hohenzollern-Schloß Niederschönhausen nach wochenlanger vertraulicher Vorbereitung mit Honecker zusammen. Es liegt nahe, daß – ebenso wie beim kürzlichen Besuch von Ex-Kanzler Helmut Schmidt –, im Vorfeld der Verabredung Weizsäckers Kontakte zur evangelischen Kirche in der „DDR" eine Rolle gespielt haben. Nach dem auf drei bis vier Stunden angesetzten Gespräch kehrt Weizsäcker unmittelbar in den Westteil der Stadt zurück.

Bevor um 16.30 Uhr im Rathaus Schöneberg eine Pressekonferenz beginnt, will Weizsäcker dem Vernehmen nach den Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, als ersten über Verlauf und Ergebnis der Unterredung informieren.

Zur Richtung von Weizsäckers Gespräch heißt es im Rathaus Schöneberg, Weizsäcker habe erst kürzlich zur Eröffnung der „Berliner Festwochen" darauf verwiesen, daß nicht die Abrüstung für sich genommen Vertrauen zwischen Ost und West schaffe, sondern dies nur durch ein Geflecht besserer Beziehungen auf Grund menschlicher Kontakte und des gegenseitigen Wissens voneinander geschehen könne.

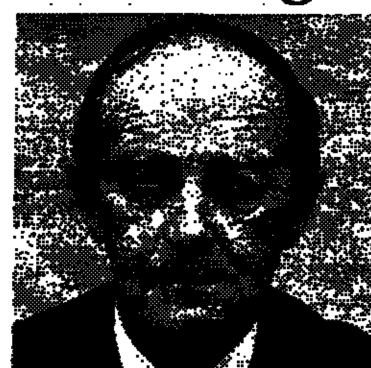
Zwar dürfte der CDU-Politiker heute mit Honecker auch den Stand der Genfer Verhandlungen erörtern und das durch den Abschuß der südkoreanischen Verkehrsmaschine weiter abgekühlte Verhältnis zwischen den Weltmächten zur Sprache kommen, aber auf Weizsäckers Sprechzettel werden vor allem Punkte stehen, die die Berliner belasten. Dazu gehören die nach der Verdoppelung des Zwangsumtauschs halbierte Zahl der Tagesbesuche nach Ost-Berlin und in die „DDR", Verbesserungen im Transitverkehr, der Anschluß der Stadt an das Intercity-Netz der Bundesbahn, das Offenhalten des Grenzübergangs Staaken, die noch immer nicht mögliche freie Wahl der Grenzübergänge zur Ein- und Ausfahrt nach und von Berlin sowie die seit zwölf Jahren geforderte Gültigkeit der Tagesvisa für volle 24 Stunden. Auch der gesamte Bereich der Übernahme der S-Bahn in westliche Regie, die Anbindung der Stadt an das Erdgas-Verbundnetz der Bundesrepublik und der Kauf kleinerer innerstädtischer „Zipfel" Ost-Berlins für eine bessere Nord-Süd-Verkehrsführung in der überlasteten Westberliner City liegen als Themenkomplexe auf der Hand.

Die „DDR"-Führung war in den vergangenen Jahren nach Abschluß des Viermächteabkommens nicht müde geworden, die scharfe und abwehrende Haltung Moskaus gegenüber jeglicher vermeintlicher Aufwertung West-Berlins noch zu übertreffen. Vorstöße des damaligen Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe (SPD), Ost-Berlin zu einer gemeinsamen 750-Jahr-Feier der Stadt im Jahre 1987 zu bewegen, wies SED-Bezirkschef Konrad Naumann brüsk zurück. Die jetzt wieder aktuellen Verhandlungen über ein Kulturabkommen kamen nur deshalb jahrelang nicht vom Fleck, weil die „DDR" die „Stiftung Preußischer Kulturbesitz" im Westteil der Stadt ignorieren wollte.

Während Walter Ulbricht West-Berlin als die „westlichen Vororte" seiner „Hauptstadt" bezeichnete, setzte sich unter seinem Nachfolger Honecker eine mehr pragmatische Behandlung Berlins durch. Obwohl Artikel 6 des „Freundschaftsvertrages" zwischen Moskau und Ost-Berlin vom Juli 1964 die „Hohen vertragsschließenden Seiten" verpflichtet, den Westteil der Stadt als „selbständige politische Einheit" zu betrachten, sperrte sich die „DDR" später nicht, daß selbstverständlich die Bundesregierung nach dem Grundlagenvertrag auch sämtliche Berliner Anliegen vertrat und verhandelte. Ohne Einnahmen aus dem Etatposten „Berlin" ist der „DDR"-Devisenhaushalt ohnehin nicht mehr denkbar. Einschließlich der Transit- und Visagebühren für Besuche von West-Berlin kommt man auf 600 bis 700 Millionen Mark jährlich.

Zum 70. Geburtstag gibt es eine späte Ehrung

Kuo. Stuttgart



Hans Filbinger wird heute 70
FOTO: KURT EPPLER

Hans Filbinger wird heute 70 Jahre alt. Zu Ehren des langjährigen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs (von 1966 bis 1978) und des Ehrenvorsitzenden der Landes-CDU gibt Lothar Späth, Nachfolger als Regierungs- und Parteichef in Stuttgart, morgen einen großen Empfang im Schloß zu Ludwigsburg. Beobachter in Stuttgart werten dies als eine Art späte „Wiedergutmachung" gegenüber dem verdienstvollen Politiker und Parteifreund, der jetzt mit dem Titel Professor (ehrenhalber) geehrt wird.

Als am 7. August 1978 Hans Filbinger sein Amt nicht ganz freiwillig aufgeben mußte, waren neben eigenen faktischen Fehlern nicht nur die massiven Attacken aus den Reihen des politischen Gegners wegen seiner Tätigkeit als Marinerichter in der NS-Zeit (Todesurteile) Schuld am Ende seiner glanzvollen Karriere. Filbinger war verbittert über die mangelnde Solidarität in der Union. Dies führte letztlich zu seinem Verzicht auf alle Staats- und Parteiämter.

Der am 15. September 1913 in Mannheim geborene katholische Politiker promovierte 1937 zum Dr. jur. 1940 wurde er zum Kriegsdienst einberufen, währenddessen er auch als Marinerichter tätig wurde.

Nach dem Krieg hat Filbinger maßgeblich die Geschichte des Südweststaates (der 1952 gegründet wurde) mitgestaltet. Der inzwischen in Freiburg beheimatete CDU-Politiker (Parteieintritt 1951) setzte sich mit Engagement für die Bildung des neuen Bundeslandes ein. 1958 holte ihn Ministerpräsident Gebhard Müller als Staatsrat in die Landesregierung, im Kabinett Kurt-Georg Kiesingers wurde der aufstrebende Politiker Innenminister. Als Kiesinger 1966 Bundeskanzler wurde, übernahm Filbinger dessen Amt als Regierungschef in Stuttgart.

Zwölf Jahre lang hat Filbinger die Geschicke des Landes straff und erfolgreich geführt, zunächst in einer großen Koalition mit der SPD. 1972 schaffte es die CDU, die absolute Mehrheit (fast 53 Prozent der Wählerstimmen) zu erringen. Seit jener Zeit regiert die CDU alleine in Baden-Württemberg.

Nach dem spektakulären Rücktritt vor fünf Jahren hat sich der Vollblutpolitiker nicht zurückgezogen. Vielmehr betätigt er sich als Europäer der ersten Stunde (Filbinger hat auch für die deutsch-französische Versöhnung bleibende Verdienste erworben) aktiv in der Paneuropa-Union. Einen neuen Lebensinhalt hat Filbinger in dem von ihm 1979 gegründeten „Studienzentrum Weikersheim e. V" gefunden.

„DDR"-Funktionär bei Jenninger

AP, Bonn

Der „DDR"-Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, ist gestern vom Staatsminister im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen worden. Bei dem Gespräch, bei dem Gyse von dem Ständigen Vertreter der „DDR" in Bonn, Ewald Moldt, begleitet wurde, wurden Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche sowie die Zusammenarbeit der Kirchen in Deutschland besprochen. Einzelheiten wurden nicht mitgeteilt.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Geld muß arbeiten – für gute Erträge!

Nominalzins 8,00 %
Ausgabekurs 99,40 %
Rendite 8,15 %
Laufzeit 5 Jahre
heutiger Stand

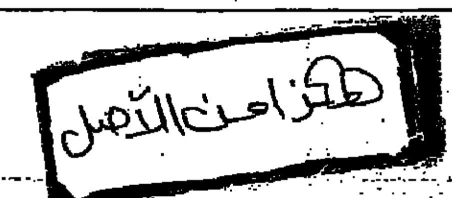
DEUTSCHE MARK 1982

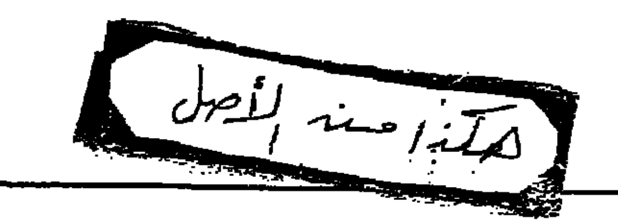
Mit Bundesobligationen. Sie sind eine vorteilhafte Geldanlage. Ausgestattet mit guten festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer Laufzeit von 5 Jahren. Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein ertragreiches, klar überschaubares Wertpapier. Bei Geldbedarf können Sie Bundesobligationen zum Tageskurs wieder verkaufen. Neuausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,– DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken. Übrigens können Sie Bundesobligationen auch verschenken. Hierfür gibt es einen besonderen Geschenkbrief. Fragen Sie Ihr Kreditinstitut nach Bundesobligationen. Oder senden Sie den Coupon ein.

BUNDES OBLIGATIONEN

Wenn Sie an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1, Tel. (06 11) 55 07 07, schreiben, erhalten Sie ausführliche Informationen über Bundeswertpapiere.

Name
Straße
PLZ/Ort 001/4-25





War Ermordeter jugoslawischer V-Mann?

WERNER KAHL, Karlsruhe

Hat der Untergrundkrieg zwischen dem jugoslawischen Geheimdienst und Exil-Kroaten in Deutschland ein neues Opfer gefunden? Den Sicherheitsbehörden sind Zweifel gekommen, daß der 34jährige jugoslawische Gastarbeiter Yussuf Tatar in Karlsruhe aus privatem Motiv, wie anfänglich angenommen, erschossen wurde. Die baden-württembergische Polizei und Experten des Bundeskriminalamtes schließen jetzt einen politischen Hintergrund nicht aus.

Unter dem Verdacht, den seit 1972 in Süddeutschland ansässigen Gastarbeiter ermordet zu haben, nahm die Polizei kürzlich zwei Jugoslawen im Karlsruher Wohnheim des Ausländer-Lagers Zirndorf fest. Sie werden beschuldigt, ihren Landsmann am 7. August dieses Jahres in der Toilette eines Karlsruher Lokals durch einen hinter dem linken Ohr aufgesetzten Schuß getötet zu haben. Einer der mutmaßlichen Täter besaß eine tschechische Pistole Kaliber 7.65 Millimeter. Dieses Kaliber wurde für den tödlichen Schuß auf Tatar benutzt. Die Festgenommenen bestreiten jedoch den Mord.

Die Sicherheitsbehörden versuchen zu klären, ob der Ermordete V-Mann oder Agent des jugoslawischen Geheimdienstes in der Bundesrepublik war. Im Jahre 1978 war er als angeblicher jugoslawischer Konsulatsspitzel denunziert worden. Experten schließen nicht aus, daß der Jugoslawe möglicherweise als Vergeltung für zwei Morde des Geheimdienstes an Exil-Kroaten in Bayern erschossen wurde. Es handelt sich dabei um den Fall des in München ansässig gewesenen Zagajski (März 1983) sowie um die Erschießung des exilkroatischen Verlegers Durekovic am 28. Juli dieses Jahres in Wolfratshausen (Oberbayern). In beiden Fällen konnten die Mörder unerkannt entkommen. Einer der jetzt Festgenommenen, der 21jährige Boze V., war im Frühjahr aus Jugoslawien in die Bundesrepublik Deutschland gekommen und beantragte politisches Asyl.

Post verlangt von „DDR" bessere Leistungen

Bonn zum „Abschluß" eines neuen Abkommens bereit

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Bundesregierung hat der „DDR" gestern den „sofortigen Abschluß" eines neuen Post- und Fernmeldeabkommens angeboten, aber sie hat zugleich von Ost-Berlin zusätzliche Leistungen und die Beseitigung von Mängeln verlangt. Diese Reaktion Bonns muß im Zusammenhang mit der Drohung der „DDR" gesehen werden, den innerdeutschen Postverkehr einzuschränken, falls Bonn nicht mehr Geld dafür bezahle.

Bei den bisherigen Verhandlungen gehen die Positionen beider Seiten noch weit auseinander. Die „DDR" verlangt für zusätzliche Leistungen aufgrund eines gestiegenen Postaufkommens von Bonn eine jährliche Pauschale von rund 300 Millionen Mark. Ursprünglich hatte sie eine Forderung von 435 Millionen Mark genannt, diese aber dann zurückgeschraubt. Nach dem Abkommen, das 1976 geschlossen und nunmehr ausgelaufen ist, hat die Bundesregierung bisher 85 Millionen Mark pro Jahr gezahlt. Sie hat im Grundsatz akzeptiert, daß diese Summe für die „DDR" nicht mehr „kostendeckend" ist und hat sich in den internen, nunmehr festgefahrenen Verhandlungen bereit erklärt, auf rund 160 Millionen Mark aufzustocken. Bonn verlangt aber die zusätzliche Schaltung von Telefonleitungen, die Beschleunigung der Zustellung für Briefe und Pakete und erhebt die Forderung, die „DDR" müsse sicherstellen, daß künftig nicht mehr so viele Postsendungen „verloren" gehen.

Nach Angaben des Bundespostministeriums werden von der Bundesrepublik Deutschland aus pro Jahr rund 25 Millionen Pakete und 75 Millionen Briefe in die „DDR" geschickt. Die Zahl der vom Westen einschließlich Berlins aus geführten Telefongespräche in die „DDR" werden auf rund 30 Millionen beziffert.

Die Verlustquote ist bei den Briefen und Paketen beträchtlich. Im vergangenen Jahr sind nach den Erhebungen des Bundespostministeriums 27 000 Pakete und rund 5000 Briefe einfach verschwunden.

Die Zustelldauer für solche Sendungen in die „DDR" dauert heute mindestens fünf Tage. In der Bundesrepublik Deutschland werden Briefe binnen eines Tages, spätestens aber in zwei Tagen zugestellt. Diese Verzögerungen bei der Abwicklung durch die Post der „DDR" wird darauf zurückgeführt, daß der Staatssicherheitsdienst umfangreiche Kontrollen durchführt. Er beschlagnahmt auch Sendungen. Hierin liegen Gründe für Verzögerungen und Verluste. Zur Zeit sind 1500 Telefonleitungen hin und her geschaltet. Bonn möchte diese Zahl der Leitungen erhöhen und hat sich bereit erklärt, dafür zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

Beim Bundespostministerium gibt es auch Erhebungen über den Post- und Fernmeldeverkehr von der „DDR" in die Bundesrepublik Deutschland. Danach wurden im vergangenen Jahr immerhin neun Millionen Pakete und 100 Millionen Briefe in den Westen geschickt. Das heißt, die Menschen in der „DDR" halten mittels Briefe vielfältigen Kontakt zu Verwandten und Freunden im Westen.

Die amtliche Nachrichtenagentur der „DDR", ADN, hatte gemeldet, die Abwicklung des Post- und Fernmeldeverkehrs erfordere „hohe finanzielle und materielle Aufwendungen seitens der DDR". Diese würden „in keiner Weise" durch den bisher von Bonn gezahlten jährlichen Pauschalbetrag abgegolten. Es könne Ost-Berlin nicht zugemutet werden, den Post- und Fernmeldeverkehr aus der Bundesrepublik Deutschland „zu subventionieren", zumal es sich „dabei um Beträge von mehreren Millionen Mark handelt". Offenbar auch in Anspielung auf die gegenwärtig geführten Diskussionen über Gegenleistungen der „DDR" für den Milliardenkredit hatte Ost-Berlin diese Meldung unter der Überschrift „Leistungen – Gegenleistungen" gestellt.

Athens Verhalten stärkt die Position Ankaras in der NATO

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die Beziehungen Griechenlands zur NATO sind an einem Tiefpunkt angelangt. In diplomatischen Kreisen der Allianz befürchtet man, daß der aufgestaute Ärger über das Verhalten der Regierung des Ministerpräsidenten Andreas Papandreou sich eines Tages entladen könnte.

Das Verhalten Griechenlands auf der EG-Ministerkonferenz in Athen ist nach Meinung in Brüssel nur ein Spiegelbild des griechischen Verhaltens in der Allianz. Nichts hat in Brüssel unter den Alliierten so viel Verärgerung ausgelöst wie das Verlangen Athens, die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen um sechs Monate hinauszuschieben. Der Vorschlag wurde als Versuch angesehen, direkt zugunsten der Sowjetunion zu intervenieren.

In der täglichen Kleinarbeit der NATO, die sich zumeist hinter verschlossenen Türen vollzieht, bietet Griechenland kein anderes Bild: Es hat sich seit der Amtsübernahme Papandreou wieder aus der militärischen Integration der Allianz zurückgezogen, weigert sich, an der gemeinsamen Organisation zur Kontrolle der Zivilschiffahrt im Mittelmeer teilzunehmen und versucht auf dem Umweg über NATO-Manöver, die übrigen Staaten der Allianz auf eine antitürkische Linie festzulegen.

Die NATO hat sich bisher standfest geweigert, sich in dieser Sache von Athen den Arm auskugeln zu lassen. Sie ließ Athen aus gemeinsamen Manövern ausscheiden, weil sie nicht bereit war, die umstrittene Insel Lemnos, wie von Athen gewünscht, in die Übungen einzubeziehen. Wie jedoch gestern das griechische Verteidigungsministerium mitteilte, soll Lemnos diesmal in die Manöverplanung eingezogen werden. In einer anderen Sache, der Vergabe von Millionenbeträgen aus dem NATO-Infrastrukturfonds an Griechenland, hat sie sich allerdings erpressen lassen: Athen verlangte die Bereitstellung von mehreren Millionen Verrechnungseinheiten zum Ausbau eines Flugplatzes bei Crissopoulos in Nordgriechenland, obwohl das von den zuständigen NATO-Militärstäben als herausgeworfenes Geld betrachtet wird. Aber Griechenland drohte damit, sonst den ganzen Beschluß über die Finanzierung von Dutzenden anderer Infrastruktur-Bauten unmöglich zu machen.

In NATO-Kreisen heißt es dazu, das Bündnis könnte sich von Athen gedrängt fühlen, seine eigenen Prozeduren zu ändern. Auf jeden Fall seien nicht mehr alle bereit, Gelder für, wie es hieß, „Privatveranstaltungen Papandreous" zu bezahlen. In den höchsten NATO-Stäben sagt man voraus, daß die Stellung der Türkei durch das Verhalten Griechenlands immer mehr gestärkt werde. Viele Diplomaten und vor allem hohe Offiziere sehen das nicht ungerne. Sie verweisen darauf, daß die NATO ohne die Türkei nicht überlebensfähig sei. Ankara kontrolliere die türkische Meerengen und damit den freien Zugang der Sowjets zum Mittelmeer. Ein Wegfall der türkischen Sperre würde der Sowjetunion den Seeweg zum Persischen Golf freigeben.

Das gleiche gelte für die geographische Lage Anatoliens. Es liege quer zu jedem direkten sowjetischen Vormarsch zum Golf. Die Sowjets müßten den Umweg über Iran nehmen, mit der Ungewißheit, wie sich die in der tiefen Flanke eines sowjetischen Vorstoßes zum Golf liegende Türkei verhalten würde. (SAD)

Britische SDP will „nationale Kampagne" für Wahlrechtsreform

Wenig Aussicht auf Erfolg / Realisten der Partei setzen auf Allianz mit den Liberalen

FRITZ WIRTH, London

Mit dem üblichen Notschrei nach einer Wahlrechtsreform beendeten die britischen Sozialdemokraten gestern ihren Parteitag in Salford bei Manchester. Diese letzte Debatte setzte noch einmal den aufgestauten Zorn und die Frustration über das für die SDP so unbefriedigende Wahlergebnis frei, das der sozial-liberalen Allianz zwar 24,6 Prozent der Wählerstimmen, aber nur drei Prozent der Unterhaussitze einbrachte. Die Labour Party dagegen erntete für 27,6 Prozent der Stimmen insgesamt 209 Unterhaussitze.

Roy Jenkins, der ehemalige Parteichef der Sozialdemokraten, kündigte an, daß die SDP zusammen mit den Liberalen im Jahre 1984 die bisher größte nationale Kampagne inszenieren wird mit dem Ziel, das Mehrheits-Wahlsystem durch ein neues Verhältniswahlrecht zu ersetzen. Die Partei selbst, die sich durch die Unfairneß des Mehrheits-Wahlsystems betrogen fühlt, ist jedoch realistisch genug, die Erfolgschancen dieser Kampagne nicht zu optimistisch einzuschätzen. Eine derartige Reform kann nur mit Zustimmung der Konservativen und der Labour Party herbeigeführt werden. Die aber zeigen als Nutznießer keine Neigung zu einer Änderung.

Diese Realitäten engen zugleich die auf diesem Parteitag so zuversichtlich beschriebenen Zukunftsperspektiven dieser Partei ein. Ihr Weg zur Macht, den ihr Parteichef David Owen vorzeichnete, ist schwerer und länger, als es die Parteitagsrhetorik der letzten Tage suggerierte. Die Realisten konzentrieren sich deshalb auf erreichbare Nahziele und das heißt, in einer Wahl-Allianz mit den Liberalen bei der nächsten Unterhauswahl die Labour Party als zweitstärkste Partei und damit als offizielle Oppositionspartei abzulösen.

Das ist auch ganz offensichtlich die strategische Zielrichtung hinter der resoluten Weigerung Owens, die SDP in absehbarer Zukunft mit den Liberalen zu verschmelzen. Owen möchte die unabhängige Identität der Sozialdemokraten sichern, um für die, wie er hofft, wachsende Zahl von Dissidenten in der Labour Party attraktiv zu bleiben. Sie setzt in der Zukunft auf mehr Zulauf von links als von rechts.

Peter Shore, der im Augenblick um die Parteiführung der Labour Party kämpft, hat diese Gefahr sehr deutlich erkannt. Er warnte davor, daß die Labour Party in den nächsten Jahren in eine „historische Schlacht mit den Sozialdemokraten verwickelt wird".

Für die Sozialdemokraten jedoch ist es wichtig und notwendig, sich für diese Auseinandersetzung schärfer politisch zu profilieren als es hier in Salford geschehen ist. Die Partei hat immer noch keine eindeutig formulierte Verteidigungspolitik. Sie schwankt in der Wirtschaftspolitik zwischen dem Konzept freier Marktwirtschaft und ungehinderter Einkommenspolitik (Owen) und einer gesetzlichen Einkommenspolitik (Parteipräsident Shirley Williams). Diese letzte Forderung wird ohne Zweifel die von der SDP angestrebte Annäherung an die britischen Gewerkschaften erschweren, die in ihrer Mehrheit auf eine uneingeschränkte Tarifhoheit pochen. Shirley Williams kündigte zwar an, daß sich 15 Einzelgewerkschaften mit einer Gesamtmitgliedszahl von über zwei Millionen zu einem Dialog mit den Sozialdemokraten bereit erklärt haben. Es fällt jedoch auf, daß sich unter diesen 15 nicht eine einzige der großen und mächtigen Gewerkschaften wie die der Transportarbeiter und der Metallarbeiter befindet.

Landespolitik der Konservativen kam bei Norwegens Gemeinden nicht an

Einbußen bei der Kommunalwahl machen Regierungspartei nachdenklich

REINER GATERMANN, Oslo

Es dauerte ungewöhnlich lange, bis Kaare Willoch eine Erklärung für das überraschend schlechte Abschneiden seiner konservativen Partei Höyre bei den Gemeinde- und Provinzwahlen in Norwegen gefunden hatte. Vielleicht hatte er sich allzu fest auf die Meinungsforscher verlassen, die ihm nur einen geringfügigen Rückgang prophezeit hatten.

Willochs Partei und seine beiden Koalitionspartner, die Zentrumspartei und die Christliche Volkspartei, konnten sich mit zwei Dingen trösten: einmal, daß die nächsten Parlamentswahlen erst 1985 stattfinden und zum anderen, daß die Wahlbeteiligung mit 67 Prozent die niedrigste seit Kriegsende war. Hätte das Wahlergebnis allerdings dem Storting (Parlament) gegolten, stünde Norwegen jetzt vor einem Regierungswechsel.

Das Resultat der Gemeinde- und Provinzwahl muß die Regierungspartei, hier vor allem die Konservativen, nachdenklich stimmen. Es zeigt, daß der eigene Glaube an das Programm nicht ausreicht, um auch den Wähler von dessen Richtigkeit zu überzeugen. Eine Steuersenkung kann zwar rein mathematisch die verringerten Sozialleistungen aufwiegen; beide Posten können jedoch ein Familienbudget sehr unterschiedlich beeinflussen. Das Dilemma dieses Wahlkampfes war für die Regierungspartei, daß zwischen den landesweiten politischen Fragen und den lokalen Problemen keine strikte Grenzlinie zu ziehen war. Die für Norwegen rekordhohe Arbeitslosenquote von vier Prozent ist nicht eine alleinige Folge der Regierungspolitik. Aber sie beunruhigt die Bevölkerung, wenn sich dann auch noch, diesmal als Auswirkung der restriktiven Ausgabenpolitik des Mitte-Rechts-Kabinetts, Krankenhäuser, Altenheime und andere soziale Einrichtungen stark einschränken müssen, ist es für die oppositionellen Sozialdemokraten ein leichtes Spiel, die wankelmütigen Stimmen mit großzügigen, aber volkswirtschaftlich leichtfertigen Versprechen einzufangen.

Kaare Willoch ist es nicht gelungen, seine an und für sich richtige Landespolitik auch auf Gemeindeebene verständlich zu machen. Deswegen schrumpfte der Stimmenanteil der Konservativen gegenüber der vorigen Kommunal- und Provinzwahl in



Gro Harlem Brundtland spürt Aufwind für die Sozialdemokraten

FOTO: POLY-PRESS

1979 um 3,7 auf 26,2 Prozent. Noch drastischer ist der Rückgang im Vergleich zur Storting-Wahl von 1981: minus 4,5 Prozent. Die Koalitionspartner kamen glimpflicher davon: Die Zentrumspartei errang 7,3 Prozent (minus 1,3) und die Christliche Volkspartei 8,7 Prozent (minus 1,5).

Hätte die sozialdemokratische Arbeiterpartei jetzt nicht wenigstens die Stimmen zurückgewonnen, die sie 1981 an die Konservativen abgeben mußte – dies ist in Norwegen ein keineswegs ungewöhnlicher Wählerschritt –, wäre diese Wahl für sie zur Niederlage geworden. Nun schnitt sie mit 39,2 Prozent um 3,2 Prozentpunkte besser als 1979 ab, und liegt um 2,2 Prozent über dem Resultat der Storting-Wahl von 1981. Diesen Aderlaß nach links hätte Willoch ohne größere Sorgen verkraften können. Schlimmer ist die Wählerabwanderung nach rechts zur Fortschrittspartei, die sich bei ihrer Gründung vor zehn Jahren stark an den dänischen Steuerprotestler Mogens Glistrup anlehnte und jetzt mit Carl I. Hagen eine attraktive Führungsgestalt hat. Mit einem Stimmenanteil von 6,3 Prozent (gegenüber 1979 plus 3,8) sicherte sie sich eine strategisch wichtige Position.

Für Gro Harlem Brundtland, Vorsitzende der Sozialdemokraten und diejenige, die vor zwei Jahren das Regierungsruder an Kaare Willoch übergeben mußte, kommt der Aufschwung gerade noch rechtzeitig, um ihre Stellung an der Parteispitze abzusichern. Sie ist in erster Linie Bindeglied zwischen den verschiedenen Fraktionen im eigenen Lager, die es vor allem im sicherheitspolitischen Bereich gibt. Sie kann jetzt neuen Mut für die Storting-Wahl 1985 schöpfen. Die Sozialdemokraten könnten jetzt leicht der Verlockung erliegen, die Regierungskoalition mit allzu großzügigen Versprechen anzugreifen.

Obwohl Norwegen aufgrund seiner Erdöleinnahmen finanziell besser dasteht als viele andere Industrienationen, leidet es unter denselben Problemen wie diese. Die öffentlichen Ausgaben drohen außer Kontrolle zu geraten; die Industrie befindet sich in einer Strukturkrise. Dem arbeitet Willoch seit zwei Jahren mit gewissem Erfolg entgegen. Die Vorschläge der Sozialdemokraten zielen auf eine weitere Expansion des öffentlichen Sektors hin, ohne die Ertragskraft der Wirtschaft (exklusive Erdöl) wesentlich zu verstärken.

McNamara setzt seine Kampagne fort

Der frühere US-Verteidigungsminister nennt die Pershing 2 militärisch überflüssig

TH. KIELINGER, Washington

Der frühere US-Verteidigungsminister Robert McNamara hat jetzt mit einem neuen Aufsatz in der Vierteljahresschrift „Foreign Affairs" seine Kampagne gegen die nukleare Option der unter dem Namen „flexible response" geführten NATO-Strategie fortgesetzt. Wie schon vor einem Jahr im Verbund mit McGeorge Bundy, Gerard Smith und George Kennan attackiert McNamara auch diesmal wieder den Erstgebrauch von Atomwaffen („first use"), wie ihn die NATO für den Fall vorsieht, daß nach einem begonnenen Konflikt eine konventionelle Niederlage drohe.

Den vier Autoren war damals in kompetenten Gegenartikeln widersprochen worden, auf die McNamara nun aber nicht weiter eingeht. Dagegen schreibt er: „Nukleare Waffen dienen keinem militärischen Zweck. Sie sind vollkommen nutzlos." Sein Aufsatz trägt den Titel: „Die militärische Rolle von Atomwaffen – Erkenntnisse und Fehlschlüsse." Allenfalls als Mittel, den Gegner vom eigenen Gebrauch nuklearer Waffen abzuhalten, will McNamara diese Systeme gelten lassen. Für den Kriegsfall aber seien sie nicht mehr einsatzfähig, weil die Folgen einer nuklearen Anwendung „ein riesiges Risiko" mit sich führten. Da sich die Erkenntnis dieses Risikos inzwischen durchgesetzt habe, solle man im Westen endlich aufhören, „eine glaubhafte Abschreckung auf einer unglaubhaften Handlung aufbauen" zu wollen.

So, wie der frühere Außenminister Kissinger die Westeuropäer 1979 davor warnte, nicht blind auf den Einsatz der amerikanischen strategischen Systeme zu bauen, so behauptet jetzt McNamara von den geplanten Mittelstreckensystemen, es sei „unwahrscheinlich, daß ein US-Präsident von Europa aus Atomraketen gegen die Sowjetunion abfeuern werde". McNamara empfiehlt statt dessen, in Anlehnung an Gedanken, die auch von der NATO heute favorisiert werden, die konventionelle Stärke des Bündnisses weiter zu verbessern.

Auf einer Pressekonferenz in Washington, auf der der Aufsatz vorgestellt wurde, griff McNamara – was er im gedruckten Text nicht ausdrücklich tut – die NATO-Nachrüstung direkt an. Vor allem die Pershing 2 sei militärisch überflüssig; sie diene heute nur als Mittel, politische Einheit in der Allianz durchzuhalten.

McNamara, der acht Jahre lang unter den Präsidenten Kennedy und Johnson als Verteidigungsminister diente (1961 bis 1968), war selber mit dafür verantwortlich, daß 1967 die NATO-Strategie der „flexible response" endgültig verabschiedet wurde. In seinem Aufsatz in „Foreign Affairs" aber enthüllt er, daß er in jenen Jahren wiederholt empfohlen habe, „unter keinen Umständen einen atomaren Einsatz zu initiieren". Daran schließt er die Bemerkung an: „Ich glaube, Kennedy und Johnson akzeptierten meine Empfehlung."

Die schärfste Kritik reserviert McNamara für die hauptsächlich in der Bundesrepublik gelagerten 6000 Atomsprengköpfe der Gefechtsfeldkategorie, darunter vor allem Artilleriegeschosse und Demolierungsmunition mit nur kurzen Reichweiten. Sie seien wegen ihrer grenznahen Lagerung besonders verwundbar und könnten zu einem frühen Ersteinsatz verführen. Denn ein US-Präsident könne leicht den Einsatzbefehl über diese Waffen an die örtlichen Kommandanten abgeben, da diese die verworrene Lage am Beginn von Feindseligkeiten am besten überschauten. Daraus ergebe sich für die NATO die Wahl, entweder früh mit Atomgefechtsfeldwaffen zu antworten oder diese Arsenale überrennen zu lassen.

Das Lied der Deutschen

Deutschlandlied/ Nationalhymne

Joseph Haydn/ Hoffmann v. Fallersleben

Deutschland, Deutschland über alles,
Über alles in der Welt,
Wenn es stets zu Schutz und Trutze
Brüderlich zusammenhält,
Von der Maas bis an die Memel,
Von der Etsch bis an den Belt –
Deutschland, Deutschland über alles,
Über alles in der Welt!

Deutsche Frauen, deutsche Treue,
Deutscher Wein und deutscher Sang
Sollten in der Welt behalten
Ihren alten schönen Klang,
Uns zu edler Tat begeistern
Unser ganzes Leben lang –
Deutsche Frauen, deutsche Treue,
Deutscher Wein und deutscher Sang!

Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland!
Danach laßt uns alle streben
Brüderlich mit Herz und Hand!
Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand –
Blüh' im Glanze dieses Glückes,
Blühe deutsches Vaterland!

Einigkeit und Recht und Freiheit

Endlich: Die Deutsche Nationalhymne als Schallplatte

Das ist beschämend und einmalig in der Welt: In keinem einzigen deutschen Schallplattengeschäft können Sie unsere Nationalhymne als einzelne Platte mit geschichtlicher Besprechung erhalten. Sie wird noch nicht einmal unter dem Ladentisch gehandelt. Und: Kaum 2 Prozent aller Gymnasiasten kennen den Text der Hymne!

Die KONSERVATIVE AKTION hat deswegen jetzt diese Platte produziert und will sie kostenlos an 250.000 junge Menschen versenden. *Wenn die jungen Leute in den* Schulen nichts mehr von deutscher Geschichte erfahren, dann sind wir alle aufgerufen, ihnen deutsche Geschichte zu vermitteln. Unsere Platte eignet sich dazu hervorragend. Auch Sie können diese Platte bei uns bekommen.

Gegen eine Spende erhalten Sie die Platte mit allen drei Strophen und einer geschichtlichen Besprechung. Von dem Gewinn dieser Aktion finanzieren wir die kostenlose Versendung der Platten an Jugendliche. Für Ihre Spende erhalten Sie eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung für das Finanzamt.

Ludek Pachman
Bundesvorsitzender der Konservativen Aktion



Michael Stange (18)
Bundesvorsitzender der Konservativen Jugend Deutschlands

Gerhard Löwenthal
Er hat die Platte geschichtlich besprochen

Coupon

Bitte senden Sie mir _______ Schallplatten der Deutschen Nationalhymne. Nach Eingang der Platte überweise ich Ihnen eine Spende, für die ich umgehend eine Spendenbescheinigung erhalte.

Name: ____________

Adresse: ____________

Beruf: ____________

Alter: ____________

(Bitte in Druckbuchstaben schreiben)

Konservative Aktion

Aunhamer Weg 45 · 8399 Griesbach/Bayern · Konto: Deutsche Bank Wiesbaden, Kontonummer: 0207 100 (BLZ 510 700 21)

Kohl und Strauß: Politischer Spaziergang

DW. Bonn

Bundeskanzler und CDU-Chef Helmut Kohl und der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß haben in Bayern aktuelle Fragen besprochen.

Aus gut unterrichteten Kreisen in Bonn wurde bekannt, daß beide Politiker gestern vormittag im bayerischen Voralpenland zu einem Spaziergang zusammengekommen waren. Gegenstand des Gesprächs sei vor allem eine „grundsätzliche Abstimmung" nach dem Ende der Ferienzeit bei verschiedenen anstehenden Problemen gewesen, hieß es.

In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß sich der Bundeskanzler und der bayerische Ministerpräsident auch während der Urlaubszeit schon zu einem bisher nicht bekanntgewordenen Gespräch in Salzburg getroffen hatten. Kohl verbrachte zu dieser Zeit seinen Urlaub am benachbarten Wolfgangsee im Salzkammergut. Bei diesem Treffen habe Strauß den Bundeskanzler etwa acht Tage nach seiner Rückkehr von seiner Reise in die Tschechoslowakei, Polen und die „DDR" über seine Gespräche mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker und mit Politikern in Warschau und Prag informiert.

„Grüne spalten Friedensbewegung"

JOCHEN LEUSCHNER, Bonn

Der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Rudolf Hartung, hat gestern die Grünen davor gewarnt, eine Spaltung der Friedensbewegung zu betreiben. Er beschuldigte sie, dies in das parteitaktische Kalkül zu ziehen, da „einige Strategen erkannt haben, daß man eine Massengemeinschaft wie die Friedensbewegung nicht mit 30 000 Parteimitgliedern steuern oder grün einfärben kann".

Der Juso-Chef wies daraufhin, daß eine „schleichende Verstaatlichung der Friedensbewegung", wie der Vorwurf der Grünen lautet, nicht stattfinde. Vielmehr sei der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung darum bemüht, durch offene Diskussionen auch mit Polizisten der „von Bundesinnenminister Zimmermann gewollten Vor-Bürgerkriegsstimmung" entgegenzuwirken. Die Grünen sollten kein Märtyrertum schaffen, sondern Solidarität üben.

Djilas: Moskau will nicht Krieg mit Europa, sondern es unterwerfen

Jumbo-Abschuß zeigt Benehmen einer „aggressiven Großmacht" / WELT-Gespräch

Nach den Ost-Experten Michail Voslenski und Wolfgang Leonhard (s. WELT vom 7. und 8. 9.) nimmt Milovan Djilas (72) zum Abschuß der koreanischen Verkehrsmaschine durch die Sowjetunion Stellung. Der jugoslawische Schriftsteller und einstige Tito-Mitstreiter, der heute scharfer Kritiker des sozialistischen Gesellschaftssystems ist, geht dabei auch ausführlich auf die Europa-Politik Moskaus ein.

WELT: Herr Djilas, warum haben die Sowjets die südkoreanische Verkehrsmaschine abgeschossen?

Djilas: Einmal sind die Maßnahmen zum Schutz der Grenzen der Sowjetunion äußerst hart und ungeheuer strikt. Die Militärs, die darüber entscheiden, haben keinerlei Manövrierraum, wie das etwa bei den westlichen Ländern der Fall ist. Der zweite Grund ist die allgemein und grundsätzlich unversöhnliche, harte, enge und nicht kooperative Haltung der Sowjetführung gegenüber dem Ausland – also die Geschlossenheit und Abgeschlossenheit des sowjetischen Systems. Es ist unvermeidlich, daß aus dieser Isolierung der Sowjetunion solche Zwischenfälle entstehen.

WELT: Warum zögerten die Sowjets so lange, den Abschuß überhaupt zuzugeben?

Djilas: So tragisch der Abschuß eines zivilen Verkehrsflugzeuges auch ist – für die Welt ist die Haltung der Sowjets danach noch lehrreicher als das Ereignis selbst. Die Sowjets benehmen sich wie eine aggressive Großmacht, *die niemals irgendwelche* Fehler eingesteht.

WELT: Andropow ist in letzter Zeit mit Vorschlägen hervorgetreten, aus denen man ablesen könnte, daß er zu einer Reduzierung seiner Raketenrüstung bereit ist. Wünschen die Sowjets eine Abrüstung?

Djilas: Die Sowjetunion kann nicht abrüsten, selbst wenn sie es wollte. Die Sowjets stacheln vor allem jene Kräfte an, die ich als „Sub-Imperialismen" bezeichnen möchte: Vietnamesen, Kubaner, andere Klienten in verschiedenen Ländern. Die Sowjets verfolgen nach wie vor das Ziel, Europa in die Position der Unterwerfung zu bringen. Sie können sich also nicht entwaffnen. Schon die Tatsache, daß Andropow die Vernichtung eines Teiles seiner eigenen Raketen angeboten hat, zeigt doch, daß in Europa ein Ungleichgewicht zugunsten der Sowjets besteht. Im übrigen glaube ich, daß Andropow diesen Vorschlag nur dank der festen Haltung vor allem der USA gemacht hat.

WELT: Können die Sowjets einen Rüstungswettlauf mit den USA auf die Dauer aushalten?

Djilas: Ich glaube, diese Seite der sowjetischen Politik – der angebliche Zwang zur Abrüstung – wird im Westen überschätzt. Die Sowjets sind eher bereit, wirtschaftliche Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen, als einen grundlegenden Kompromiß mit dem Westen zu akzeptieren. Was wir bisher sehen, sind doch nur Manöver – es gibt kein ernsthaftes Nachgeben auf der sowjetischen Seite.

WELT: Welche Motive stehen hinter sowjetischer Politik?

Djilas: Es ist das Ziel der Sowjets, ein solches Ungleichgewicht zum Schaden Europas zu schaffen, daß der Kontinent in eine von der Sowjetunion abhängige Lage gerät. Dann könnte die Sowjetunion den Europäern ihre politischen und wirtschaftlichen Bedingungen diktieren. Seit Stalin erleben wir die Umwandlung der Sowjetunion in eine expansive Militärmacht. Das entspricht übrigens auch der inneren Struktur der UdSSR: Dieses System mit einer breiten Bürokratie, die sowohl an der Erhaltung der Diktatur im Innern wie an der Expansion nach außen interessiert *sind. Die Sowjetunion – das ist eine* geschlossene, im hohen Maße militarisierte Gesellschaft.

WELT: Haben die Sowjets einen Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem Westen? Glauben die Sowjets deshalb, sich verteidigen zu müssen?

Djilas: Das halte ich für eine falsche und in ihrem Wesen naive Betrachtungsweise, die sich zum Teil aus Unwissenheit, zum Teil aber auch aus dem Wunsch westlicher Kreise ergibt, Konflikten mit der Sowjetunion aus dem Wege zu gehen. In diesem Punkt zeigen sich ausgesprochene westliche Schwächen: Unentschlossenheit, mangelndes Verständnis für die reale Situation, Nichtbegreifen der Sowjetunion. Heute kann man doch nicht davon sprechen, daß die Sowjetunion bedroht oder belagert sei – eher umgekehrt, es ist eher der Westen, der sich verteidigen muß, der in Schwierigkeiten geraten ist und sich in einer benachteiligten Position befindet.

WELT: Gibt es sowjetische Expansionsziele gegenüber Westeuropa?

Djilas: Die Stoßrichtung der Sowjetunion geht in den Nahen Osten, nach Afrika und Lateinamerika, um dort die Rohstoffbasen zu gewinnen und Europa dadurch in eine Situation der Ohnmacht und der Unterwerfung zu bringen. Das unmittelbare Ziel der Sowjetunion ist also nicht ein Krieg in Europa, wohl aber die Unterwerfung Europas. Das nächste Ziel, das die Sowjets in Europa ansteuern, ist wahrscheinlich die Unterwerfung Deutschlands, eventuell auch des Balkans.

WELT: Warum gerade Deutschland und der Balkan?

Djilas: Mit der Beseitigung beziehungsweise Unterwerfung Deutschlands gewinnt der Kreml die vollkommene Vorherrschaft über Europa. Damit wäre auch das Problem der deutschen Teilung gelöst, die nicht ewig andauern kann. Der Balkan hat weniger wirtschaftliche als vielmehr strategische Bedeutung: der Durchbruch zum Mittelmeer, nach Italien, ferner die Abschnürung Mitteleuropas.

WELT: Wie beurteilen Sie die pazifistische Bewegung und die Friedensbewegung im Westen, besonders in der Bundesrepublik?

Djilas: Gegenwärtig sind die Friedensbewegungen des Westens einseitig, kurzsichtig und ohne große Aussichten. Und im Endeffekt nützen diese gegenwärtigen Friedensbewegungen nur der sowjetischen Außenpolitik. Sie ermutigen nicht nur die Sowjetunion, ihre expansionistische Politik fortzusetzen – sondern sie verursachen auch Illusionen in der Sowjetführung selber, die nun glaubt, mit Hilfe dieser Bewegungen den Westen schwächen zu können. Die westliche Friedensbewegung ermutigt also die aggressiven Elemente innerhalb der Sowjetunion.



Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Geschichte der Deutschen

„Pankraz, der Wühler und das Gleichgewicht"; WELT vom 23. August, und „Leserbriefe: Lektionen der Geschichte"; WELT vom 6. September

Musterschüler haben selten das Rad der Geschichte bewegt. Das kommt daher, daß Bewegung in der Geschichte, der politischen Menschengeschichte, nicht durch „geistige Kräfte", also etwa durch Vernunft, die auf Vernunft wirkt, herbeigeführt wird, sondern durch Affekte.

*Wenn Pankraz in seiner sehr nach*denkenswerten Glosse unsere musterhaften Historiker und sicher äußerst vernünftigen „Neo-Metterniche" in der Politik auf eben diese existentielle Tatsache hinweist, dürfte es ihm damit ernst gewesen sein. Die schulmeisterliche Antwort der Professoren Hillgruber und Stürmer wird diesem Ernst kaum gerecht. Den Affekten, menschlichen Sehnsüchten, Gewissensqualen, Leidenschaften läßt sich nicht mit Papier begegnen.

Alle Verträge unter Menschen – und *dazu gehört auch das Grundge*setz der Bundesrepublik Deutschland – sind mehr oder weniger vernünftige Absichtserklärungen. Niemals sind sie Versicherungen, Schutzbriefe, weder gegen Angriffe von außen noch gegen Revolutionen im Innern. Das ist es, was sich allenfalls aus der Geschichte lernen läßt. Geschichtswissenschaftler, denen einfache Kriterien menschlichen Verhaltens fremd sind jedenfalls, sollten nicht von anderen noch Schularbeiten verlangen.

Mit freundlichen Grüßen
Wulf Schröder,
Flensburg

*

Nach Ansicht moderner Publizisten dürfen wir Deutsche uns also nicht dagegen wehren, daß unsere Nachbarn unser Land für ihre Kriegszüge mißbrauchten und bei uns ihre Schlachten schlugen. Die Entstehung der Militärmacht Brandenburg-Preußen war demnach eine Anmaßung – und erst recht die deutsche Einigung. Die deutsche Kleinstaaterei – die von unseren Nachbarn als notwendig angesehene „deutsche Libertät" – soll weiterhin bleiben und unser Volk Objekt unserer imperialistischen Nachbarn bleiben. Fehrbellin, wo der *Große Kurfürst* die Schweden schlug, liegt bekanntlich in der Mark Brandenburg und nicht in Schweden (das sich damals alle deutschen Flußmündungen einverleibt hatte). Österreich, „an Ehren und an Siegen reich", wie es Arndt besingt, hatte Europa unter Führung von Prinz Eugen vor den Türken bewahrt, mit dem Frankreich zeitweilig verbündet war.

Die Deutschen dürfen also nach Ansicht dieser Politiker sich nicht staatlich einigen, weil es zu einer deutschen Hegemonie über Europa *führen würde*, und mit Recht haben unsere Nachbarn die Einheit Deutschlands in mehreren Kriegen verhindert. Und das wird uns ausgerechnet heute als historische Wahrheit verkündet.

Nach den napoleonischen Kriegen stand die deutsche akademische Jugend als Deutsche Burschenschaft gegen deutsche und ausländische Tyrannen und deren Schleppenträger auf. Heute mangelt es dazu an innerer und äußerer Souveränität. Keine Chance mehr für Deutschland?

Ich danke Ihnen dafür, daß Sie sich mit Ihrem Pankraz-Beitrag als „defensor Germaniae" bewährt haben.

Mit freundlichen Grüßen
Wilhelm Haegert,
Berlin 41

Aus Erfahrung

Der römische Militärschriftsteller Flavius Vegetius Renatus lehrte schon vor zweitausend Jahren: Qui desiderat pacem, praeparet bellum (Wer den Frieden wünscht, möge einen Krieg vorbereiten). Das ist eine uralte Erfahrungstatsache. Auf Atomwaffen können wir keinesfalls verzichten – wohl aber auf deren Anwendung.

Im Ersten Weltkrieg wurde zum ersten Mal Giftgas verwendet, Blaukreuz, *Gelbkreuz und das in seiner* Wirkung entsetzliche Grünkreuz. Die Verwendung von gasförmigen Kampfmitteln wurde später international verboten. Alle Teilnehmer am Zweiten Weltkrieg haben sich nach diesem Verbot gerichtet. Dennoch wurden in Deutschland große Mengen von Gasgranaten vorrätig gehalten, um sofort verwendet werden zu können, falls einer der Feindstaaten zu dieser verbotenen Waffe greifen würde. Außerdem mußte jeder deutsche Soldat, gleichgültig welcher Waffengattung, ständig eine Gasmaske bei sich tragen. Weitere Entgiftungsmittel waren auf allen Verbandsplätzen und in allen Kriegslazaretten vorrätig. Wir dürfen sicher sein, daß die Russen Gasgranaten verwendet hätten, wenn wir nicht ebenfalls respektable Lager an Gaskampfmitteln und ein sorgfältig organisiertes System des Giftschutzes gehabt hätten.

Deshalb ist ein angemessenes Lager von Atomwaffen unzweifelhaft erforderlich – womit noch keinesfalls deren Anwendung provoziert werden soll.

Karl Pfeil,
Lüneburg

Meister der Propaganda

„In Wien wartet auf den Papst ein Stück des alten Polen"; WELT vom 6. September

Sehr geehrte Damen und Herren,
Herrn Carl Gustav Ströhm ein großartiges Kompliment ob seiner journalistischen Fähigkeiten und seines Mutes zur Wahrheit. Die „Größe" des polnischen Königs Johann III. Sobieski zeigte sich auch trotz der „200 000 Reichstaler" nicht auf dem Schlacht-, sondern dem Propagandafeld. Der „tapfere" Polenkönig blieb mit seinem Truppenkontingent stets weit entfernt vom blutigen Kampfgeschehen: am Dreimarkstein, wo weit und breit kein Türke zu sehen war.

Immer wieder suchten die Deutschen den Polen zu bewegen, doch einzugreifen – vergeblich! Er hatte Briefe zu schreiben an die Gemahlin, die wissen wollte, was er ihr an Beutegütern mitzubringen gedächte. Er antwortete, daß er und sein Sohn Jakob sich ganz bestimmt nicht in Gefahr begeben würden. In der Tat, erst als der „Retter des christlichen Abendlandes" glaubte, die Schlacht wäre vorbei und gewonnen, da verließ er seinen sicheren Hort im Wienerwald. Aber er hatte nicht mit dem Pascha von Ofen, Ibrahim, gerechnet, der mit seinen Türken am Waldrand von Dornbach über die Polen hereinbrach, so daß sie um Hilfe schreiend – so berichtet selbst der dem Sobieski sehr wohlgesinnte Chronist Diani – in hellen Scharen davonliefen. Mit zweien seiner kaiserlichen Dragonerregimenter griff Markgraf Ludwig von Baden nunmehr ein und konnte die türkische Schlachtlinie aufrollen. Herzog Karl von Lothringen-Elsaß und Lothringen wurde derweil von Ludwig XIV. fleißig „reuniert" – eroberte dann Unter- und Oberdöbling – der Weg nach dem eingeschlossenen Wien war frei.

Während die Deutschen ihre Gefallenen begruben, ihre Verwundeten bargen und vergebens mit ihrer schweren Reiterei die Türken zu verfolgen suchten, ritt Sobieski noch vor Kaiser Leopold I. flugs in Wien ein und ließ sich als „Retter Wiens", ja der „abendländisch-christlichen Kultur" feiern.

„Veni, vidi, Deus vicit" – welch tiefsinniger Spruch!

Der eigentliche Retter Wiens war indes Papst Innozenz XI. Er war der „geistige Mentor", Herzog Karl der „strategische Kopf". Wie Papst Pius XII. am 7. Oktober 1956 zu Innozenz' Seligsprechung betonte, hatte nämlich „Sobieski, schon an sich dem Kaiser wenig freund, sich für die antihabsburgische Politik Ludwigs XIV. gewinnen lassen".

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Thüne,
Oppenheim

Noch heute tätig

„Kreiten geehrt"; WELT vom 8. September

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sie berichten, daß das erste Festwochen-Konzert der Berliner Philharmoniker dem Gedenken an den Pianisten Karlrobert Kreiten gewidmet war, der 1943 wegen „Feindbegünstigung und Wehrkraftzersetzung" hingerichtet worden war.

Der damalige Dirigent Wilhelm Furtwängler hatte sich für Kreiten eingesetzt und um Gnade gebeten, doch leider ohne Erfolg. Das Berliner „12-Uhr-Blatt" schrieb seinerzeit: „Wie unnachsichtig mit einem Künstler verfahren wird, der statt Glauben Zweifel, statt Zuversicht Verleumdung und statt Haltung Verzweiflung *stiftet, ging aus einer Meldung* der letzten Tage hervor, die von einer strengen Bestrafung eines ehrvergessenen Künstlers berichtet. Es dürfte heute niemand dafür Verständnis haben, wenn einem Künstler, der fehlte, eher verziehen würde als dem letzten gestrauchelten Volksgenossen. Wenn heute ein Volksgenosse an seinem Werkplatz oder im Luftschutzkeller schwach zu werden droht, so mag er bedenken, daß es nur noch eine übersehbare Spanne Zeit durchzuhalten gilt, um nach der ständig fortschreitenden Wirkung unserer Abwehr wieder zum Gegenschlag überzugehen: Bis dahin heißt es: Schweigen und arbeiten."

Der Schreiber dieser Zeilen, der auch für andere NS-Zeitungen schrieb, ist noch heute beim deutschen Fernsehen und Rundfunk in führender Stellung tätig, während Waffen-SS-Soldaten, die damals 17 oder 18 Jahre alt waren, ihren Stuhl beim Fernsehen räumen mußten.

Mit freundlichen Grüßen
Erich Leiber,
Solingen

Bruderhilfe

„Madonna von Stalingrad" – eine Mahnung zum Frieden"; WELT vom 27. August

Sehr geehrte Damen und Herren,
in der genannten Ausgabe schreiben Sie über den Künstler: „Kurt Reuber, der im religiösen Sozialismus Albert Schweitzers sein Vorbild sah ..."

Ich möchte darauf hinweisen, daß Kurt Reuber, der am 26. 5. 1906 geboren wurde und am 20. 1. 1944 in russischer Gefangenschaft starb, der Evangelischen Michaelsbruderschaft angehörte. – Die Michaelsbruderschaft, 1931 in Marburg gegründet und bis heute aktiv, „... ist ein Zusammenschluß von Männern innerhalb des Berneuchener Kreises" – wie es in der Stiftungsurkunde heißt. Als Angehöriger dieser Bruderschaft dürfte Kurt Reuber von ihr entscheidend geprägt worden sein.

Er hat, als er zu Weihnachten 1942 die Madonna auf die Rückseite einer Landkarte zeichnete, entsprechend seiner Bruderschaftsverpflichtung gehandelt: „Die Brüder helfen einander in allen Nöten des Leibes und der Seele. ... Ihr Dienst gilt allen, die ihrer Hilfe bedürfen."

Mit der Zeichnung hat der Arzt und Pfarrer Reuber seine Kameraden getröstet. Er hat damit auch der Friedensidee des Franz von Assisi entsprochen, indem er als „Werkzeug des Friedens" dort die Hoffnung belebte, wo die Verzweiflung lähmte, indem er ein Licht anzündete, wo die Finsternis regierte.

Mit freundlichen Grüßen
Heinrich Kahl,
Hamburg 65

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Macht besteht. Unmacht verkommt. Aber Macht ist nicht eine Ansammlung äußerer Kräfte allein. Die höchste Macht ist das Leben, wenn es erfüllt ist vom Bewußtsein der Produktivität. Dann ist es den ungeheuersten Gewalten der Vernichtung überlegen ... Dies unser einziges Leben, das kleinste und schwächste Ding der Welt, ist eine Macht, solange es teilnimmt am Ganzen."

Carl Zuckmayer, dt. Autor (1896-1977)

Personalien

AUSZEICHNUNG

Prof. **Siegfried Hampel**, Vorsitzender der Gesellschaft für Deutschlandforschung, ist anläßlich seines 70. Geburtstages von Bundesminister „**Heinrich Windelen** das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik überreicht worden. Hampel hat sich mit der Erforschung des Herrschafts- und Verfassungssystems der „DDR" verdient gemacht.

BESUCH

Als erster Ministerpräsident des Freistaates Bayern hat **Franz Josef Strauß** der Offiziersschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck einen offiziellen Besuch abgestattet. Strauß wurde von dem Amtschef des Luftwaffenamtes in Köln, Generalleutnant **Günter Raulf**, und vom Kommandeur der Offiziersschule, Brigadegeneral **Hubert Marquitan**, begrüßt. Bei einem Rundgang ließ sich der Ministerpräsident die Einrichtungen des modernen Gebäudekomplexes zeigen. General Raulf informierte ihn zugleich über die Aufgaben der „zentralen Ausbildungsstätte" für Offiziere und Offiziersanwärter der Luftwaffe. Raulf sprach dabei von einem „sehr guten Bewerberangebot".

VERÄNDERUNGEN

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ihren Abgeordneten **Hermann Josef Unland** für den Vorsitz des Wirtschaftsausschusses des Bundestages nominiert. Unland, der dem Parlament seit 1969 angehört, soll Nachfolger des CDU-Abgeordneten **Lothar Haase** an der Spitze des Wirtschaftsausschusses werden. Haase wiederum wird Nachfolger des CDU-Politikers **Albert Leicht** im Amt des Präsidenten des Europäischen Rechnungshofs in Luxemburg.

GEBURTSTAG

Heinz Rust, Vorsitzender des Vorstandes der Bremer Woll-Kämmerei AG (BWK), vollendete sein 60. Lebensjahr.

NACHRICHTEN

Prinzessin Anne hilft

London (sid) – Mit dem von ihr eigens gegründeten „Projekt zur Erhöhung des Olympia-Fonds" versucht Prinzessin Anne die bisher geringen Geldmittel für die Vorbereitung der englischen Athleten auf die Olympischen Spiele 1984 zu vermehren.

Graf eine Runde weiter

Düsseldorf (sid) – Steffi Graf erreichte beim Tennis-Turnier in Salt Lake City die zweite Runde. Zum Auftakt siegte die 14 Jahre alte Schülerin Claudia Pasquale aus der Schweiz mit 6:1, und 6:2. – Petra Keppler (18), Nummer fünf der deutschen Rangliste, hat ihre Profi-Karriere unterbrochen. Sie will erst ihr Abitur machen. Petra Keppler hatte in ihrem ersten Profijahr Platz 154 der Weltrangliste erreicht.

Boxen: Knapp verloren

Wilmingtone (sid) – Mit 11:13 verlor die Staffel des Deutschen Amateur-Box-Verbandes im offiziellen Länderkampf gegen die USA. Die Länderkampf-Bilanz gegen die USA ist auch nach der vierten Niederlage bei vier Unentschieden mit sechs Siegen immer noch positiv.

Mennea im Vorlauf 20,28

Casablanca (sid) – Italiens Weltrekordler Pietro Mennea erreichte im 200-m-Vorlauf bei den Mittelmeerspielen in Casablanca 20,28 Sekunden.

NAMEN

TENNIS

Damen-Turnier in Salt Lake City; erste Runde: Graf (Deutschland) – Pasquale (Schweiz) 6:1, 6:2. – Turnier in Palermo, erste Runde: Clerc (Argentinien) – Keretic (Deutschland) 7:5, 1:6, 6:2.

FUSSBALL

UEFA-Cup, erste Runde, Hinspiel: Vestmannaeyjar (Island) – FC Jena 0:0. – Freundschaftsspiele: Neukirchen – Uerdingen 0:4, TuRu Düsseldorf – Fortuna Düsseldorf 1:14, Gifhorn – Braunschweig 1:2.

BASKETBALL

Damen-Weltmeisterschaft in Ungarn, Gruppe A: Rumänien – Spanien 83:64, Jugoslawien – Polen 68:60, Holland – Ungarn 72:55. – Gruppe B: Bulgarien – Deutschland 88:62, Italien – Schweden 72:58, CSSR – UdSSR 55:97.

MOTORSPORT / Manfred Herwehs Comeback

Aus der Klinik direkt auf die Berliner Avus

KLAUS BLUME, Bonn

„Fahren", sagt er, „werde ich auf jeden Fall. Fragt sich nur, wie." Das Handgelenk ist noch immer nicht so beweglich, wie es sein sollte. Die Muskulatur der Arme noch nicht wieder so kräftig, um ein 115 Kilogramm schweres Motorrad bei einer Geschwindigkeit von 200 Kilometern in der Stunde kontrolliert zu bewegen. Doch am Freitag will Manfred Herweh aus Lampertheim beim Training für den siebenten Lauf zur deutschen Meisterschaft wieder aufs Motorrad steigen – einen Tag, nachdem er die Bosenberg-Klinik in St. Wendel verläßt.

„Keine Angst", sagt Herweh, „ich mache keine Dummheiten. Die Risikogrenze werde ich nicht überschreiten." Diese Grenze hatte Herweh am 27. Juli beim Training zum Großen Preis von England in Silverstone nicht beachtet. In einer Linkskurve war das Hinterrad weggerutscht. Im Krankenhaus von Northampton wurde Herweh der kleine Zeh am linken Fuß amputiert. Der linke Arm war gebrochen, zwischen dem Handgelenk der rechten Hand und den Fingern diagnostizierten die Ärzte einen Trümmerbruch. Tags darauf schob ihn seine Ehefrau Gerlinde im Rollstuhl über den Londoner Flughafen, um die Reise nach Deutschland anzutreten. In der Unfall-Klinik Ludwigshafen wurde Herweh weiterbehandelt.

Vor drei Wochen durfte er nach Hause. Vor einer Woche quartierte er sich zum Konditionstraining in der Bosenberg-Klinik von St. Wendel ein. Dabei hatten sich die Herwehs diesen Sommer ganz anders vorgestellt. Im vorigen Jahr hatte Herweh völlig überraschend beim Großen Preis von Deutschland in Hockenheim gewonnen – als Amateur. Da keimte der Gedanke auf, sich als Berufsrennfahrer selbständig zu machen. So ließ er sich bei seinem Arbeitgeber als Fernmeldeeletroniker beurlauben und arbeitete ein Konzept für die Weltmeisterschafts-Saison aus – ein technisches und ein finanzielles.

Er besorgte sich Geldgeber: eine Supermarktkette, einen Helmhersteller, einen Fabrikanten von Lederanzügen und eine Ölfirma. Dann begann die Suche nach einem Motorrad. Herweh kaufte drei komplette Maschinen und drei Motoren. Außerdem orderte er Rahmen in England, Stoßdämpfer in Holland, Bremsen in Italien, Motoren in Österreich und Räder nach eigener Konstruktion in Mannheim. Er stellte einen Mechaniker ein und begann im Januar mit dem Bau des Motorrades aus diesen Teilen. „Real" nennt er diesen Eigenbau.

Als er am 20. März zum ersten Weltmeisterschaftslauf nach Kyalami in Südafrika aufbrach fehlten auf einmal wichtige Ersatzteile. Ein Freund fuhr einen Tag vor dem Rennen nach Italien, gab 2000 Mark für dieses Material aus und flog damit nach Südafrika.

Ein Freund Herwehs sagte vor Beginn der Saison: „Wenn der Manfred Glück hat und nichts passiert, macht er als Privatfahrer nach einer Saison höchstens 70 000 Mark Schulden. Wenn etwas passiert, wird es teurer." Herweh selber möchte nicht über Geld reden, doch er sagt jetzt: „Ich habe Miese gemacht." Sein Sturz in Silverstone hat dazu beigetragen. „Krankenhausaufenthalte, Operationen – alles mußte ich aus eigener Tasche bezahlen."

Dennoch will er sich nicht unter Druck setzen. Seine Geldgeber hätten ihm versprochen, auch dann zu ihm zu halten, wenn er jetzt noch nicht wieder mit letztem Risiko fährt. „Die sagten", so Herweh, „wir brauchen dich auch noch im nächsten Jahr." Wohl auch deshalb, weil der Privatfahrer Herweh ohne Kenntnisse der internationalen Strecken im Mai in Salzburg gleich den Großen Preis von Österreich gewann. In Monza war er zuvor Dritter, in Rijeka (Jugoslawien) ebenfalls. So etwas, so hofft Herweh, zähle bei den Geldgebern und auch bei den Banken.

Seine Frau Edelgard: „Wir beide hängen doch am Motorradsport. Trotz des Sturzes geben wir nicht auf." Und ihr Mann sagt: „Wenn alle Stricke reißen, kann ich zurück in meinen alten Beruf gehen, doch das will ich im Grunde gar nicht."

So absolviert er Waldläufe und schwimmt, fährt Fahrrad und übt mit Hanteln, denn am Freitag, beim Training für das Berliner Avus-Rennen, will er wieder dabei sein. Er sagt: „Daheim in Lampertheim bin ich kürzlich mal die Straße mit dem Motorrad rauf und runter gefahren. Ich glaube, es geht wieder."

FUSSBALL / Erste Bundesliga-Niederlage des HSV nach 17 Spielen

Zeichen der Krise. Happel: „Noch nie war meine Mannschaft so chancenlos"

BERND WEBER, Leverkusen

In einem Artikel für die „Bild"-Zeitung hatte Ernst Happel, der Trainer des Hamburger SV, angekündigt, wie er den gestrigen Europapokal-Abend verbringen werde: in aller Ruhe, im Fernsehsessel. Nachdem Happel am Dienstagabend die 0:2-Niederlage seines deutschen Fußballmeisters bei Bayer Leverkusen erlebt hatte, nachdem er mitansehen mußte, wie der Europapokal-Sieger von der geradezu entfesselt aufspielenden Werksmannschaft förmlich demoliert wurde, wird es selbst für den Stoiker Happel mit der Ruhe nicht so weit hergewesen sein. Auch wenn man ein ganz dickes Fell hat, braucht man mehr als 24 Stunden, um sich von solch einer Vorstellung zu erholen.

Direkt nach den 90 Minuten in Leverkusen hatte der Österreicher sogar tiefe Betroffenheit erkennen lassen. Noch ein wenig bleich im Gesicht, faßte er seine Eindrücke in einem einzigen Satz zusammen: „Noch nie, seitdem ich Trainer in Hamburg bin, ist meine Mannschaft in einer Begegnung so chancenlos gewesen." Was dem erfahrenen Trainer am meisten zu denken gegeben haben dürfte, ist die Tatsache, daß der HSV keine einzige echte Torchance besaß, obwohl er doch mehr als 70 Prozent des Spielverlaufs feldüberlegen war. Am Ende verfingen sich die Spieler des Meisters geradezu naiv in den Fallstricken der Leverkusener. Die großen Taktiker aus Hamburg wurden von einer ungemein diszipliniert spielenden Mannschaft taktisch vorgeführt.

Dabei kann den Hamburgern niemand vorwerfen, sie hätten sich nicht bemüht. Felix Magath rannte im Mittelfeld herum, als würde er neben seinem Gehalt auch noch Kilometergeld kassieren. Groh hetzte wie gewohnt kreuz und quer übers Spielfeld, Jimmy Hartwig war dauernd unterwegs, Manfred Kaltz rannte die Außenlinie herauf und herunter. Und dennoch: Nie entstand der Eindruck, daß sie Sinnvolles gestalten könnten. Alle ihre Aktionen wirkten hektisch und – trotz aller Verbissenheit, mit der sie zu Werke gingen – sogar ein wenig kraftlos. Denn dort, wo geballte Kraft nun einmal am meisten erforderlich ist, im Strafraum des Gegners, da tat sich nichts. Leverkusens Torwart Rüdiger Vollborn durfte sich bei ein paar Flanken in die Herzen der 21 000 Zuschauer fliegen. Zwei Weitschüsse hatte er darüber hinaus abzuwehren, auch das tat er souverän.

Und das war's denn auch schon. Vielleicht atmet die Konkurrenz aus der Bundesliga jetzt etwas auf. Denn die Hamburger laufen Gefahr, daß ihre Probleme durchaus langfristig sein können. Der Titelverteidiger besitzt nämlich derzeit keinen Stürmer von Klasse mehr. Dieter Schatzschneider ist noch längst kein vollwertiger Ersatz für den nach Lüttich abgewanderten Horst Hrubesch. Das soll eine Feststellung sein, kein Tadel. Der wäre schon deshalb unangebracht, weil es erstens immer etwas länger dauert, bis sich ein neuer Mann an seine neue Umgebung gewöhnt hat. Zweitens sei daran erinnert, daß auch Hrubesch nicht sofort der große Torjäger im HSV-Trikot war.

In Leverkusen muß man Schatzschneider auch deshalb mildernde Umstände einräumen, weil er immer gleich von drei Gegenspielern umzingelt war, wenn er auch nur in die Nähe des Strafraums kam. Und einen zweiten echten HSV-Stürmer gab's ja nicht. Der Däne Allan Hanssen, der diese Rolle in der zweiten Halbzeit spielen sollte, brachte keine einzige gescheite Aktion zustande.

Doch andere Möglichkeiten für den Angriff besitzt Happel nicht. Jürgen Milewski laboriert seit nunmehr 15 Wochen an einer Bänderdehnung. Thomas von Heesen wurde erst am Dienstag nach seiner Meniskusoperation aus dem Krankenhaus entlassen. Wolfram Wuttke fehlte, weil er letzten Samstag in Düsseldorf einen Gegenspieler angespuckt hatte und deshalb vom Platz gestellt worden war. Auf seine Angriffsnot angesprochen, hatte Happel vor dem Leverkusener Spiel noch lächelnd geantwortet: „Sicher ist es richtig, daß wir da vorn nicht mehr so recht was haben. Wir werden improvisieren, indem alle mitstürmen müssen."

Der Ablauf des 0:2 zeigte dann deutlich: Jeder Improvisationskunst sind Grenzen gesetzt. Diese Weisheit ist so alt, daß sie selbst der schlaue Happel nicht wird aus den Angeln heben können. Bayer Leverkusen hat ihm vorgemacht, was eine Mannschaft erreichen kann, die Spieler in ihren Reihen hat, die nur den geraden und direkten Weg zum Tor kennen. Der Koreaner Bum Kun Tscha und Nationalspieler Herbert Waas, zur Zeit wohl das mit Abstand beste Stürmer-Paar in der Bundesliga, stürzten die HSV-Abwehr von einer Verlegenheit in die andere, Waas besonders. Die beiden Tore gehen auf sein Konto (das zweite nach herrlicher Vorarbeit des Koreaners). Zudem entwischte er den Hamburgern so häufig, daß gleich vier von ihnen die gelbe Karte vorgehalten bekamen, weil sie ihn nur mit Fouls stoppen konnten. Trotzdem: Die Hamburger haben die Niederlage fair hingenommen. Das imponierte noch am meisten bei ihnen. Ein schwacher Trost für alle, die den Meister auch in dieser Saison als die absolute Spitze des deutschen Fußballs ansehen. Eine Hoffnung für alle anderen Klubs: Die erste HSV-Niederlage nach 17 Spielen deutet jedenfalls nicht darauf hin, daß hier in der Bundesliga ein Alleingang stattfinden könnte ...

„Schleppend und energielos ..."

AFP, Budapest

Gegen die Spieler der ungarischen Fußballklubs Honved und Dozsa Budapest, die Vereine der Armee und des Innenministeriums, wurden Sanktionen ausgesprochen. Sie wurden für ihr „schleppendes und energieloses" Spiel in der letzten Runde der Meisterschaft bestraft.

Der ungarische Fußballverband entschied, vier Vereinen der ersten Division aus diesem Grund jene Prämien zu streichen, die den Spielern für Meisterschaftsspiele ausbezahlt werden. Die beiden anderen bestraften Klubs sind Volan SC und Nyiregyhaza.

Den Vereinen wird vorgeworfen, sich am Samstag auf Unentschieden abgesprochen zu haben. Die Verantwortlichen des ungarischen Fußballs haben schon in der Vergangenheit durchgegriffen, als ein Totoskandal bekannt geworden war. Zur Zeit stehen 232 Spieler und Schiedsrichter wegen Spiel-Manipulationen vor Gericht.

STANDPUNKT

Wer soll zahlen, was Funktionäre sich ausdenken?

Irgendwo im Wolkenkuckucksheim, fernab jeder Realität, treffen sich immer wieder Sportfunktionäre, sehen ihr Weinglas, ihren Sport, besonders sich selbst – und sonst nichts auf der Welt. Bei ihnen dauert es immer etwas länger, ehe das Licht der Vernunft seitwärts durch die Scheuklappen dringt.

Der Internationale Basketball-Verband plant eine Regeländerung. Es geht um die Vergrößerung des Spielfeldes von 26 x 14 auf 28 x 15 Meter. Die Höhe der Hallendecken soll nicht mehr sieben Meter betragen, sondern 50 Zentimeter mehr. Das wird dann einfach beschlossen, vielleicht sogar mit guten sportlichen Argumenten. Dann sind alle stolz im Wolkenkuckucksheim, ihre Tagung hat ja ein Ergebnis.

Ach, müßten sie doch alles selbst bezahlen, was sie da aushecken.

Kurt Böckmann, Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz und Vorsitzender der Konferenz der Sportminister der Länder, hat dem deutschen Verband jetzt einen Brief geschrieben. Der ist einfach, nüchtern und für jeden verständlich, eben genau das Gegenteil von dem, was Sportfunktionäre manchmal beschließen.

Die Normhallen in der Bundesrepublik, so der Minister, hätten eine Höhe von sieben Metern. Der erforderliche Mehraufwand an Bau- und Folgekosten für Hallen mit einer um einen halben Meter aufgestockten Deckenhöhe stehe in keinem angemessenen Verhältnis zum Nutzeffekt.

Da steckt drin, was einem einfach nicht in den Kopf will: Sport bewegt sich nicht in einem luftleeren Raum. Überall muß gespart werden, aber die Basketballer schreiben mir nichts dir nichts vor, neue Hallen zu bauen oder alte zu erweitern. Sie trifft es ja nicht, hierzulande aber werden Bund, Land und Kommunen zur Kasse gebeten. Wenn sie nicht mitmachen, gelten sie als sportfeindlich.

Der Deutsche Basketball-Bund wäre gut beraten, in allen internationalen Gremien nur eines klarzustellen: Auch ein 2,20 m großer Basketballspieler mit enormer Sprungkraft kann sich an einer sieben Meter hohen Hallendecke niemals den Kopf stoßen ...

que

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

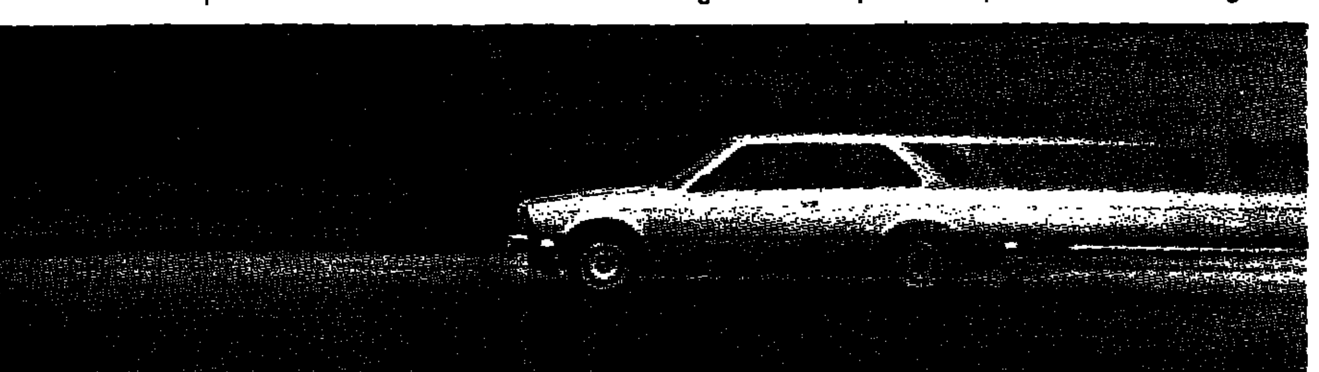


„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln."

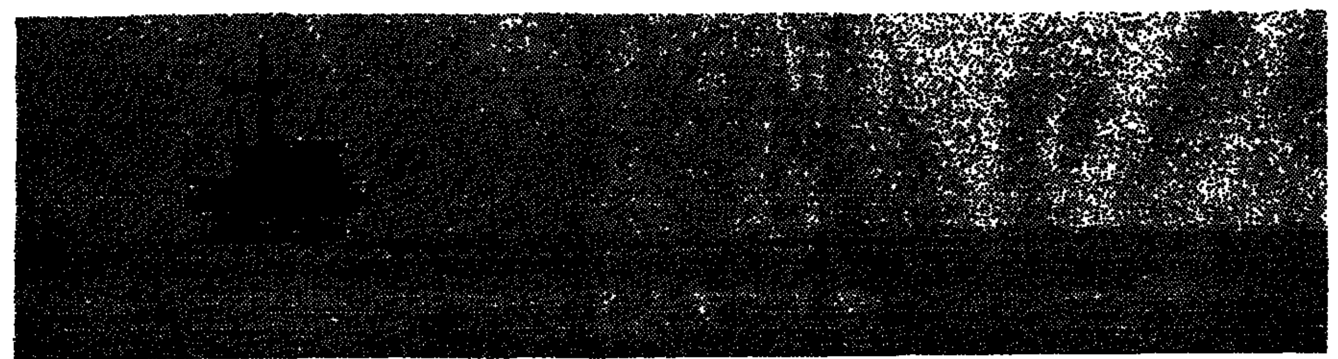
Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung bewiesen.
Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik". **Heft 16 der „Orientierungen" enthält eine Bibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft 1982, setzt sich auseinander mit gesellschaftspolitischen Leitbildern der Gegenwart und der Notwendigkeit neuer Maßstäbe. Sonderbeiträge befassen sich mit Karl Marx und dem Marxismus sowie den Verhältnissen im Steuerstaat, im Verkehrswesen und in der Gesundheitspolitik.**
Möchten Sie „Orientierungen" beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden?
Bitte, schreiben Sie uns:
Ludwig-Erhard-Stiftung,
Johanniterstraße 8, 5300 Bonn 1.



TRW ist ein vielseitiger Industriekonzern, der in der Elektronik und in der Weltraumforschung eine führende Rolle spielt. Der erste Satellit, der unser Sonnensystem verließ, Pionier 10, wurde von TRW gebaut, und auch auf der Erde finden elektronische Komponenten von TRW hunderte von Anwendungen. Zum Beispiel in Computern und in Fernsehgeräten.



TRW begann vor über 80 Jahren mit der Herstellung von Automobilteilen. Heute ist fast jeder Personen- und Lastwagen mit TRW Teilen bestückt. Fabrikationsanlagen rund um die ganze Erde fertigen eine Vielzahl von KFZ-Ausrüstungen: von Ventilen und Sicherheitsgurten bis zu kompletten Lenk- und Fahrwerksteilen.



Industrie- und Energieprodukte von TRW sind der Maßstab für Zuverlässigkeit. Unterstützt von einem weltweiten Servicenetz helfen TRW Maschinen bei der Förderung von Öl und Erdgas. Flugzeuge aller namhaften Hersteller sind mit TRW Teilen ausgestattet. Und TRW Kugellager, Werkzeuge und Befestigungsteile tragen zur weltweiten Produktivitätssteigerung bei.







ESCORT
No 1 IN HAMBURG
PHONE 040/58 50 39
SERVICE

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anne Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

‚Soziale Ordnung' druckt Georges Replik nicht ab

Rei. Bonn

Die Antwort des CDU-Abgeordneten Haimo George auf die Kritik an seinen „Denkanstößen" im Organ der CDU-Sozialausschüsse wird nicht gedruckt. Die Redaktion der „Sozialen Ordnung" lehnte den Abdruck ab mit der *Begründung, George habe seine* Antwort schon vorab an die Presse gegeben.

George hatte sich in seiner Antwort auf das Wahlkampfprogramm, die Regierungserklärung und die Koalitionsvereinbarung berufen. Seine „Denkanstöße" seien der „Versuch, zu sagen, was die Mehrheit der Bürger schon längst denkt". Schließlich mache die SPD als Verursacherin der Arbeitslosigkeit die Union „immer schamloser" für diese „Inhumanitäts-Misere" allein verantwortlich.

In der „Sozialen Ordnung" vom August war die Auffassung Georges, zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit müßten Teile der sozialen Sicherung überprüft werden, scharf kritisiert worden. Mit dem „Einfühlungsvermögen eines Elefanten im Porzellanladen" gefährde George „leichtfertig und ohne erkennbaren Nutzen für das Gemeinwohl" den sozialen Frieden.

Einigung über Flugsicherung

AP, Bonn

Die für die Flugsicherheit in Norddeutschland und den Benelux-Staaten zuständige Eurocontrol-Zentrale Maastricht wird weiterarbeiten. Die Bundesrepublik und die Benelux-Staaten haben sich vor einigen Tagen in Den Haag über ein Konzept für die künftigen Aufgaben der Leitstelle verständigt, wie das Bundesverkehrsministerium in Bonn mitteilte.

Eurocontrol Maastricht wird danach alle Streckenflüge oberhalb 3000 Meter im Luftraum der Benelux-Staaten und Norddeutschlands kontrollieren. Eurocontrol soll auf Wunsch der vier Länder zunächst die technischen, betrieblichen, organisatorischen und finanziellen Fragen klären und damit die Grundlage für die gemeinsame Arbeit schaffen.

Wollte Moskau neue Rakete über Kamtschatka testen?

Rätsel um Funksprüche nach Abschuß der KAL-Maschine

DW./SAD, New York/Bonn

Aus Washingtoner Kreisen ist gestern eine neue Version zu den Umständen des Abschusses der südkoreanischen Linienmaschine bekannt geworden: In der Nacht, in der sowjetische *Jagdflugzeuge* den Jumbo-Jet abschossen, hätten die Sowjets ursprünglich eine streng geheime, neuartige Interkontinentalrakete vom Typ PL-5 auf einem Testgelände in Kamtschatka erproben wollen. Die New Yorker Tageszeitung „Post" berief sich bei dieser Information auf Geheimdienstberichte.

In Washington wurde offiziell bestätigt, daß ein US-Aufklärungsflugzeug des Typs RC-135 zur Beobachtung eines erwarteten sowjetischen Raketentests zu einem Patrouillenflug entlang der sowjetischen Grenze aufgestiegen war. Die Amerikaner hätten zuvor von dem geplanten Test Kenntnis erhalten.

Die neue sowjetische Rakete soll die Fähigkeit zur Vernichtung der amerikanischen MX-Interkontinentalraketen in ihren Silos besitzen. Die PL-5, so hieß es weiter, sei zweihundertmal stärker als die SS 13, die als bislang mächtigste Interkontinentalrakete im sowjetischen Raketenarsenal galt. Die Zerstörungskraft der neuen Rakete übersteige bei weitem den in den SALT-Verträgen vereinbarten Spielraum zur Verbesserung solcher Waffen.

Die besondere Bedeutung des Raketentests und seiner Implikationen für das Ost-West-Verhältnis erkläre, so Washingtoner Beamte, den sowjetischen Entschluß zum Abschuß der irrtümlich in den sowjetischen Luftraum eingedrungenen Verkehrsmaschine.

Wie die japanische Presse gestern meldete, hat sich der Jumbo-Jet jeweils 39 und 49 Sekunden nach den sowjetischen Raketentreffern noch zweimal in einem regulären Funkspruch bei der zivilen Luftkontrolle auf Tokios internationalem Flughafen Narita gemeldet. Eine Erklärung für diese Funksprüche konnte bislang nicht gegeben werden. Die in Tokio veröffentlichten Auswertungen der unklar gebliebenen Tonbandpassagen des Funksprechverkehrs zeigen, daß die KAL-Maschine um 3.27:00 Uhr und 3.27:10 Uhr das Signal „Hier ist Flug 007" funkte. Das erste Signal sei ruhig und ohne Anzeichen einer Notsituation gewesen, während das zweite Signal schwächer und von Geräusch gestört war. Die Aufzeichnungen der militärischen Luftüberwachung in *Hokkaido* hatten aber ergeben, daß die Maschine bereits um 3.26:21 Uhr von den sowjetischen Geschossen getroffen worden war. Die militärische Überwachung und die Flugkontrolle in Narita sind beide an das gleiche Zeitsignal-System angeschlossen, so daß eine abweichende Zeitmessung ausgeschlossen erscheint.

Die Schweizer Regierung hat sich gestern zu einer Beteiligung an dem zweiwöchigen westlichen Boykott gegen die UdSSR als Reaktion auf den Flugzeugabschuß entschlossen. Auch Irland und Portugal haben sich mit ähnlichen Maßnahmen angeschlossen.

Nach Südkorea, den USA, Australien und Japan hat auch Großbritannien von Moskau Schadenersatz für seine Staatsbürger gefordert, die bei dem Abschuß ums Leben gekommen sind.

Der südkoreanischen Gesellschaft KAL ist von der Londoner Versicherungsgesellschaft Lloyd eine erste Entschädigungssumme von 26,8 Millionen Dollar gezahlt worden.

Die amerikanische Regierung hat das Treffen zwischen dem amerikanischen Außenminister George Shultz und seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko, das für Ende September in New York vorgesehen war, bislang weder bestätigt noch abgesagt. Wie das State Department dazu mitteilte, wolle es eine Entscheidung über das Treffen zum geeigneten Zeitpunkt fällen.

Shultz, der in der vergangenen Woche in Madrid mit Gromyko zusammentraf, hatte in der spanischen Hauptstadt gedroht, falls Gromyko ihm keine ausreichenden Erklärungen hinsichtlich der abgeschossenen KAL-Maschine gebe, könnte er das traditionelle Treffen in New York absagen.

AP, Wakkanai

Suchmannschaften haben in den Gewässern vor der Küste der nordjapanischen Insel Hokkaido am Mittwoch eine vierte Leiche geborgen.

Pro Monat vier neue SS-21 in Osteuropa

AP, Brüssel

Die Sowjetunion modernisiert nach einem am Mittwoch bekanntgewordenen NATO-Bericht gegenwärtig in hohem Tempo ihre atomaren Gefechtsfeldwaffen in Osteuropa. Jeden Monat werde die sowjetische Streitmacht durch vier weitere Atomraketen des Typs SS-21 verstärkt. Die hochmoderne mobile Rakete habe eine Reichweite von 120 Kilometern und ersetze die Frog-7-Rakete. 250 Frog-Raketen seien gegenwärtig einsatzbereit.

Zusätzlich führt die UdSSR bei ihren in Osteuropa stationierten Streitkräften neue Artilleriegeschütze ein, die zum Verschießen von Atomgeschossen in der Lage sind. 150 dieser Geschütze seien in der „DDR" stationiert.

Die Luftwaffen der „DDR", Polens und Ungarns wurden dem NATO-Bericht zufolge wie die sowjetische Luftwaffe mit dem Allwetterbomber SU-24 „Fencer" ausgerüstet, der eine Reichweite von 1800 Kilometern haben und mit Atombomben bewaffnet sein soll. Insgesamt seien in Osteuropa außerhalb der UdSSR gegenwärtig etwa 4000 atomare Gefechtsköpfe gelagert.

SPD an „DDR": Laßt Boettger frei

DW. Berlin

Die „DDR" ist von der Berliner SPD zur Freilassung des 36jährigen Physikers Martin Boettger aufgefordert worden, der in Ost-Berlin inhaftiert wurde, weil er am 1. September öffentlich für die Abrüstung in West und Ost eingetreten war. Für Boettgers Haftentlassung *solle sich heute* auch der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker bei seinem Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker einsetzen.

Der Sprecher der Berliner SPD, Wilhelm Wiegreffe, forderte die Ostberliner Behörden auf, den Physiker „unverzüglich aus der Haft zu entlassen". Boettgers Verhaftung am 1. September, der in der „DDR" als „Weltfriedenstag" begangen wird, berühre ihre Glaubwürdigkeit „als Mitunterzeichner des Schlußdokuments des KSZE-Treffens in Madrid".

Kritische Lage in Libanon führt zu harten Kontroversen in Israel

Ex-Verteidigungsminister Sharon fordert sofortige Intervention / Arens wartet ab

RS, Jerusalem/Beirut

Die nach dem Teilabzug der israelischen Truppen auf Stellungen am Fluß Awali entstandene militärische und politische Situation in Libanon hat zu ernsthaften Kontroversen in der israelischen Regierung und Öffentlichkeit geführt. Nachdem sich Israel aufgrund der hohen Verluste aus den Schuf-Bergen südlich von Beirut zurückgezogen hatte, setzte in diesem von Christen und Drusen bewohnten Gebiet unmittelbar der Kampf um die Vorherrschaft ein. Nachdem die Regierung in Beirut den saudi-arabischen Waffenstillstands-Vorschlag (die WELT – 13. September), der eine Einschränkung ihrer Souveränität bedeutet hätte, abgelehnt hatte, ordnete sie gestern die Mobilisierung der Reservisten an.

Auf der einen Seite stehen drusische Milizen, die von den Syrern und PLO-Einheiten unterstützt werden. Ihnen gegenüber kämpfen die christlichen Milizen und kleinere Kontingente der regulären libanesischen Armee. Die nach Abzug der israelischen Streitkräfte aus Beirut neu formierte libanesische Armee ist zu schwach, um die Hauptstadt vor Angriffen der Drusen und Syrer zu schützen und parallel dazu die christlichen Milizen im Kampf im Schuf voll zu unterstützen. Daher wurde beim Abzug der Israelis aus dem Schuf eine Arbeitsteilung vereinbart: Das Gros der Armee sollte Beirut verteidigen, kleinere Truppenteile der Armee und christliche Milizen sollten versuchen, die Kontrolle über das Schufgebirge zu erringen. Bald wurde jedoch deutlich, daß die christlichen Milizen für diese Aufgabe zu schwach waren. Es gelang ihnen nicht, die christliche Position auszubauen, nicht einmal die Wohngebiete der Christen effektiv zu verteidigen.

So gelang es den drusischen Milizen, mit syrischer Unterstützung, die Ortschaft Deir el Quamar mit über 10 000 Einwohnern und rund 60 000 Flüchtlingen einzukesseln, ohne daß christlichen Milizen eine Entsetzung gelungen wäre. Mehrere christliche Ortschaften wurden ebenfalls von den Drusen überrannt, die Einwohner teilweise massakriert.

Immer drängender werden daher die Bitten der Christen an Jerusalem, die israelische Armee intervenieren zu lassen. Der frühere Verteidigungsminister Ariel Sharon, der stets uneingeschränkt die Position der Christen und ihrer Milizen unterstützt hatte, warnt nachdrücklich vor einem „Abschlachten der Christen" und forderte eine sofortige militärische Intervention. Demgegenüber soll der jetzige Verteidigungsminister Moshe Arens eine reservierte Haltung einnehmen. Seine Gründe sind in erster *Linie innenpolitischer Natur.* In Israel leben etwa 50 000 Drusen, die gut in Gesellschaft und Armee integriert sind. Drusische Abgeordnete sitzen im Parlament. Eine offene Stellungnahme zugunsten der Christen, hätte bei der drusischen Gemeinschaft in Israel Unruhe zur Folge.

Arens weiß ebenso wie Sharon, daß die Christen in Libanon die natürlichen Verbündeten Israels sind. Allein sie können eine Machtübernahme der militanten antiisraelischen Kräfte und damit eine Vorherrschaft Syriens in diesem Land verhindern. Dies aber würde ein Wiederaufleben der Aktivitäten der PLO in Libanon bedeuten; 1982 der Grund für die israelische Intervention.

Es besteht aber kein Zweifel, daß die israelische Armee intervenieren wird, sobald die Position der christlichen Bevölkerung in Libanon oder der Bestand der Regierung in Beirut unter dem christlichen Präsidenten Gemayel ernsthaft gefährdet würde.

Position für Genf „nicht geändert"

▲ Fortsetzung von Seite 1

Falle von amerikanischer Seite unternommen wurde." Natürlich protestiere man unabhängig davon scharf gegen die „amerikanische Provokation" der Luftraumverletzung durch die koreanische Passagiermaschine. Nach der Bereitschaft zur Entschädigung der Opfer des Abschusses gefragt, antwortete Kornijenko lakonisch, eine Geste des guten Willens seitens der Sowjetunion sei nicht angebracht. Die Verantwortung hätten jene zu tragen, die auch für den Zwischenfall verantwortlich seien.

Die Bundesregierung in Bonn gab den Vorwurf des „Wunschdenkens" im Zusammenhang mit Genschers Äußerungen an die sowjetische Adresse zurück. Das Wunschdenken liege auf der anderen Seite, wenn die Sowjets glaubten, Druck auf die westlichen Bündnispartner ausüben zu können, sagte Regierungssprecher Sudhoff. Minister Genscher selbst äußerte sich zurückhaltend. Verhandlungsergebnisse, so sein Kommentar, könnten nur am Verhandlungstisch erzielt werden. Er ließ Raum für weitere Klärungen der von ihm wiederholt als entscheidend bezeichneten Frage der britischen und französischen Raketen. Als interessant bewertete er den Moskauer Hinweis, daß man gegen die Zusammenlegung der Verhandlung über Mittelstreckenraketen und strategische Systeme sei. Gegen eine solche Komplizierung sei auch die Bundesregierung. Jedenfalls, so schloß Genscher, sei die Moskauer Position nach wie vor „unklar".

Kraftwerk Krümmel kann Arbeit aufnehmen

dfh, Kiel/Hamburg

Das Kernkraftwerk Krümmel kann nach *elfjähriger Planungs- und Bau*zeit jetzt den Betrieb aufnehmen. Gestern hat das Sozialministerium in Kiel die Betriebsgenehmigung erteilt. Die erste kontrollierte Kernspaltung im Reaktor des Werks ist bereits in Gang gesetzt worden. Krümmel liegt am schleswig-holsteinischen Elbufer nur wenige Kilometer stromaufwärts von Hamburg. Das Kraftwerk wird nach seiner Übergabe durch den Hersteller Kraftwerk Union (KWU) betrieben von der Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW).

Die Fraktion der Grünen in der Ratsversammlung von Geesthacht – auf dem Gebiet dieser Gemeinde steht das Werk – hat bereits angekündigt, sie werde gegen die Betriebsgenehmigung eine einstweilige Anordnung beantragen. Krümmel ist nach Würgassen, Brunsbüttel, Isar und Philippsburg das fünfte große Kernkraftwerk in der Bundesrepublik Deutschland, das mit einem Siedewasserreaktor in Betrieb geht. Zwei weitere sind in Gundremmingen bei Günzburg in Bayern noch in Bau.

Die elektrische Bruttoleistung von Krümmel beträgt 1316 Megawatt (MW). Nach Abzug des Eigenverbrauchs wird das Werk 1260 MW in das norddeutsche Verbundnetz einspeisen.

Während der Bauzeit sind 14 Errichtungsgenehmigungen mit 21 Nachträgen erteilt worden. Durch umfangreiche nachträgliche Sicherheitsauflagen wurde die Bauzeit um fünf Jahre verlängert.

Rußlanddeutsche demonstrieren in Moskau

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Im festen Griff mehrerer Milizionäre und ziviler *Sicherheitsbeamter* endete gestern mittag eine Demonstration von drei rußlanddeutschen Frauen auf dem Roten Platz in Moskau. Kurz nach dem Wachwechsel vor dem Lenin-Mausoleum um 14 Uhr hatten die drei schlicht gekleideten Frauen weiße und schwarze Tücher enthüllt, auf denen die Forderungen standen: „Loslassen in geschichtliche Heimat" und „SOS – ins Vaterland".

Die 32jährige Emilia Schmik, ihre 63jährige Mutter Frau Heilbronn sowie die 52jährige Frau Herkenroeder aus der Stadt Kamyschin im Gebiet von Wolgograd, hatten sich zu dieser Verzweiflungstat entschlossen, weil ihre Ausreise-Anträge und andere Gesuche seit vielen Monaten zurückgewiesen werden oder unbeantwortet bleiben. Frau Schmik und ihre Mutter demonstrierten im Namen ihrer fünfköpfigen Familie, die zu nahen Verwandten in der Bundesrepublik ausreisen will.

Alle drei Frauen gehören zu einer Gruppe von zwölf Rußlanddeutschen aus dem Wolgagebiet und aus Estland, die sich mehrere Tage lang in Moskau aufgehalten hatten. Ihre Versuche, mit ihren Anliegen in der Hauptstadt Gehör zu finden, blieben völlig ergebnislos. Sowjetische Miliz verwehrt auch jedem den Zutritt zur Moskauer Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, der nicht bereits über eine Ausreisegenehmigung verfügt. Die Zahl dieser Genehmigungen hat sich seit längerem drastisch verringert.

Schmidt beschwört seine Partei

● Fortsetzung von Seite 1

battenredner einstimmten. Er erinnerte daran, daß „wir bisher in der Fraktion anders beschlossen haben" als in Offenburg, „weil es eben bisher nicht unsere Auffassung war, daß man in jedem Falle ablehnen müsse, sondern es war unsere Auffassung, daß man endgültiger dann Stellung nehmen könne, wenn ein Ergebnis vorliegt". Opposition sei nur möglich „bei Kontinuität in der Oppositionspolitik".

Seine „herzliche Bitte" sei, zu erkennen, „daß die Handlungsfähigkeit dieser großen Partei zerstört wird, wenn in großer Zahl einzelne von uns am anderen Ort etwas anderes als das reden, was sie hier selber beschlossen hatten. Die Handlungsfähigkeit der Opposition wird zerstört, wenn wir uns vor dem Kompromißbeschluß in Genf festlegen".

Der ehemalige Kanzler: „Ich glaube, es kommt einer zustande – möglicherweise nicht noch in diesem Jahr. Ich würde mich wirklich wundern, wenn wir nächstes Jahr um diese Zeit keinen Beschluß zwischen den beiden Weltmächten hätten."

Zwei Dinge wurden im Verlauf der Diskussion – nach Schmidt sprachen noch weitere zwölf Abgeordnete, ehe Brandt und Vogel die Schlußreden hielten – deutlich: Die von Schmidt bekräftigte Funktion des nuklearen Gleichgewichts als Friedenssicherung wurde von mehreren mit dem Hinweis in Frage gestellt, daß die Pershing 2 und andere Waffen eine neue, andere Qualität darstellten. Und, darin bestand allerdings Einigkeit: Weder die Zugehörigkeit zur NATO noch das positive Verhältnis der SPD zur Bundeswehr dürften von der Debatte über die Nachrüstung in Frage gestellt werden. Schmidt verwies allerdings darauf, daß „der Eindruck, der in der Öffentlichkeit und auch in der Bundeswehr-Öffentlichkeit entstanden ist, weitgehend ein anderer" sei.

Die Liste der Diskussionsredner reichte von Ehmke bis Spöri, von Emmerlich bis Glotz, von Conradi bis Verheugen. Dabei wurden, wie Teilnehmer hinterher berichteten, jegliche persönliche Schärfen vermieden. Zum Abschluß faßte Vogel die Debatte mit einem Beitrag zusammen, der voll auf der Schmidt-Linie lag: „Ich plädiere dafür, daß wir im Interesse unserer Politikfähigkeit nicht in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, daß wir auch bei einem Ergebnis, das die Zahl der Raketen, die es in Europa gibt, vermindert, gar nicht erst prüfen."

Verzichtet Bonn auf Katalysatoren?

■ Fortsetzung von Seite 1

gegebenen Grenzwerte noch nicht kennen und auch nicht die Kraftstoffqualität, die zur Verfügung steht, können wir nicht mit der technischen Umrüstung beginnen." Als Alternative weist man bei Ford auf den mit Magergemisch laufenden Motor hin, an dem mehrere deutsche Firmen bereits arbeiten. Dieses Verfahren wäre erheblich kostengünstiger. Bei einem solchen Motor wird der Kraftstoff in Verbindung mit relativ viel Luft verbrannt. Als Folge werden erheblich weniger Abgase ausgestoßen. Im Gegensatz zum Katalysator, der einen Mehrverbrauch von rund 10 Prozent mit sich bringt, läßt sich mit dieser Technik nochmals Energie sparen.

Die Abgaswerte freilich liegen anfangs immer noch höher als beim Katalysatorsystem, doch auf die gesamte Lebensseite des Motors gerechnet kehrt sich das Verhältnis um, weil der reinigende Keramikfilter mit Platinauflage in der Wirkung nachläßt. Außerdem bemerkt der Fahrer nicht den Ausfall des Katalysators. Das Fahrzeug stößt bis zur nächsten Kontrolle ungereinigte Abgase aus.

Porsche-Entwicklungschef Helmuth Bott sieht große Probleme, wenn die geforderten Grenzwerte noch unter die US-Norm fallen sollten. „Da wäre eine völlig neue Entwicklung nötig. Auch der volkswirtschaftliche Aspekt muß berücksichtigt werden." Für Porsche käme eine Umstellung der deutschen Produktion im Baujahr 1986 ebenfalls zu früh. Daimler-Benz-Sprecher Bernd Gottschalk betont, daß Mercedes zwar erfolgreich Autos mit geringen Abgaswerten für den US-Markt produziere, eine Umstellung der gesamten Inlandsproduktion *zum Stichtag* aber nicht realisierbar wäre.

Die auffallend gemeinsame Linie der Unternehmen in der Ablehnung des Termins '86 sei – so Gottschalk – zwangsläufig, aber nicht untereinander abgestimmt. BMW-Chef Eberhard von Kuenheim, der bei einem Informationsgespräch auf der IAA mit Innenminister Zimmermann diskutierte, hält die Umstellung frühestens im Herbst '87 für machbar.

Autos mit Katalysatoren werden zwischen 1000 und 2000 Mark teurer sein als bisher. Hinzu kommt ein höherer Benzinverbrauch von 7 bis 10 Prozent, Gebühren für häufigere TÜV-Kontrollen und erheblich höhere Wartung. Die Leistung der Motoren sinkt um zirka zehn Prozent.

Die Aufgabe:
Nehmen Sie ein Hölzchen aus der Figur, und versuchen Sie aus den restlichen wiederum drei Vierecke zu bilden.
(Weitere Streichholz-Aufgaben stehen in dem kostenlosen Büchlein 'Streichholz-Spielereien', das Sie bei Honeywell Bull anfordern können, indem Sie uns das Bäumchen aus dieser Anzeige schicken.)

Ob Sie für eine Streichholz-Aufgabe die richtige Lösung finden wollen oder für sonst ein Problem – konsequentes Denken führt zum Ziel.

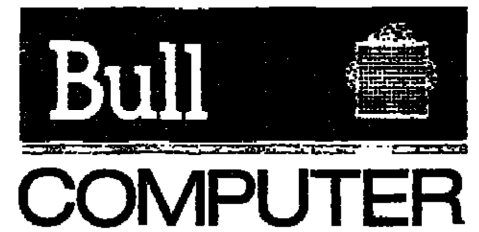


Intelligente Lösungen für knifflige Aufgaben erfordern konsequentes Denken.

Problemlösungen durch konsequentes Denken haben uns in den letzten 50 Jahren zum größten europäischen Computer-Hersteller gemacht. Mit innovativen, intelligenten Lösungen konnten wir der Computerbranche immer wieder neue Wege weisen. Nehmen Sie nur unsere Datenbank- und Multiprozessoren-Konzepte. Geholfen haben uns dabei unsere weltweiten Möglichkeiten des Erfahrungsaustauschs und unsere partnerschaftlichen *Verbindungen.*
Heute deckt unsere Produktpalette den gesamten EDV-Bereich ab: von der Dienstleistung bis zum Ausbildungsangebot, vom Terminal bis zum Textsystem, vom Mikrocomputer bis zum Großrechner. Lassen Sie uns wissen, welche Probleme wir für Sie lösen sollen. Beispielsweise mit dem System 6 – einem ausbaufähigen System für Problemlösungen jeder Größenordnung. Gleichgültig, ob in der Datenverarbeitung vor Ort oder innerhalb eines Netzes: es arbeitet immer zuverlässig, termingerecht, wirtschaftlich.
Besuchen Sie uns:
BÜFA saar, Saarbrücken, 5.–7.10.83
büro-data, Berlin, 12.–15.10.83
SYSTEMS '83, München, 17.–21.10.83

Seit 50 Jahren kompetent für Intelligente Lösungen – weltweit.

Honeywell Bull AG
Abt. W1 · Theodor-Heuss-Str. 60–66
5000 Köln 90 (Porz) · Telefon 02203/305-0



COMPUTER

Schlechter Bank-Rat

cd. – Immer häufiger ertönt aus dem Kreis internationaler Bankiers der Ruf nach deutlich verstärkter öffentlicher Hilfe für in Bedrängnis geratene Überschuldungsländer. Denn das private Bankensystem würde gefährdet, wenn es seinen Einsatz noch wesentlich erhöhen müßte, warnt Wilfried Guth, Vorstandssprecher der Deutschen Bank und auf dem internationalen Parkett prominentester deutscher Bankier. Ins gleiche Horn bläst BfG-Chef Thomas Wegscheider. Und er setzt noch einen drauf: Der IWF sollte den Schuldnern auch per Kredit die Zinsen vorstrecken, die sie an die Banken zu zahlen haben.

Bei allem Verständnis für die Banken, die sich hohe Risiken aufladen, wenn sie gutes Geld schlechtem nachwerfen müssen, um vom schlechten Geld wenigstens soviel wie möglich noch zu retten: Mit solchen Forderungen steigt ein Hautgout auf. Es riecht nach Sozialisierung von drohenden Verlusten.

Natürlich tragen auch der IWF, Notenbanken und Regierungen ein hohes Maß Mitverantwortung dafür, daß es keinen Kollaps an den internationalen Finanzmärkten und der Weltwirtschaft gibt. Aber denken, eigentlich die Bänkelsänger der Marktwirtschaft gar nicht daran, daß ihre Rufe nach mehr Staat – und was anderes ist es nicht, wenn der IWF mit verstärkter Kredithilfe an faule Schuldner die Banken von Risiken entlasten soll –, auch Gegenkräfte wecken, die sie selbst nur verabscheuen? Angefangen von schärferer staatlicher Reglementierung des Geschäfts bis hin zur Gewinnbeteiligung durch Verstaatlichung.

Pellworm

Bm. – Die Insel Pellworm wird seit kurzem von einer Solaranlage mit Strom versorgt, die als einzige bisher nach dem Prinzip der Direktumwandlung von Lichtstrahlen in Elektrizität arbeitet (die Photovoltaik). Das Licht schlägt aus Metalloberflächen Elektronen heraus, eben die Elementarteilchen des elektrischen Stroms. Einstein formulierte das so: „Licht ist nicht nur ein Wellenvorgang, es erscheint auch als ein Strom unzähliger kleinster Teilchen, winziger Energiepakete." Seit langem schwärmen die Ingenieure von der Direktumwandlung. Doch sie scheiterten bisher immer an den Kosten. Doch Pellworm soll den Durchbruch zur Wirtschaftlichkeit bringen. In den siebziger Jahren kostete eine Kilowattstunde aus der Photovoltaik noch zehn Mark. Jetzt sind es noch zwei Mark. Mitte der achtziger Jahre werden es bei der Massenproduktion von Solarzellen nur noch 30 Pfennig sein. Das ist nicht billig, aber für abgelegene Einzelprojekte – wie eben Pellworm – nicht uninteressant.

STRASSENVERKEHR / Gespräch zwischen Ministern Dollinger und Zimmermann

Bonn will den Lärmschutz durch nationale Maßnahmen verbessern

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

In der Lärmschutzpolitik sind die Weichen gestellt. Auf einschneidende Veränderungen muß sich die Automobilindustrie nicht einstellen. Für die Straßenbau-Investitionen sind die Bedingungen und der finanzielle Rahmen von rund 150 Millionen Mark jährlich abgesteckt. Anreize könnten von der noch für dieses Jahr geplanten Definition eines „lärmarmen" Kraftfahrzeuges ausgehen, das von gewissen Fahrverboten ausgenommen werden soll.

Die Bundesminister Friedrich Zimmermann (Innen) und Werner Dollinger (Verkehr) stimmten gestern in einem Gespräch darin überein, daß die Belastung der Bevölkerung durch den Verkehrslärm in der Bundesrepublik höher als in den meisten anderen Ländern ist. Die Bundesrepublik dürfe sich daher nicht nur darauf beschränken, wirksame Schutzmaßnahmen mit den EG-Mitgliedern abzustimmen. Vielmehr werde die Bundesregierung auf nationaler Ebene zusätzliche Maßnahmen ergreifen.

Im Juli hat der Bundesverkehrsminister „Richtlinien für den Verkehrslärmschutz an Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes" herausgegeben. Diese orientieren sich an dem einhelligen Beschluß des Bundestages über das Verkehrslärm-Schutzgesetz vom März 1980. Dieser Entwurf war, nachdem er den Vermittlungsausschuß passiert hatte, am Widerstand der FDP gescheitert, die sich kurz vor der damaligen Bundestagswahl noch als Umwelt-Partei profilieren wollte. Die Union wollte nicht als Mehrheitsbeschaffer für die damalige Koalition auftreten.

In die Richtlinie wurden die damaligen Grenzwerte für den zulässigen Lärmpegel beim Aus- und Neubau von Straßen, gestaffelt nach Art der Bebauung, übernommen. Dafür wurden im vergangenen Jahr 136 Millionen Mark aufgewandt. Diese Richtlinien sollen auf das Verhalten der anderen Baulastträger bis hin zu den Verwaltungsgerichten ausstrahlen.

Bei der Lärmsanierung an bestehenden Straßen bleibt es bei der bisherigen haushaltsrechtlichen Lösung. Überschreitet der Lärmpegel 75 Dezibel (dB) am Tage und 65 dB in der Nacht, dann werden im Rahmen der Etatmöglichkeiten Lärmschutzmaßnahmen durchgeführt, weil dieser Pegel einem enteignungsgleichen Eingriff ähnelt. Die großen Kostenprobleme liegen hier bei den Gemeinden. Der Bund wendet dafür rund 42 Millionen auf.

Beide Minister forderten noch einmal, daß Kraftfahrzeuge leiser werden müßten. Sie begrüßten, daß die EG-Kommission auf Drängen der Bundesregierung den Entwurf einer Richtlinie zur Verschärfung der Geräuschgrenzwerte für Kraftfahrzeuge vorgelegt hat. Die Bundesregierung will sich zwar für eine rasche Verabschiedung einsetzen, Experten bezweifeln jedoch, daß alle EG-Staaten, was notwendig wäre, mitziehen.

Auf nationaler Ebene arbeitet die Bundesregierung an einer Definition der lärmarmen Kraftfahrzeuge. Nach der Straßenverkehrsordnung können diese von bestimmten Fahrverboten aus Lärmschutzgründen ausgenommen werden. Damit sollen vor allem beim Lkw Anreize für die Markteinführung und Serienproduktion geschaffen werden. Überdies will die Bundesregierung den Absatz dadurch anregen, daß sie diese Fahrzeuge einsetzt. Ärger bereiten die technischen Veränderungen an den motorisierten Zweirädern. Dagegen hat das Verkehrsministerium einen „Anti-Manipulations-Katalog" im Februar herausgegeben, der jetzt rechtsverbindlich werden soll.

TARIFPARTNER

Chemie-Verband ermuntert zur flexiblen Arbeitszeit

PETER GILLIES, Bonn

Rund 50 000 neue Teilzeitarbeitsplätze in der chemischen Industrie sind möglich, wenn Unternehmen und Belegschaften die Arbeitszeit flexibler gestalten. Um dieses Potential auszuschöpfen, startete der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) jetzt bei seinen 1700 Mitgliedsfirmen eine Informationskampagne. Die Aktion ist auch als Gegengewicht zur Gewerkschaftsforderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu verstehen.

In einem Leitfaden erläutert der Verband die Vor- und Nachteile flexibler Arbeitszeiten, leuchtet das Arbeitsrecht aus, gibt praktische Tips und Musterverträge. Während das Dienstleistungsgewerbe bereits erhebliche Teilzeitplätze anbietet, verspürt die Industrie einen Rückstand.

Auf Arbeitnehmerseite herrscht eine beträchtliche Nachfrage, denn rund 244 000 Arbeitslose suchen einen Teilplatz, viele Vollbeschäftigte möchten umsteigen. Dafür gebe es familiäre, gesundheitliche und andere Interessen, nicht zuletzt wirtschaftliche. Berechnungen hätten ergeben, daß der Verzicht eines Ehepartners (bei Doppelverdienern auf die Hälfte der Arbeitszeit) nur eine Verminderung des Familieneinkommens von zehn bis 20 Prozent bedeute.

Die Motive der Unternehmen, neue Variationen der Arbeitszeit anzubieten, sind:

- sozialpolitisch ein Beitrag zur Verringerung von Arbeitslosigkeit, höhere Attraktivität der Arbeitsplätze, raschere Reaktion auf Veränderungen des Erwerbstätigenpotentials.
- Personell werden Mitarbeiter zufriedender, der Personaleinsatz flexibler, weniger Überstunden und Ausfallzeiten, gleitender Übergang in den Ruhestand.
- Betriebswirtschaftlich könnten Arbeitsspitzen entzerrt, die Nutzung von Anlagen erhöht, Vertretungen verbessert und schlechtere Auftragslagen abgefangen werden.

Den höheren Kosten der Betriebe (Sozialversicherung, höhere Anlernzeiten, Abstimmungsprobleme, Einrichtung neuer Arbeitsplätze, Material) stünden Einsparungen gegenüber. Hier nennt der Leitfaden den Wegfall von Überstundenzuschlägen, geringere Fehlzeiten und höhere Produktivität. Als Variationen werden nicht nur Halbtagsplätze genannt, sondern auch 4,5 oder 6 Stunden pro Tag, ausgewählte Tage der Woche, wöchentlich zwischen 20 und 30 Stunden oder monatlich an 10 bis 20 Tagen.

Spannungen mit der EG

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Italien steht seit geraumer Zeit in Brüssel unter gezieltem Beschuß – nicht so sehr wegen seiner Forderungen an die Gemeinschaftskasse als wegen erwiesener Unfähigkeit, die Rom zur Verfügung stehenden Mittel richtig und rechtzeitig auszugeben.

Die EG-Kommission und der Ministerrat bringen Italien noch immer eine gute Portion Verständnis entgegen, wenn es sich um die besonderen Entwicklungsprobleme der südlichen Landesteile handelt. Auch in Brüssel ist man sich bewußt, daß der Mezzogiorno nach wie vor mit wirtschaftlichen Nachteilen belastet ist, die nicht die Regierung der Nachkriegszeit, sondern die Generationen vor ihnen zu verantworten haben. Nicht alles, worauf auch heute noch das Einkommens- und Verbrauchsgefälle und die spezifisch süditalienischen Gesellschafts- und Produktionsstrukturen beruhen, ist jedoch mit der Tradition zu begründen.

Keineswegs der „bourbonischen Mißwirtschaft", wohl aber den Mängeln der heutigen Administration anzulasten, ist beispielsweise die Tatsache, daß Italien unter allen EG-Ländern derjenige Partner ist, der die ihm bereitgestellten Gemeinschaftsfonds am schlechtesten zu nutzen versteht. Während im EG-Durchschnitt die Fonds fristgerecht immerhin zu 54 Prozent ausgeschöpft und in die nationalen Kanäle geleitet werden, hinkt Italien mit einem Anteil von knapp 42 Prozent sogar noch hinter Griechenland her.

Obwohl die italienischen Regierungen seit einigen Jahren ein EG-Ministerium haben, dem ausdrücklich die Aufgabe zukommt, die Verbindungen zur Kommission und zwischen italienischer Regierung und Regionen effizienter zu gestalten, hat sich in der Geschwindigkeit, mit der das römische Parlmament Kommissionsrichtlinien in die Tat umsetzt, ebensowenig etwas gebessert wie an der Aufgabenpraxis.

In den letzten fünf Jahren hat Italien aus dem EG-Agrar-Orientierungsfonds beispielsweise gerade 13 Prozent der diesem Fonds zur Verfügung stehenden Mittel in Anspruch genommen, gegenüber fast 22 Prozent im Falle Frankreichs. In der Agrar- und Sozialpolitik verteilt sich die Verantwortung ziemlich gleichmäßig auf Staat und Regionen. Als besonders ineffizient erwiesen sich bisher die Mezzogiorno-Regionen, die in Kommissionskreisen berüchtigt sind für ihre Inkompetenz und die oftmals lückenhaft und mit Formfehlern behaftet vorgelegten Ausgabenpläne.

Nicht nur im Agrar- und Sozialbereich hapert es indessen mit der Realisierung von EG-Richtlinien. Die Nicht-Durchführung der zweiten EG-Richtlinie in Sachen Gesellschaftsrecht hat dem Land bereits ein Urteil des EG-Gerichtshofs eingetragen, ein anderes Verfahren droht inzwischen wegen der vierten Richtlinie. Die Verzögerungen, die in diesem Fall eingetreten sind, können gerade als symptomatisch gelten. Sie zeigen nämlich, daß bei der Umsetzung der von der italienischen Regierung in Brüssel mitunterzeichneten Richtlinien in nationales Recht die beiden Parlamentskammern als Bremsfaktoren mindestens genauso verantwortlich zeichnen wie die Regionalbehörden. Immerhin sind es mittlerweile zwei Jahre, daß italienische Parlamentsausschüsse über einen Gesetzentwurf beraten, mit dem die Regierung in die Lage versetzt werden soll, die zweite und vierte Richtlinie auf dem Erlaßwege in Kraft zu setzen.

Wenn die Regierung unter Ministerpräsident Bettino Craxi jetzt einen neuen Anlauf unternimmt, um die gesetzlichen Grundlagen für ein besseres Verhältnis mit Brüssel zu schaffen, unter anderem durch schnellere Umsetzungsverfahren auf Verwaltungsebene, trägt Rom vor allem der Notwendigkeit Rechnung, seine Glaubwürdigkeit als Bittsteller zu verbessern. Wohl wissend, daß dies mitterweile die einzige Möglichkeit darstellt, um die vielen Finanzierungswünsche im Kreise der Partner mit einiger Aussicht auf Erfolg vorbringen zu können.

AUF EIN WORT



„Bei allen unseren künftigen Aktivitäten werden wir berücksichtigen müssen, daß sich der Bildschirm zwangsläufig weg vom passiven und hin zum aktiv kommunizierenden Medium entwickeln wird."

Hermann Seringer, geschäftsführender Vorstand der Interfunk eG, Ditzingen FOTO: DIE WELT

Kaum Impulse für Zinsrückgang

dpa/VWD, Bonn

Nach wie vor skeptisch beurteilt der Verband öffentlicher Banken die Aussichten für einen nachhaltigen Zinsrückgang am Kapitalmarkt. In seinem jüngsten Vierteljahresbericht zur Lage am Rentenmarkt weist der Verband darauf hin, daß sich an den US-Wirtschaftsdaten nichts geändert habe. Aber auch aus dem Inland gebe es nur schwache Impulse für einen Zinsrückgang. Die Bemühungen der Bundesregierung um eine Konsolidierung des Haushalts dürften zwar zu einer psychologischen Entlastung des Kapitalmarkts führen. Zu befürchten seien jedoch weiterhin restriktive Maßnahmen der Bundesbank, wenn sich zum Beispiel die Preissteigerungsrate wieder beschleunige.

STAHLINDUSTRIE

Lambsdorff erwägt Klage gegen die EG-Kommission

HANS-J. MAHNKE, Bonn

In der Stahl-Politik will Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff jetzt eine härtere Gangart gegenüber der EG-Kommission einschlagen. Dieses zeigen zwei Beschwerden, die der Minister in den letzten Tagen nach Brüssel geschickt hat. In Bonn gibt es Experten, die bereits über eine Klage gegen die EG-Kommission nachdenken.

Zu Beginn dieser Woche hatte Graf Lambsdorff in einem Fernschreiben an EG-Vizepräsident Wilhelm Haferkamp auf die in den vergangenen Monaten gestiegenen Stahleinfuhren in die Bundesrepublik aus Drittländern hingewiesen. Die Kommission müsse alles tun, so Lambsdorff, um ein funktionierendes Außenschutz-Regime in allen Bereichen zu gewährleisten. Das Verhalten nordischer Efta-Staaten, Spaniens und Südafrikas könne von der deutschen Stahlindustrie nicht länger hingenommen werden. Lambsdorff hat die EG-Kommission aufgefordert, die betreffenden Drittstaaten, denen für ihre Stahlexporte gewisse Kontingente zugestanden wurden, zur Einhaltung der Abkommen zu veranlassen. Nötigenfalls müßten bei bestimmten Produkten die geschlossenen Vereinbarungen aufgekündigt werden.

Überdies hat Lambsdorff bei der Kommission vorsorglich dagegen protestiert, den deutschen Anteil an den EG-Stahlproduktionsquoten um einige hunderttausend Tonnen zu senken, wie es in Gerüchten heißt. Bonn bestehe auf der im EG-Ministerrat von Ende Juli zugesagten leichten Erhöhung des deutschen Anteils an der Stahl-Differenzmenge.

KONJUNKTUR

Die Entwicklung ist günstiger, als vorhergesagt worden war

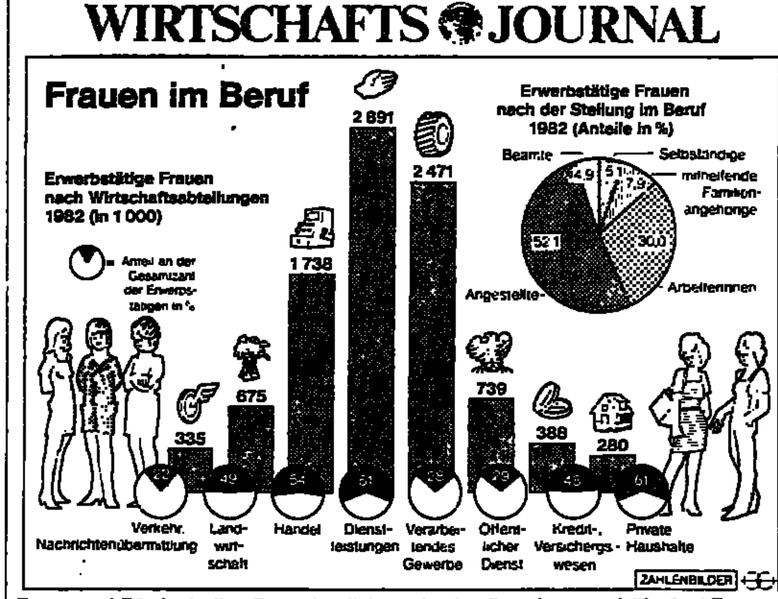
VWD, Berlin

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik ist nach Auffassung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) 1983 bisher günstiger verlaufen als zu Jahresbeginn erwartet. Ausschlaggebend dafür sei die gute Entwicklung der Verbrauchernachfrage und die durch die Investitionszulage begünstigte Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen gewesen. Berücksichtige man die hohen Niveauverluste des zweiten Halbjahres 1982, die erst wieder wettgemacht werden mußten, habe es einen beachtlichen Terraingewinn gegeben, meint das DIW.

Nach Einschätzung des DIW beruht die Erholung jedoch weitgehend auf kurzfristig wirksamen Faktoren. Das Institut hält es aber daher für möglich, daß der private Verbrauch im 2. Halbjahr zunehmend an Schwung verlieren könnte. Dagegen würden die Ausrüstungsinvestitionen weiter expandieren und die Bauinvestitionen sogar deutlich zunehmen. Stützend wirke auch eine leichte Belebung der Auslandsnachfrage. Daraus schließt das DIW, daß sich der Aufschwung insgesamt fortsetzen und das Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt preisbereinigt ein Prozent höher ausfallen werde als 1982. Damit werde sich auch der Arbeitsmarkt günstiger als erwartet entwickeln. Die Preissteigerungsrate soll zum Jahresende wieder eine Zwei vor dem Komma aufweisen.

Auch Professor Norbert Walter vom Kieler Institut für Weltwirtschaft sieht deutliche Aufschwungtendenzen, die er allerdings für kurzfristig hält.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Fast zwei Fünftel aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik sind Frauen. Nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes gab es 1982 im Jahresdurchschnitt 9,7 Millionen weibliche Arbeitskräfte. Im Verkehrs- und Nachrichtenwesen, bei Banken und Versicherungen sowie im öffentlichen Dienst gab es 1982 zwischen 30 und 40 Prozent mehr Frauen als zu Beginn der siebziger Jahre. QUELLE: ZAHLENBILDER

„Labile Konjunktur"

Bonn (AP) – Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hält die konjunkturelle Situation trotz der günstigen Entwicklung in wichtigen Nachfragebereichen immer noch für „labil". Dafür sei die D-Mark-Schwäche gegenüber dem Dollar, der damit zusammenhängende Druck auf das inländische Zinsniveau sowie der erneute Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung auf drei Prozent im August kennzeichnend. Im zweiten Quartal habe sich die wirtschaftliche Erholung, getragen durch die Belebung der Binnenkonjunktur, jedoch fortgesetzt, heißt es in einem Bericht des Verbandes.

Öl-Richtpreis bleibt

Wien (dpa/VWD) – Für die Beibehaltung der bisherigen Obergrenze für die Opec-Rohölförderung von täglich 17,5 Millionen Barrel Rohöl und des Richtpreises von 29 US-Dollar pro Barrel hat sich der Expertenausschuß der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) in Wien ausgesprochen. Dies verlautete aus informierten Opec-Kreisen. Über die Empfehlung werden heute am Opec-Sitz in Wien die Mitglieder des Opec-Marktüberwachungsausschusses beraten. In Opec-Kreisen wird nun erwartet, daß über die von einigen Mitgliedern gewünschte Anhebung der Fördermengen erst von den Ölministern auf ihrer nächsten, im Dezember in Genf fälligen ordentlichen Sitzung entschieden werden wird.

Neues Kernkraftwerk

Geesthacht (dpa/VWD) – Das Kernkraftwerk Krümmel bei Geesthacht (Kreis Herzogtum Lauenburg) hat seinen Betrieb aufgenommen. Die Anlage wird zunächst einer intensiven Erprobung unterzogen, bevor sie Strom ans Netz liefern wird. Vorausgegangen war ein langwieriges Genehmigungsverfahren. Die Gesamtkosten für das Kernkraftwerk mit einer Nettoleistung von 1260 Megawatt, die zunächst auf 1,7 Milliarden Mark veranschlagt wurden, betragen rund 3,5 Milliarden Mark.

Gestra geht an die Börse

Frankfurt (AFP) – Die Deutsche Bank wird in Kürze eine Neuemission der „Gestra AG", Bremen, an die Börse bringen. Die „Gestra"-Gruppe zählt zu den führenden Unternehmen des Armaturenbaus für Wärme- und Energietechnik. Eingeführt werden Aktien im Nennwert von 20 Millionen Mark. Auch die „Brillantleuchten AG", Gnarrenburg, sollte in Kürze den Weg an die Bremer Börse finden.

Krise im US-Farmgürtel

Washington (Sbt.) – Die lange Trokkenheit im amerikanischen Farmgürtel und die Brachland-Politik der US-Regierung haben die Ernteerträge bei Futtergetreide nahezu halbiert. Wie das Landwirtschaftsministerium in Washington mitteilte, werden in diesem Jahr nur 111,7 Millionen Tonnen Mais in die Scheuern gefahren, verglichen mit 213,2 Millionen Tonnen 1982. Die Sojabohnen-Ernte sank von 62,6 auf 40,8 Millionen Tonnen. Vorausgesagt werden bereits Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln 1984 um sechs bis 6,5 Prozent. Fleisch könnte sich um zehn bis 20 Prozent verteuern. Abgeräumt werden vermutlich alle Futtermittelvorräte. Nicht so düster sieht es bei Weizen aus; hier werden die US-Reserven auf 40 Millionen Tonnen veranschlagt.

Pöhl: Noch keine Einigung

Frankfurt (rtr) – Die Notenbanken der Zehner-Gruppe haben sich nach Darstellung von Bundesbank-Präsident Karl Otto Pöhl noch nicht grundsätzlich über eine Überbrückungshilfe für den Internationalen Währungsfonds (IWF) geeinigt. Pöhl, der Vorsitzender des Gremiums ist, erklärte, entsprechende Meldungen vom Vortag aus Basel seien unbegründet. Man habe noch keine endgültige Einigung erzielt, weil es noch zu viele Unsicherheiten gebe. Auch hätten einige Länder noch nicht endgültig die Erhöhung ihrer IWF-Quoten gebilligt.

Wochenausweis

	7.9.	31.8.	7.8.
Netto-Währungs-reserve (Mrd. DM)	66,3	66,9	67,2
Kredite an Banken	79,5	68,4	72,7
Wertpapiere	8,0	8,0	7,5
Bargeldumlauf	101,6	101,3	103,0
Einl. v. Banken	58,6	46,4	50,1
Einl. v. öffentl. Haushalten	1,1	1,2	0,8

INTERNATIONALE VERSCHULDUNG

BfG-Chef: Der IWF soll Zinsendienst finanzieren

C. DERTINGER, Luxemburg

Der Internationale Währungsfonds (IWF) sollte ein neues „Fenster" installieren, aus dem zahlungsunfähigen Problemländern fällige Zinszahlungen finanziert werden, schlägt BfG-Vorstandssprecher Thomas Wegscheider vor. Dieser Zugriff müsse selbstverständlich streng kontrolliert werden, und die Mittel dürften nur bei Einhaltung der IWF-Sanierungsauflagen zur Verfügung stehen.

Dadurch würde vermieden, daß ein Land, das erste Schritte zur finanziellen Gesundung macht, doch noch zahlungsunfähig wird. Wegscheider räumte in einem Pressegespräch ein, daß mit Zinsfinanzierungskrediten des IWF lediglich die Fiktion der Zahlungsfähigkeit aufrechterhalten werde, die freilich für die kreditgebenden Banken wichtig ist, weil mit dem Ausbleiben von Zinszahlungen große verlustbringende Abschreibungen erforderlich würden.

Der BfG-Chef rechnet damit, daß noch eine Reihe von Jahren mit Umschuldungen bevorsteht, und er sieht keinen Anlaß zum Optimismus, daß sinkende Zinsen und ein weltweiter Konjunkturaufschwung in absehbarer Zeit die kritische Situation hochverschuldeter Länder erleichtern. Zur Vermeidung einer Liquiditätskrise sollte der IWF in die Lage versetzt werden, schnell und unbürokratisch zu helfen. Die internationalen Banken seien sich zwar bewußt, daß sie bei der Bewältigung der Schuldenprobleme der Dritten Welt ebenfalls ihren Part zu spielen hätten, doch sollte man Verständnis dafür haben, daß sie dabei nach Lösungen suchen, die ihnen ihre Rolle erleichtern.

BAURECHT / Neue Ordnung in Nordrhein-Westfalen

Prüfverfahren werden vereinfacht

GISELA REINERS, Bonn

Nach anderthalb Jahren Vorbereitung geht jetzt in Nordrhein-Westfalen eine neue Landesbauordnung ins Gesetzgebungsverfahren. Sie soll zur Entbürokratisierung beitragen und das als „schwerfällig" und „Investitionshemmnis" apostrophierte Baugenehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen. Nach Bayern und Baden-Württemberg ist Nordrhein-Westfalen das dritte Bundesland, das sich darangemacht hat, seine Bauordnung zu entrümpeln. Der Gesetzentwurf ist mit der Architektenkammer der IG Bau, den Wohnungsbauverbänden etc. abgestimmt, so daß ein breiter Konsens zu erwarten ist.

Die neue Bauordnung soll nur noch 83 statt 111 Paragraphen enthalten; vier Rechtsverordnungen, wie z. B. die Abstandsflächenverordnung, sind durch Neufassungen überflüssig geworden, damit das neue Recht übersichtlicher wird. Sechs wichtige Änderungen sind vorgesehen:

- die Bauanzeige wird abgeschafft; es gibt künftig nur noch genehmigungspflichtige und genehmigungsfreie Bauvorhaben;
- für Ein- und Zweifamilienhäuser wird das Genehmigungsverfahren vereinfacht. Auf die Prüfung z. B. der statischen Berechnung wird verzichtet. Für die Entscheidung über Bauanträge ist eine Obergrenze von sechs Wochen vorgesehen;
- 40 verschiedene Baumaßnahmen werden genehmigungsfrei, z. B. Gartenhäuser in Kleingartenanlagen oder Wochenendhäuschen auf genehmigten Plätzen. Auch Modernisierungsvorhaben werden erleichtert, z. B. für den Ausbau von Dachgeschossen, wobei besonders der Vorschriftenberg für Treppen abgebaut wird;
- Abstandsregeln sollen sich nur noch auf Flächen vor Gebäudeaußenwänden beziehen. So ist jetzt der Bau von Garagen zwischen zwei Häusern generell zulässig. Auch ein Gerätehäuschen darf noch angebaut werden bis zur Gesamtlänge von neun Metern.
- Aufenthaltsräume in Keller oder Dachboden, bisher grundsätzlich nicht genehmigungsfähig, sollen künftig frei sein, wenn sie in Verbindung mit der Wohnung stehen.

Ausgebaut wird noch die „Versuchsklausel" der alten Bauordnung, wonach auf Antrag im Einzelfall von jeder Vorschrift der Ordnung abgewichen werden konnte. Jetzt soll es von vornherein heißen: „... wenn auf andere Weise dem Zweck einer technischen Anforderung ... nachweislich entsprochen wird". Die Bauordnung soll zum 1. Januar 1985 in Kraft treten.

Die Informationsbörse für Fachleute der Hotellerie und Gastronomie



12. Internationale Fachmesse für das Hotel- und Gaststättengewerbe
München-Messegelände, 19.–22. Sept. 1983
• Mehr als 500 Aussteller aus dem In- und Ausland
• Gastronomicon – die große Fachbesucher-Infozentrale

HERMES-PRÄMIEN / Lambsdorff:

Erhöhung unvermeidlich

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Eine substantielle Erhöhung der Hermes-Entgelte ist angesichts der defizitären Haushaltsentwicklung in diesem Bereich erforderlich, Ausfuhrgewährleistungen dürfen auch künftig keine Subventionen werden. Dies hat gestern Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff vor dem Wirtschaftsausschuß des Bundestages deutlich gemacht. Die führenden Vertreter aller Parteien in dem Ausschuß hatten sich in den letzten Monaten wiederholt gegen eine Prämienerhöhung im Interesse der deutschen Exportwirtschaft und zum Schutz von Arbeitsplätzen ausgesprochen.

Da in den nächsten Jahren Nettozahlungen aus dem Haushalt von jeweils rund einer *Milliarde Mark* zu erwarten seien, wobei die generelle Erhöhung der Entgelteinnahmen um 40 Prozent bereits berücksichtigt ist, muß nach Ansicht Lambsdorffs an die seit mehr als 20 Jahren unveränderten Hermes-Entgelte herangegangen werden. Bei den ohnehin im Vergleich zu Bürgschaften für öffentliche Besteller sehr viel teureren Garantien für *private Abnehmer* seien nur geringfügige Erhöhungen vorgesehen. Lambsdorff sicherte zu, daß gerade in dem Bereich der sensiblen Großanlagen-Geschäfte, die langfristig *finanziert werden*, sich die zusätzliche Entgeltbelastung in vertretbaren Grenzen halten werde.

Die Anhebung solle es ermöglichen, die bisherige flexible Dek*kungspolitik* im Interesse der deutschen Exportwirtschaft fortzusetzen. Immerhin werden seit dem Frühjahr Geschäfte mit solchen Ländern in Deckung genommen, die nachweislich in finanziellen Schwierigkeiten sind. Verbessert werden soll das Entschädigungsverfahren aus Ausfuhr*gewährleistungen. Bei mittelfristigen* Garantien sollen die Exporteure schneller ihr Geld erhalten.

Kampf um Sotheby's ist entschieden

dpa/VWD, **London**

Der amerikanische Multimillionär Alfred Taubman darf nach einer Entscheidung des britischen Handelsministers Cecil Parkinson das Londoner *Auktionshaus Sotheby's* übernehmen. Die offizielle Zustimmung, die am Mittwoch gegeben wurde, signalisiert das Ende eines mehr als zwölf Monate langen Kampfes um Sotheby's, der den Kurs der Aktien in atemberaubende Höhe trieb: Er begann, als die Sotheby-Anteile mit 277 *Pence gehandelt wurden* und das Unternehmen gerade einen Verlust von 1,5 Millionen Pfund (damals 6,36 Millionen Mark) bekanntgegeben hatte.

Taubman bietet jetzt 700 Pence pro Anteil und dürfte in wenigen Tagen Mehrheitseigner bei Sotheby's sein.

Zwei andere Amerikaner, Marshall Cogan und Stephen Swid, hatten zuvor gegen den Willen des Sotheby-Managements 29,9 Prozent der Anteile erworben, die meisten davon für 520 Pence. Sie haben mit Taubman bereits eine Übergabe vereinbart und werden dabei einen Gewinn von sieben Millio*nen Pfund machen*. Taubman wird dann über 51,6 Prozent der Aktien verfügen. Der Gesamtwert des Unternehmens liegt jetzt, gemessen an Taubmans Angebot, bei 83 Millionen Pfund (332 Millionen Mark).

Spanien begrenzt Lohnerhöhungen

AFP, **Madrid**

Die spanische sozialistische Regierung will durch eine Einschränkung der Lohnerhöhungen in den nächsten drei Jahren neue Arbeitsplätze schaf*fen. Die Zuwachsrate der Löhne soll* bis 1986 unter dem Preisanstieg bleiben. Ein entsprechendes Wirtschafts- und Sozialprojekt wurde von Wirtschafts- und Finanzminister Miguel Boyer und Arbeitsminister Joaquin Almunia einer Delegation des sozialistischen Gewerkschaftsverbandes „UGT" *vorgelegt*.

Wie von der Gewerkschaft in Madrid bekanntgegeben wurde, sollen die Lohnerhöhungen 1984 nur 6,5 Prozent erreichen, bei einer erwarteten Infla*tionsrate von rund acht Prozent*. Die Regierung hofft, mit diesem Beschluß und Maßnahmen, die auf eine größere Flexibilität des Arbeitsmarktes hinwirken sollen, bis 1986 640 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie will andererseits die Mittel für die allgemeine Arbeitslosenunterstützung und die Ausfallunterstützung für Landarbeiter aufstocken und die Renten um neun Prozent anheben.

Über das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Regierung soll in den nächsten Wochen mit Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände verhandelt werden.

FRANKREICH / Regierung legt Grundlinien des Haushaltsplans für 1984 fest

Steuervorteile werden kräftig gekürzt

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Der französische Ministerrat hat gestern unter Vorsitz von Staatspräsident Mitterrand die großen *Linien* des Haushaltsplans für 1984 festgelegt. Dieser sieht eine wesentliche Verstärkung der fiskalischen Belastung vor. Danach sollen nicht nur die Steuern kräftig erhöht, sondern auch die steuerlichen Erleichterungen zusammengestrichen werden, während der Anstieg der gesamten Staatsausgaben auf 6,2 Prozent – das Anti-Inflationsziel – begrenzt wird, damit das Budgetdefizit drei Prozent des Bruttosozialprodukts nicht überschreitet.

Der neue Haushaltsplan, dessen letzte Einzelheiten in einer Woche beschlossen werden sollen, ist noch strenger ausgefallen als erwartet worden war. Überrascht hat insbesondere die Reduzierung folgender Steuerfreigrenzen:

1. Für die Aufwandspauschale von etwa 90 Berufsgruppen auf etwa die Hälfte.

2. Für die Beiträge zur Lebensversicherung.

3. Für die Zinsen auf Wohnungsbaukredite um die Hälfte der Kreditdauer (fünf statt zehn Jahre).

Von dem Ministerrat bestätigt wurde die Einführung einer „progressiven Zusatzsteuer" von fünf bis acht Prozent auf die gesamte Einkommensteuer der Franzosen, die im nächsten Jahr mehr als 20 000 Franc Einkommensteuer zu bezahlen haben. Diese Steuer ersetzt die diesjährige „Solidaritätsabgabe" auf Einkommensteuerbeträge von mehr als 28 000 Franc.

Dagegen wird die einprozentige Sonderabgabe auf steuerpflichtige Einkommen ebenfalls verschärft fortgeführt. Erfaßt werden jetzt auch die bereits quellenbesteuerten Zinserträge aus Obligationen. Außerdem werden die Arbeitnehmerbeiträge zur Altersversicherung um ein Prozent angehoben und die Versicherungspflicht wird auf Beamte ausgedehnt. Die Staatseinnahmen sind insoweit zum Ausgleich des Sozialversicherungsdefizits bestimmt.

Noch nicht näher abschätzen läßt sich das Ausmaß der grundsätzlich angekündigten Erbschafts- und Vermögenssteuererhöhung. Ihr steht eine Herausnahme der Betriebsvermögen aus der Vermögenssteuer gegenüber. Die Abgabe auf Video-Recorder wird um 30 Prozent heraufgesetzt. Außerdem werden die Kfz-Steuerabschläge für ältere Wagen reduziert.

Verzichtet wurde auf den Plan, die Mehrwertsteuersätze anzuheben und bei der Neufestsetzung der Einkom*mensteuergrenzen der Inflation nicht* voll Rechnung zu tragen. Diese sogenannte „kalte Progression" der Einkommensbesteuerung soll diesmal voll neutralisiert werden. Alles zusammengenommen wird die fiskalische Belastung (einschließlich Sozialabgaben) von 44,7 Prozent in diesem Jahr auf 46 Prozent des Bruttosozialprodukts steigen.

DRITTE WELT / Jahresbericht der IFC

Trend zur Reprivatisierung

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Einen ausgeprägten Trend zum Umdenken in Richtung Reprivatisierung in den Entwicklungsländern spürt die International Finance Corporation (IFC); und dies liegt nicht nur an den ins Stocken geratenen öffentlichen *Hilfen*. Bei der Vorlage des Jahresberichts 1983 (30. 6.) der IFC appellierte ihr deutscher Executive Vice President, Hans A. Wuttke, an die kommerziellen Banken, bei *den Anstrengungen der Entwick*lungsländer mitzuziehen, ausländische und einheimische Privatinvestitionen zu fördern.

Die kleine Schwester der Weltbank ist die größte internationale Finanzierungsgesellschaft für private Investitionen in Entwicklungsländern und *arbeitet, wie Wuttke betonte, „zu* Marktbedingungen". Im vergangenen Jahr mit dem „weltweit schwierigsten Investitionsklima seit den 30er Jahren" bewilligte die IFC 845 Millionen Dollar an Krediten und Beteiligungen für 58 Unternehmen in 36 Entwicklungsländern. Mit einer Steigerung von 38 Prozent gegenüber dem Vorjahr ist dies die höchste Jahressumme seit der Gründung der Finanzierungsgesellschaft vor 27 Jahren. Dazu kommen wiederum 426 Millionen Dollar an Krediten, die Geschäftsbanken und anderen Finanzierungsinstitutionen zugesichert wurden.

Schwerpunkt des IFC-Engagements waren mit 22 Projekten die ärmsten Länder. Das Umdenken in der Entwicklungspolitik spiegelt sich auch in der sich ändernden Streuung der IFC-Finanzierungen wider: Während vor einigen Jahren noch zwei Drittel der Finanzierungen in den Industriebereich flossen, sind es jetzt nur noch 38 Prozent, 24 Prozent der Mittel dienten agrarwirtschaftlichen Investitionen (doppelt soviel wie im Vorjahr), 19 Prozent der Entwicklung heimischer Kapitalmärkte, in den Bereich Energie und Rohstoffe flossen 15 und in die Touristikbranche vier Prozent. Bei einem leicht auf 23 Millionen Dollar gestiegenen Nettoeinkommen hat die IFC ihre Rückstellungen um knapp 16 auf annähernd 100 Mill. Dollar aufgestockt. Abgeschrieben werden mußten sieben Projekte mit gut zehn Millionen Dollar.

BRASILIEN / Auflagen sollen erfüllt werden – Jetzt ist der IWF am Zuge

Hauptziel ist Drosselung der Inflation

H.-A. SIEBERT, **Washington**

In der US-Hauptstadt gilt es als sicher, daß die brasilianische Regierung wie angekündigt (siehe die WELT vom 14. September) heute dem Internationalen Währungsfonds *(IWF) die umstrittene Absichtserklä*rung präsentieren wird, mit der sie die wirtschaftspolitischen Auflagen der multilateralen Organisation akzeptiert. Es ist das dritte Versprechen dieser Art in diesem Jahr; unterzeichnet wird es von Notenbankpräsident Affonso Celso Pastore. Aus Protest gegen die „harten" Konditionen und „unrealistischen" Zieldaten war dessen Vorgänger Carlos Langoni vorletzte Woche zurückgetreten.

Die Vorlage allein öffnet die Kreditschleusen noch nicht: Empfänger des Papiers ist der geschäftsführende Direktor des IWF, der Franzose Jacques de Larosière. *Er nimmt es nur* entgegen und reicht es an das Exekutivdirektorium weiter, das die einzelnen Bedingungen, die in den vergangenen Monaten neu ausgehandelt worden sind, absegnen muß. Erst dann kann Brasilien weiter auf den Bereitschaftskredit in Höhe von 4,96 Milliarden Sonderziehungsrechten (rund 13,92 Milliarden Mark) zurückgreifen. Das Prozedere dauert mehrere Wochen. Erst danach finden sich die *Privatbanken bereit, dem südamerikanischen* Land, das mit 92 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet ist, neue Darlehen zu gewähren und alte umzuschulden.

Brasilien muß bekunden, daß es die im Februar vereinbarten Anpassungsprogramme verwirklicht und alle Auflagen erfüllt. Damals hatte sich die Regierung in Brasilia verpflichtet, den Finanzbedarf des öffentlichen Sektors in diesem und im nächsten Jahr jeweils zu halbieren. Dadurch soll die Netto-Ersparnis erheblich zunehmen, was wiederum das Defizit in der Leistungsbilanz bis 1985 auf ein (1982: 4,5) Prozent des Bruttoinlandsprodukts reduziert. Außer durchgreifenden strukturellen Änderungen muß Brasilien der Inflation ernsthaft zu Leibe rücken.

Nach den Vorstellungen des Fonds sind diese kühnen Ziele durch die schon vollzogenen Abwertungen des Cruzeiro, die fiskalpolitischen Maßnahmen und eine restriktive Geldpolitik zu erreichen. Die Konkurrenzfä*higkeit brasilianischer Exportpro*dukte soll durch einkommenspolitische Eingriffe und weiterhin flexible Wechselkurse sichergestellt werden.

Zusammengebrochen ist das Rettungskonzept im Mai, als feststand, daß Brasilien die vorgegebenen Fri*sten nicht einhalten konnte. Als illusorisch* erwiesen sich damit die ökonomischen Zielgrößen. Daraufhin stoppten der IWF und die Privatbanken die Kredite. Seitdem ist Brasilien mit weiteren rund zwei Milliarden Dollar an Zins- und Tilgungszahlungen in Rückstand geraten.

Für den Fonds bleibt es dabei, daß Brasilia bis Ende 1984 die Inflationsrate von 143 auf 55 Prozent drücken und das öffentliche Defizit auf ein Viertel reduzieren muß.

SCHWEIZ / Volksinitiative zur 40-Stunden-Woche

Neue Gewerkschaftsstrategie

IRENE ZÜCKER, **Genf**

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) betreibt eine eidgenössische Volksinitiative, um die Arbeitszeit schrittweise auf 40 Stunden pro Woche herunterzudrücken – bei vollem Lohnausgleich.

Im Oktober wird mit dem Sammeln der erforderlichen 100 000 Unterschriften von Stimmbürgern begonnen, die innerhalb von zwölf Monaten zusammengetragen werden müssen, damit die Initiative den Wählern zur Abstimmung vorgelegt wird.

Während im grafischen Gewerbe nach dem Gesamtarbeitsvertrag bereits 40 Stunden und in der Chemie noch 42 Stunden gearbeitet wird, liegt gemäß Arbeitsgesetz die maxi*male Arbeitszeit für Büro- und tech*nische Angestellte bei 45 Stunden, für Gewerbe, Verkaufspersonal im Baugewerbe und Gesundheitswesen bei 50 Stunden und im Gastgewerbe gar bei 60 Stunden.

In der Schweiz wird damit länger gearbeitet als in den meisten Indu*strienationen. Die Schweiz gehört* aber auch zu den Staaten mit der höchsten Produktivität: pro Arbeitsstunde schafft ein Schweizer Arbeitnehmer einen Wert von 18,67 Mark, in der Bundesrepublik sind es 18,50 Mark und in Japan 11,68 Mark.

Die längere Arbeitszeit wirkt sich vor allem positiv auf die Lohnstückkosten aus, weil bei längerer Arbeitszeit die Personalzusatzkosten (Sozialabgaben) verhältnismäßig weniger ins Gewicht fallen (Schweiz 32 Prozent der Lohnsumme, Bundesrepublik 43,5 Prozent).

Ein weiterer Grund für die Volksinitiative ist die Niederlage des SGB Mitte Juli: erstmals in der Verbandsgeschichte wurde beim Aushandeln des neuen Gesamtarbeitsvertrages für die schweizerische Maschinen*und Metallindustrie die Arbeitszeit*verkürzung auf 40 Stunden bis 1988 mit einem Lohnabbau von 2,4 Prozent verknüpft. Daher verfolgen die Gewerkschaften eine neue Strategie, um durch Gesetzesänderung das zu erreichen, was ihnen von den Arbeitgeberorganisationen nicht freiwillig *zugestanden* wird.



Ein deutscher Name in der Welt von Öl und Gas.

wintershall

Wintershall AG, Kassel.
Ein Unternehmen der BASF-Gruppe.

BfG / Mehr Privatkundengeschäft in Luxemburg – Zinsmarge zurückgegangen

Betriebsergebnis deutlich verbessert

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die BfG Luxembourg SA, mit umgerechnet rund 9,5 Mrd. DM Bilanzsumme und acht Mrd. DM Kreditvolumen die fünftgrößte unter den 30 deutschen Eurobanken am Platz, will ihr Privatkundengeschäft in den Bereichen Wertpapiere, Edelmetallhandel und Termingeldeinlagen weiter ausbauen. Die verstärkten Aktivitäten in diesen Sparten, früher von den Luxemburger Eurobanken verschmäht, sind eine Reaktion auf die wachsende Risikoträchtigkeit des internationalen Kreditgeschäfts.

Mit dem Ausbau einer für schweizerische Bankiers typischen Servicepalette versucht die BfG ebenso wie andere Banken, die geschäftliche Basis in Luxemburg zu verbreitern. In dieses Geschäft wird auch die Banque de L'Union des Coopérateurs Luxemborgeois mit ihren acht Zweigstellen eingeschaltet, die inzwischen mehrheitlich der BfG Luxembourg gehört.

Wegen der Stockung des Euro-Neugeschäfts erwartet die BfG in ihrem zehnten Geschäftsjahr lediglich eine geringe Geschäftsexpansion, aber eine Erhöhung der Netto-Zins- und Handelserträge um rund 15 Prozent. Das Ergebnis soll wieder für die Risikovorsorge verwendet werden, die sich jetzt auf knapp 200 Mill. DM kumuliert.

Bei einer Präsentation der Luxemburger Tochter kommentierte Thomas Wegscheider, Vorstandssprecher der BfG Frankfurt, auch die jüngste Entwicklung der Mutterbank. Sie hat im ersten Halbjahr mit 238 Mill. DM 80,3 Prozent mehr als das halbe 1982er Teilbetriebsergebnis (Zins- und Provisionsüberschuß abzüglich Personal- und Sachaufwand) erwirtschaftet. Das zweite Halbjahr wird jedoch nach Wegscheiders Einschätzung wegen eines Rückgangs der Zinsmarge (jetzt 2,4 Prozent nach 2,5 Prozent im Frühjahr) ertragsmäßig schwieriger. Für das Gesamtjahr erwartet Wegscheider ein um 10 bis 15 Prozent höheres Betriebsergebnis einschließlich Handelserträgen bei einer verbesserten Ertragsstruktur (von Handelsgewinnen zu Erträgen aus laufendem Geschäft). Die gestiegenen Länderrisiken und die noch hochschlagende Pleitewelle zwingt dazu, einen großen Teil des Ergebnisses wieder zur Risikoabdeckung zu verwenden.

Zum Betriebsergebnis im ersten Halbjahr hat der Zinsüberschuß 553 Mill. DM (plus 30 Prozent) und der Provisionsüberschuß 79 Mill. DM (plus 5,3 Prozent) beigetragen, während der Verwaltungsaufwand nur um 6,3 auf 394 Mill. DM wuchs. Im Kreditgeschäft mit der Firmen- und Privatkundschaft spürt die BfG immer noch keine Belebung. Zuwächse gab es nur bei Baufinanzierungen und Projektkrediten, bei denen es sich überwiegend um Umschuldungen handelt. Als erfreulichen Schritt zur Verbesserung der Passivstruktur wertet Wegscheider die Zunahme sämtlicher Sparmittel um 12,3 Prozent auf 8,4 Mrd. DM.

Anzeige

Abonnieren Sie Mut zur Meinung

Die WELT spricht Klartext. In ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren kommen Autoren zu Wort, die etwas zu sagen haben. Das macht die WELT so wertvoll für kritische, aktive, geistig unabhängige Leserinnen und Leser. – Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie fit für alle Diskussionen des Tages.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: ____
Straße/Nr.: ____
PLZ/Ort: ____
Beruf: ____
Telefon: ____ Datum: ____
Unterschrift: ____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: ____

01-538

Riedel-de Haen zuversichtlich

dos. Seelze

Eine günstige Entwicklung verzeichnet die Riedel-de Haen AG, Seelze, im bisherigen Verlauf des Jahres 1983. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, gilt dies auch für die Ertragsseite. Das Ergebnis liege im ersten Halbjahr über dem des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Wesentliche Ursache dafür sei die verbesserte Auslastung der Produktionskapazitäten und die damit verbundene Kostendegression. Hinzu kamen teilweise verminderte Rohstoffpreise, niedrigere Zinsaufwendungen und geringere Sonderabschreibungen. Der Vorstand des Unternehmens, das über die Cassella AG zum Hoechst-Konzern gehört, rechnet auch im weiteren Verlauf des Jahres 1983 mit einer positiven Entwicklung.

In den ersten sechs Monaten stieg der Umsatz um 3,2 Prozent auf 130 (126) Mill. DM. Der Zuwachs sei ausschließlich durch höhere Absatzmengen erzielt worden. Während im Inland lediglich ein Plus von 0,8 Prozent realisiert wurde, nahm der Auslandsumsatz um 5,3 Prozent auf 72,8 (69,1) Mill. DM zu. Das entspricht einer Exportquote von 56 (55) Prozent. Riedel-de Haen investierte im Berichtszeitraum knapp 8 Mill. DM, der Schwerpunkt lag beim Ausbau der anorganischen Produktionskapazitäten. Ende Juni wurden fast 1300 Mitarbeiter beschäftigt, 3,4 Prozent weniger als vor Jahresfrist.

Rübenerträge werden sinken

dos. Uelzen

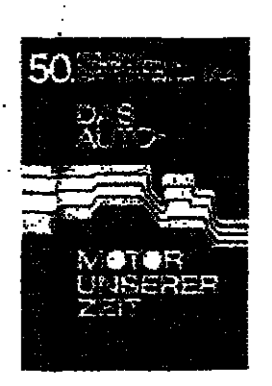
Die Zuckerfabrik Uelzen AG rechnet für das Anbaujahr 1983 mit deutlich geringeren Rübenerträgen als in den beiden vorangegangenen Jahren. Nach Angaben des Vorstands kann aber davon ausgegangen werden, daß die Fabrikhöchstquote wieder erreicht wird. Insgesamt wurden 1983 Verträge über 9,59 Mill. Dezitonnen (dt) Rüben abgeschlossen. Die gemeldete Anbaufläche verringerte sich auf 23 748 (24 858) Hektar zurück.

Der Ertrag je Hektar verbesserte sich bei der zufriedenstellenden Ernte 1982 auf 465 (444) dt bei einem Zuckergehalt von 16,31 Prozent. Die Zuckererzeugung nahm auf 1,6 (1,58) Mill. dt zu. Dagegen mußte beim Absatz ein Rückgang um 5,3 Prozent auf 1,57 (1,66) Mill. dt hingenommen werden. Der Vorstand begründet diese Entwicklung mit geringeren Lieferungen vor allem an die Schokoladen- und Dauerbackwarenindustrie.

Der Umsatz sank um 6,7 Prozent auf 237 (254) Mill. DM. Aus dem Bilanzgewinn von 2,07 (1,48) Mill. DM erhalten die Aktionäre eine unveränderte Dividende von 12 Prozent und einen Bonus von 2 Prozent. Die Gesellschaft hat die im Vorjahr mit 1,6 Mill. DM bewerteten eigenen Aktien an Rübenbauer abgegeben und eine entsprechende Rücklage aufgelöst. Die Zuckerfabrik investierte im Berichtsjahr bei Abschreibungen von 23,3 (19,7) Mill. DM mit 38,6 (28,3) Mill. DM deutlich mehr als im Vorjahr.

WELT-Korrespondenten berichten von der 50. Internationalen Automobil-Ausstellung

Bis auf den letzten Quadratmeter ausgebucht ist das Frankfurter Messegelände, wenn heute die 50. *Internationale Automobil-Ausstellung* (IAA) ihre Tore öffnet. Unter dem Motto „Das Auto – Motor unserer Zeit" bietet die Jubiläumsschau auf gut 210 000 Quadratmetern die neuesten Automobile aus aller Welt.



Mit 803 Ausstellern stellt die Bundesrepublik traditionell das größte Kontingent der Anbieter. Weitere 711 Aussteller stammen aus 34 Ländern rund um den Globus, wobei die Italiener mit 143 Ausstellern die stärkste ausländische Anbietergruppe sind, gefolgt von 88 Franzosen und 70 Briten. Japan kommt mit 28 Ausstellern und rangiert damit noch hinter den USA (58), den Niederlanden (47), Spanien (42), Dänemark (31) und Belgien (30). (adh.)

Daimler-Benz wächst stetig

Die „primär nicht auf Marktanteile, sondern auf stetiges Wachstum" ausgerichtete Geschäftspolitik der Daimler-Benz AG wird auch in diesem Jahr Früchte tragen. Das mit 38,9 Mrd. DM (1982) umsatzstärkste Autounternehmen Europas rechnet mit deutlichem Plus bei Produktion und Umsatz: Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Gerhard Prinz anläßlich der IAA in Frankfurt wird damit gerechnet, daß die Personenwagenproduktion auf mehr als 470 000 Einheiten (458 000) steigt und der Umsatz im Pkw-Bereich um rund *10 Prozent zulegt.*

Gestützt wird diese Erwartung von der Entwicklung in den ersten acht Monaten dieses Jahres, in denen im Inland gut 6 Prozent mehr Mercedes neu zugelassen wurden als in der entsprechenden Vorjahreszeit; auch im Export legte Mercedes 3 Prozent zu.

Als Bestätigung der Mercedes-Überzeugung, mit dem 190er eine „neue, bisher in diesem Marktsegment nicht angebotene Fahrzeugqualität eingeführt" zu haben, wertet Prinz die in den ersten acht Monaten im Inland neu zugelassenen rund 50 000 Wagen dieser Modellreihe, die zur IAA um einen Diesel ergänzt wird. Mehr als die Hälfte der Erwerber eines 190er seien neue Kunden, betonte Prinz. Die Fertigung des Modells gehe freilich zu Lasten der Mercedes-Mittelklasse (200 D bis 280 E), wo die Aufträge eine deutlich höhere Produktion zugelassen hätten. Diese wird jedoch erst 1984 mit dem neuen Pkw-Werk in Bremen anlaufen.

Auch mit der Entwicklung bei den Nutzfahrzeugen zeigte sich Prinz entgegen dem allgemeinen Branchentrend nicht unzufrieden. Zwar sei international auch für Mercedes der Kampf um die Märkte härter geworden und habe sich bei schrumpfenden Märkten im Nahen und Mittleren *Osten auf Europa konzentriert.* Davon würden auch die Erlöse betroffen. Jedoch sei die Position von Mercedes nach wie vor als stabil zu betrachten. „Entgegen dem allgemeinen Branchenbild können wir auch 1983 Beschäftigungskontinuität gewährleisten", betonte Prinz.

Kritisch nahm Prinz zum Thema der gesetzlichen Einführung der Katalysatorentechnik zum 1. Januar 1986 Stellung. Er erinnerte an die daraus möglicherweise resultierenden handelspolitischen Gefahren und plädierte für ein schrittweises Vorgehen statt einer Stichtagslösung und für die Schaffung gezielter steuerlicher Präferenzen. Diese sollten nach Ansicht von Prinz auch den Diesel einbeziehen.

INGE ADHAM

Skoda lockt mit den Preisen

Über Schönheit läßt sich trefflich streiten, über Technik schon weniger, über den Preis gar nicht. Mit neuem Gesicht, technischen Detailverbesserungen, verbesserter Ausstattung präsentieren sich zur IAA die neuen Modelle des tschechoslowakischen Autoherstellers Skoda. Werden glänzende Automobilsporterfolge keinen zusätzlichen Käufer locken, die Preise schon eher. Skoda, vertrieben über den Generalimporteur Semex Metall- und Maschinen GmbH, Furth im Wald, bietet die unbestritten preiswertesten Autos an: ein 1-Liter-Fahrzeug für 7190 DM, und das teuerste Modell, ein Coupé (2,2 Liter), bleibt noch knapp unter 10 000 DM.

Was die Skoda-Importeure bislang nicht „die vier Räder auf den Boden kommen" ließ, war die unzureichende Händler- und Serviceorganisation (200 Nicht-Exklusivhändler). Die Verkaufszahlen von 1330 (1982) über 2000 (1983) bis auf 6000 in den nächsten drei Jahren zu steigern, bedeutet nach den Worten von Verkaufsleiter Albert Dehn etwa 400 bis 450 Händler. Von der gesamten Skoda-Produktion, von 168 000 (178 000) bleiben 50 Prozent in der CSSR, 28 Prozent gehen in andere Ostblockländer, der Rest (40 000) bleibt im Westen. py.

„Nicht mehr Nachzügler"

Ein weiteres Mal hat die Austin Rover Group Ltd., die produktionsstärkste Tochter des britischen Autokonzerns BL (früher British Leyland) Ltd., eine Strategie für den europäischen Markt entwickelt und auf einer IAA vorgestellt. Chairman *Harold Musgrave will das krisengeschüttelte Unternehmen* stabilisieren. Die Produktion wurde nach seinen Worten dank Produktivitätsverbesserungen – 13 statt wie vor vier Jahren 6 Fahrzeuge je Mitarbeiter und Jahr – gesteigert. Sie soll von nun 400 000 auf über 600 000 bis Ende der achtziger Jahre anziehen. Musgrave: „Die Zeiten, in denen man uns unter die Nachzügler Europas einreihte, sind vorbei. Wir liegen Kopf an Kopf mit den Spitzenreitern."

Dies freilich muß sich jedoch noch zeigen; wenn auch mit dem Ende der Streikwellen die Kapazitäten in England zu mehr als 90 Prozent ausgelastet sind. Auch die Mitarbeiter bis zum Management hinauf zeigten ein Höchstmaß an Engagement, das bald auch auf das eingestandenermaßen schlechte Image von Leyland abfärben sollte.

Nach einer „begrenzten Erholung" der Absatzzahlen auf dem europäischen Kontinent (1982: 100 000 nach unter 80 000 im Jahr 1979) wird 1983 mit dem erst in der zweiten Jahreshälfte eingeführten Maestro (1,3 bis 1,6 Liter für 13 000 bis 17 500 DM) ein verstärktes Wachstum erwartet, das mit dem LM 11 in den kommenden beiden Jahren an Tempo gewinnen soll.

Bis Ende der achtziger Jahre sagt Musgrave einen Europa-Absatz von jährlich rund 200 000 Stück voraus und ein „massives Ansteigen" der Verkäufe in der Bundesrepublik. Dazu bedarf es jedoch eines Ausbaus des Händlernetzes, und daß es bei der Zusage bleibt, die Produktion für den britischen Markt zugunsten des Export zurückzustellen. Im letzten Jahr wurden in der Bundesrepublik 4156 Metro, Mini, Triumph und Rover abgesetzt, in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 2600.

HARALD POSNY

Gewinne mit Nutzfahrzeugen

Der schwedische Automobilkonzern Volvo hat seine Position auf dem europäischen, aber auch auf dem deutschen Markt im letzten Jahr verbessern können. Insgesamt wurden in der Bundesrepublik 660 Lastwagen ausgeliefert. Während der Gesamtmarkt ab 6 t Gesamtgewicht um knapp 20 Prozent zurückging, steigerte Volvo seinen Absatz um 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Marktanteil der schweren Klasse ab 16 t (dies ist mit 90 Prozent Volumen das Schwergewicht im deutschen Angebot) erhöhte sich von 2,3 auf 3,2 Prozent, im Sattelzugmaschinen-Segment sogar von 5,1 auf 6,6 Prozent.

Im laufenden Jahr wurden 300 Volvo Nutzfahrzeuge ausgeliefert, ein Indiz für eine deutlich anziehende Nachfrage nach einem noch schleppend verlaufenden 1. Halbjahr. Inzwischen ist auch das Händler- und Servicenetz ausgebaut worden, es umfaßt jetzt 70 Stützpunkte. Die deutsche Vertriebstochter, Volvo Deutschland GmbH, Dietzenbach, sieht sich aber auch hier noch nicht am Ende einer Entwicklung. Servicenetz, ausgefeilte Technik, vielfältige Modellpalette seien unbedingte Voraussetzung für ein Vorwärtskommen bei Nutzfahrzeugen auf einem Prestigemarkt wie der Bundesrepublik.

Als kleiner Anbieter habe es Volvo nicht leicht, den Blick seiner Kunden nicht in der ersten Linie auf den Anschaffungspreis, sondern auf das Gesamtangebot und Wirtschaftlichkeit des Einsatzes zu lenken.

Trotz harten Wettbewerbs auf vielen Märkten ist Volvo (Exportanteil 80 Prozent) eines der wenigen Unternehmen im Nutzfahrzeugbereich, das Gewinne ausweist. „Für 1983 streben wir eine Wiederholung des Vorjahres-Absatzes von mehr als 34 000 Einheiten an", sagt Anders Svedberg, Executive Vice President der Volvo Truck Corp. Im 1. Halbjahr 1983 wurden bereits 10 Prozent mehr Fahrzeuge abgesetzt als im Vorjahr. Das entsprach einem Marktanteil von 15 Prozent.

HARALD POSNY

NAMEN

Ernst Mahle, Mitgründer und Ehrenvorsitzender der Mahle-Firmengruppe, Stuttgart, ist im Alter von 87 Jahren gestorben.

Hans-Martin Andree, bis 1981 Chef der Intersport eG, Heilbronn, vollendete am 14. September das 65. Lebensjahr.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergisch Gladbach: Gerhard Hugo Höller, Wermelskirchen; **Berlin Charlottenburg:** G. Lehmann Video-Vertriebs GmbH; **Braunschweig:** Helene Weferling, Kauffrau geb. Ude, Kauffrau, Inh. d. Schuh-Weferling, Helene Weferling; **Hamm:** Polyma Maler- u. Industrieanstrich GmbH; **Hannover:** Radoje Stankovic, Forstarbeiter, Langenhagen 4; **Idar-Oberstein:** Pfeifer GmbH, Fischbach/Nahe; **Mayen:** Heinz-Werner Schilling, Zimmerei, Kerben; **München:** Hans-Peter Höchstetter GmbH, Großnöbach; PAN-music-electronic Vertriebs- u. Beratungs-GmbH, Haar; Roland Engineering GmbH; **Recklinghausen:** Landschaftsbau Kohtz GmbH, Herten; **Stolzenau:** Windheim Bau- u. Handelsges. mbH, Rehburg-Loccum 2; **Wilhelmshaven:** Nachl. d. Manfred Bahlau, In. e. Futter- u. Düngemittelhandlung; **Wuppertal:** medi-prax mp Höfinghoff & Co.; Irmgard Mosbacher geb. Peter, Gastwirtin.

Vergleich beantragt: Coesfeld: Schlingemann GmbH & Co. Internationale Spedition, Dülmen; Brummi Lkw-Service GmbH, Dülmen.

Neuer Seeterminal für Flüssiggas

Bm. Essen

Nach zweijähriger Bauzeit wurde gestern in Brunsbüttel der erste Flüssiggas-Seeterminal an der deutschen Küste in Betrieb genommen. In dem neuen Tiefkaltlager mit einem Behältervolumen von 12 000 Kubikmeter wird Flüssiggas bei minus 42 Grad drucklos gelagert. Jährlich können in Brunsbüttel bis 200 000 Tonnen Flüssiggas umgesetzt werden.

Vom Terminal Brunsbüttel aus können Bahnkesselwagen, Straßentankwagen und auch Binnenschiffe beladen werden, die das Gas zu den Abfüllstationen im ganzen Bundesgebiet bringen. Der Terminal wurde erforderlich, weil mit der Stillegung von Raffinerien die benötigten Mengen nicht mehr im Inland erzeugt werden können. 1980 wurden erst 25 Prozent der Flüssiggasmengen importiert, 1990 werden es nach Auskunft von Jan Willem Fabius, Beiratsvorsitzender der CGT – Gas Terminal GmbH, bereits 60 Prozent sein.

Das umweltfreundliche Flüssiggas wird im Bundesgebiet in über zwei Millionen Haushalten zum Heizen, Warmwasserbereiten, Kochen usw. eingesetzt. Abnehmer sind aber auch Industrie und Landwirtschaft.

Die rund 70 deutschen Flüssiggas-Versorger setzen im Jahr bereits eine Million Tonnen ab. Fachleute schätzen, daß der Weltverbrauch 1985 bei 100 Mill. Tonnen liegen wird.

Ende der Krise bei Werkzeugmaschinen?

hdt, Bielefeld

Zunehmende Anfragen und neue auf den Markt gebrachte Entwicklungen lassen die deutschen Werkzeugmaschinen-Hersteller wieder etwas optimistischer in die Zukunft schauen. Horst Göhren, Vorstandssprecher der Gildemeister AG, Bielefeld, ist daher überzeugt, daß sich für 1984 das Ende der bereits knapp zwei Jahre andauernden weltweiten Krise im Werkzeugmachinenbau mit ihrem unerträglichen Preisverfall abzeichnet.

Von seiten der IG Metall geäußerte Vorwürfe, Gildemeister und andere deutsche Hersteller hätten den technologischen Anschluß an ausländische Wettbewerber verloren, wies Göhren entschieden zurück. Der Umsatz des von ihm geleiteten Unternehmens werde bereits zu 75 Prozent von computergesteuerten Automaten getragen, bei der Tochtergesellschaft Gildemeister Automation GmbH, Hannover, liege der Schwerpunkt bei der Prozeßautomation und der Software-Entwicklung.

Außerdem sei der Marktanteil japanischer Anbieter in der Bundesrepublik bei NC-Drehmaschinen und -Automaten (1980 noch 30 Prozent) im letzten Jahr auf 22 Prozent gesunken und damit allein von Gildemeister mit 24 Prozent übertroffen. Das Unternehmen werde daher seinen für 1983 geplanten Umsatz von 430 (428) Mill. DM erreichen, erwartet Göhren.

ERFRISCHUNGSGETRÄNKE / Sorge um die Preise im guten Sommer

Branche erwartet kein Rekordergebnis

tb. Berlin

Der Jahrhundertsommer wird der Erfrischungsgetränke-Industrie kein Jahrhundertergebnis bringen. Nach dem Absatzeinbruch im ersten Halbjahr (minus 8 Prozent) hofft die Branche jedoch, das gute Ergebnis des Vorjahres wieder zu erreichen. Das erklärte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Erfrischungsgetränke-Industrie e. V., Jürgen Albers, anläßlich der Jahrestagung der Organisation in Berlin.

Die allgemeine Nachfrageschwäche besteht nach Alber's Angaben unvermindert fort und hat sich mit dem Ende des warmen Wetters bereits spürbar in den Absatzzahlen niedergeschlagen. Über die künftige Entwicklung äußerte sich der Branchensprecher verhalten. Man rechnet mit einer weiteren Verschärfung des Wettbewerbs. Man befürchtet, daß *sich in absehbarer Zeit die geburtenschwachen* Jahrgänge auf die Nachfrage auswirken wird.

Im vergangenen Jahr kletterte der Verbrauch an Erfrischungsgetränken um etwa 4,5 Prozent auf 4,74 Mrd. Liter. Besser schnitten die Tafel- und Mineralwässer mit einem Plus von 12 Prozent auf 2,55 Mrd. Liter ab. Beim Pro-Kopf-Verbrauch liegen die Erfrischungsgetränke (dazu gehören Limonaden, Brausen, Kola-, Fruchtsaft- und Diätgetränke) mit 69,1 (68,6) Litern weiter an der Spitze vor den Mineralwässern mit 48,5 (43,4) Litern und den Fruchtsäften und -nektaren mit 22,8 (20,6) Litern.

Sorgen machen der Branche die Preise. Einerseits seien es Überkapazitäten (10 bis 15 Prozent), die auf die Preise drücken, andererseits die Großbetriebsformen des Handels, die auf Kosten der Abgabepreise für Erfrischungsgetränke ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit herausstellten. Die lachenden Dritten seien dabei, so Albers, die Verbraucher, für die die Preise seit mehr als zehn Jahren stabil geblieben seien.

Dem Verband gehören 701 Hersteller und 217 Vertriebsunternehmen mit rund 20 000 Beschäftigten an. Einschließlich der Mineralbrunnen gibt es etwa 1000 Produzenten mit 30 000 Mitarbeitern. Den Umsatz der Erfrischungsgetränke-Branche gab der Sprecher mit 4 Mrd. DM an. Knapp die Hälfte (48 Prozent) der Produkte wird über den Lebensmittelhandel abgesetzt. 20 Prozent entfallen auf Gaststätten, der Rest auf „Heimdienste", Kantinen, Anstalten und Kioske.

THYSSEN ist dabei...

„Halle 4, Stand 4001
50. Internationale Automobilausstellung
Frankfurt/Main
vom 15.–25. Sept. 1983

Thyssen-Erzeugnisse für den Automobilbau.
Die steigenden Ansprüche an Technik und Wirtschaftlichkeit beim Kraftfahrzeug stellen die Automobilindustrie ständig vor neue Forderungen.
THYSSEN trägt zur Lösung dieser Aufgaben mit einem speziellen Produkt- und Leistungsangebot bei.
Thyssen-Erzeugnisse finden Einsatz in allen Fertigungsstufen der Automobilherstellung.
Das Angebot für die Automobil- und Zulieferindustrie reicht von Transferstraßen über Komponenten bis zu korrosionsgeschützten hochfesten Feinblechen.





THYSSEN auf der IAA '83. THYSSEN STAHL AG · THYSSEN EDELSTAHLWERKE AG, SINTERSTAHL GMBH · THYSSEN INDUSTRIE AG mit THYSSEN GIESSEREI AG, Bergische Stahl-Industrie, Concordiahütte, Druckgußwerk Fritz Völkel, Feingußwerk Carp + Hones Moers, THYSSEN UMFORMTECHNIK Werk Brackwede, THYSSEN UMFORMTECHNIK Entsorgungstechnik, THYSSEN UMFORMTECHNIK Werk Antwerpen N.V. Henschel Engineering S.A., THYSSEN UMFORMTECHNIK Werk Dinslaken Thyssen Bausysteme GmbH, THYSSEN UMFORMTECHNIK Werk Hausach, THYSSEN UMFORMTECHNIK Werk Langschede, THYSSEN UMFORMTECHNIK Werk Augsburg · THE BUDD COMPANY USA

Der Herr hat's gegeben.
Der Herr hat's genommen.
Der Name des Herrn sei gelobt.

Buch Hiob, Kpt. 1, Vers 21b

Wir trauern um

Dr. Paul Pleiger

* 26. 11. 1930
† 12. 9. 1983

Renate Pleiger geb. Geminn
Verena Pleiger
Paul Pleiger sen. und Familie

Bochum-Stiepel, den 12. September 1983
Galgenfeldstraße 48

Die Beisetzung erfolgt im engsten Familienkreis.

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 16. September 1983, 11.30 Uhr im Parkhaus in Bochum, Bergstraße 68.

Anstelle zugedachter Blumen- oder Kranzspenden bitten wir das Konto Nr. 385 600 200/01, Commerzbank Bochum, zugunsten der Internationalen Organisation der SOS-Kinderdörfer, zu bedenken.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Unser Präsidialmitglied

Dipl.-Ing. Dr. rer. nat.

Paul Pleiger

ist am 12. September 1983 im Alter von 52 Jahren an den Folgen eines Verkehrsunfalles verstorben. Wir trauern um einen herausragenden Repräsentanten des freien Unternehmertums. Herr Dr. Pleiger war als Präsident der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vielfältig verbunden. Die Erhaltung und Stärkung der Tarifautonomie zählte zu seinen besonderen Anliegen. Er hat sich dieser Aufgabe neben der Leitung seines Unternehmens mit allen Kräften gewidmet. Er war eine Persönlichkeit von hoher politischer Ausstrahlungskraft. Sein Bemühen um sozialen Ausgleich sicherte ihm allseits Respekt und Anerkennung. Herr Dr. Paul Pleiger war uns ein guter Freund. Er bleibt uns unvergessen. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

**BUNDESVEREINIGUNG
DER DEUTSCHEN ARBEITGEBERVERBÄNDE**

Otto Esser
Präsident

Dr. Ernst-Gerhard Erdmann
Hauptgeschäftsführer

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, anzuzeigen, daß unser Präsident, Herr

Dipl.-Ing. Dr. rer. nat.

Paul Pleiger

persönlich haftender geschäftsführender Gesellschafter der Maschinenfabrik Paul Pleiger

ausgezeichnet mit der Lebensrettungsmedaille und dem Bundesverdienstkreuz

am 12. September 1983 im Alter von 52 Jahren durch einen tragischen Verkehrsunfall aus dem Leben gerissen wurde.

15 Jahre lang hat sich Herr Dr. Pleiger neben der Leitung seines Unternehmens für die sozialpolitischen Belange der nordrhein-westfälischen Unternehmer eingesetzt. Dabei hat er sich die Achtung und Anerkennung aller erworben, die mit ihm zu tun hatten. Viele fühlten sich ihm freundschaftlich verbunden.

Das Vertrauen der Unternehmer führte ihn in höchste Funktionen deutscher Wirtschaftsorganisationen, so auch in das Präsidium der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. und des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V.

Die nordrhein-westfälischen Arbeitgeberverbände haben einen unermeßlichen Verlust erlitten. Sie trauern um Herrn Dr. Paul Pleiger, dem sie ein ehrendes Gedenken bewahren werden.

**Landesvereinigung
der Arbeitgeberverbände
Nordrhein-Westfalens e. V.**

Ernst-August Delius
Vizepräsident

**Verband
der Metallindustrie
Nordrhein-Westfalens e. V.**

Dr. Hans Werner Brockhaus
Vizepräsident

Dr. Hans Hellmut Krause
Hauptgeschäftsführer

Die Beisetzung erfolgt im engsten Familienkreis.
Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 16. September 1983, 11.30 Uhr, im Parkhaus in Bochum, Bergstraße 68.
Anstelle zugedachter Blumen- oder Kranzspenden wird um eine Spende auf das Konto 385 600 200/01, Commerzbank Bochum, zugunsten der Internationalen Organisation der SOS-Kinderdörfer gebeten.

In tiefer Trauer geben wir bekannt, daß der Vizepräsident des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V.,

Dr. Paul Pleiger

Inhaber der Maschinenfabrik Paul Pleiger, Witten-Herbede

Träger des Verdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

am Abend des 12. September 1983 tödlich verunglückt ist.

Paul Pleiger hat sich in schwerer Zeit den harten Anforderungen gestellt, die durch die verantwortliche Führung der Tarifpolitik für die Metallindustrie in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus in der ganzen Bundesrepublik erwachsen. In seinem ganzen Handeln bewies er durch sein unbeirrbares Vertreten zwingender wirtschaftlicher Zusammenhänge hohe Glaubwürdigkeit. Er zeichnete sich durch Fairneß aus und hat viele Freunde unter den Menschen gefunden, die mit ihm zusammengearbeitet haben.

Auch die Gewerkschaften versagten ihm die persönliche Anerkennung nicht.

Die Metallindustrie hatte für ihre künftige Entwicklung und Vertretung große Hoffnungen auf den Verstorbenen gesetzt. Sein Tod reißt eine große Lücke in unsere Reihen.

Ein Unternehmer von außergewöhnlichem Format ist von uns gegangen. Sein Andenken verpflichtet uns, das gemeinsame Werk in seinem Sinne fortzusetzen.

An seinem Grabe verneigen wir uns in tiefer Dankbarkeit.

**GESAMTVERBAND
DER
METALLINDUSTRIELLEN ARBEITGEBERVERBÄNDE E. V.**

Dr. Wolfram Thiele **Dr. Dieter Kirchner**

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 16. September 1983, um 11.30 Uhr im Parkhaus in 4630 Bochum, Bergstraße 68, statt.

Im Sinne des Verstorbenen wird anstelle von zugedachten Blumen- oder Kranzspenden um eine Spende auf das Konto Nr. 385 600 200/01 der Commerzbank, Bochum, zugunsten der Internationalen Organisation der SOS-Kinderdörfer gebeten.

Warenpreise – Termine

Unterschiedliche Tendenzen wiesen die Edelmetallnotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex auf. Während sich Gold in allen Kontrakten leicht verbessern konnte, schwächte sich Silber durchweg ab. Einbußen auf breiter Front mußte Kupfer hinnehmen. In allen Sichten fester schlossen Kakao und Kaffee.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	13. 9.	12. 9.
Sept.	389,00	390,50
Dez.	390,00	400,50
März	407,00	417,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	13. 9.	12. 9.
St. Lawrence 1 CW	241,19	242,14
Amber Durum	264,39	262,04

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	164,29	163,00
Dez.	167,00	165,00
März	170,30	169,80

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	120,80	119,70
Dez.	118,50	118,50
März	120,50	118,40

Hafer Chicago (c/bush)	13. 9.	12. 9.
Sept.	180,00	180,00
Dez.	190,50	190,25
März	202,00	201,50

Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	354,50	362,00
Dez.	359,50	365,00
März	367,00	373,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	13. 9.	12. 9.
Okt.	131,00	128,50
Dez.	131,00	129,80
März	134,30	133,20

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	13. 9.	12. 9.
Terminkontr. Sept.	133,25	132,80
Dez.	131,50	130,60
März	129,15	128,40

Kakao New York ($/t)	13. 9.	12. 9.
Sept.	1885	1850
Dez.	1922	1872
Terminkontr. März	1955	1908
Umsatz	3483	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	10,15	10,21
Jan.	10,75	10,88
März	11,33	11,55
Mai	11,68	11,90
Juli	11,90	12,14
Umsatz	12 896	11 351

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	12. 9.	12. 9.
	8,82	9,75

Kaffee London (£/t) Robusta-	12. 9.	12. 9.
Kontrakt Sept.	1722–1723	1715–1717
Nov.	1703–1705	1698–1699
Jan.	1691–1693	1687–1688
Umsatz	1904	1080

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1325–1334	1325–1330
Dez.	1374–1375	1384–1385
März	1392–1394	1401–1402
Umsatz	5640	4907

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt.	169,75–170,00	171,25
Dez.	180,50–180,75	180,75–181,25
März	–	191,50
Mai	193,80	196,25–196,50
Aug.	–	–
Umsatz	3589	2231

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	13. 9.	12. 9.
schw. Sarawak spez.	285,00	285,00
weißer Sarawak	340,00	340,00
weißer Muntok	342,50	342,50

Orangensaft New York (c/lb)	13. 9.	12. 9.
Sept.	124,05	123,75
Nov.	118,85	119,30
Jan.	113,25	113,50
März	113,10	113,00
Mai	112,80	113,00
Umsatz	225	200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	13. 9.	12. 9.
Südstaaten fob Werk	49,00	49,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	34,00	34,00

Sojaöl Chicago (c/lb)		
Sept.	38,30	35,50
Okt.	36,10	35,50
Dez.	36,20	35,80
Jan.	36,15	35,75
März	36,00	35,65
Mai	35,20	34,75
Juli	34,30	34,20

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	37,00	37,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	25,00	25,00
Choice white hog 4% fr. F.	18,25	18,25

Talg New York (c/lb)		
top white	17,50	17,50
fancy	17,00	17,00
bleichfähig	16,75	16,75
yellow max. 10% fr. F.	14,25	14,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	42,80	43,50
Dez.	42,45	43,80
Febr.	46,47	47,30

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	62,80	64,90
März	63,10	64,65
Mai	64,90	66,45

Häute Chicago (c/lb)	13. 9.	12. 9.
Ochsen einh. schwere River Northern	54,00	56,00
Kühe einh. schwere River Northern	51,00	51,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Sept.	906,00	930,00
Nov.	910,00	938,00
Jan.	927,00	953,00
März	937,00	964,00
Mai	941,00	965,00
Juli	937,00	963,00
Aug.	890,00	928,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Sept.	234,50	245,00
Okt.	235,70	245,50
Dez.	238,80	249,00
Jan.	240,00	250,00
März	240,50	250,00
Mai	241,00	251,00
Juli	242,00	252,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	13. 9.	12. 9.
Okt.	422,50	415,50
Dez.	432,50	425,00
März	441,50	434,00

Kokosöl New York (c/lb)	13. 9.	12. 9.
Westküste fob Werk	44,50	44,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	14. 9.	13. 9.
jegl. Herk. cif	1045,00	1045,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	690,00	690,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	640,00	645,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	211,00	210,00

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	982,50	995,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	348,50	355,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	13. 9.	12. 9.
Okt.	77,75	79,80
Dez.	78,88	80,85
März	80,70	81,95
Mai	81,10	82,70
Juli	81,60	83,20
Okt.	77,15	77,80

Kautschuk New York (c/lb), Händlerpreis		
loco RSS-1	60,00	60,00

Wolle Lond. (Neuss. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	13. 9.	12. 9.
Okt.	427–429	423–429
Dez.	427–429	423–429
Jan.	429–432	424–429
Umsatz	steiger	110

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	13. 9.	12. 9.
Okt.	46,10	45,30
Dez.	46,00	46,00
März	46,30	46,30
Mai	46,60	46,60
Umsatz	4500	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	13. 9.	12. 9.
Okt.	563,0–565,0	563,0–564,0
Dez.	573,0–576,0	573,0–576,0
März	592,0–593,5	592,0–594,0
Umsatz	27	4

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	13. 9.	12. 9.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg)	13. 9.	12. 9.
AAA, ab Lager Sept.	13 783	13 780
Okt.	13 797	13 773

Kautschuk London (p/kg)	13. 9.	12. 9.
Nr. 1 RSS loco	75,00–76,00	74,00–76,00
Okt.	74,00–74,80	74,50–75,20
Nov.	74,30–75,00	75,00–75,20
Okt./Dez.	74,00–74,40	74,80–75,10
Tendenz: –		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	13. 9.	12. 9.
Nr. 1 RSS loco	251,50–252,50	251,00–252,00
Okt.	254,75–255,75	255,25–256,00
Nov.	258,50–259,50	258,00–250,00
Nr. 2 RSS Okt.	250,00–251,00	250,50–251,50
Nr. 3 RSS Okt.	246,50–247,50	247,00–248,00
Nr. 4 RSS Okt.	240,00–241,00	240,50–241,50
Tendenz: etwas stetig		

Jute London (£/lgt)	13. 9.	12. 9.
BWC	435,00	435,00
BWD	381,00	381,00
BTC	440,50	440,00
BTD	385,00	386,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg, 1 Fl. – 76 WD – (–), BTC – (–), BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	14. 9.	13. 9.
Blei: Basis London laufend. Monat	106,67–107,07	108,02–108,12
drittfolg. Monat	110,86–110,98	112,02–112,22
Zink: Basis London laufend. Monat	220,55–220,95	227,85–228,05
drittfolg. Monat	226,77–226,97	234,27–234,47
Produz.-Preis	225,48	235,93
Reinzinn 99,9%	3722–3759	3717–3754

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	14. 9.	13. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	430,07–432,48	431,26–433,66
Blei in Kabeln	114,50–115,50	115,75–116,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorzeitbarren	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	14. 9.	13. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	358–393	353–393
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	420–428	420–423
MS 63	427–431	427–432

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	13. 9.	12. 9.
	29,90	29,95

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	14. 9.	13. 9.
Leg. 225	458–473	458–473
Leg. 226	460–475	460–475
Leg. 231	490–505	490–505
Leg. 233	500–515	500–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	14. 9.	13. 9.
Platin (DM je g)	39,45	39,35
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	35 450	35 450
Rücknahmepr.	34 700	34 700
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	35 460	35 340
Rücknahmepr.	34 400	34 280
verarbeitet	37 220	37 090
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 130	35 095
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	1030,00	1036,70
Rücknahmepr.	994,00	1000,40
verarbeitet	1075,60	1082,70

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	14. 9.	13. 9.
10.30	406,15	406,75
15.00	401,75	406,75
Zürich mittags	406,25–406,755	405,30–405,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	106 050	106 000
Silber (p/Feinunze) London Kasse	787,20	792,40
3 Monate	805,40	810,15
6 Monate	824,90	829,85
12 Monate	864,90	870,35

Platin (£-Feinunze) London	13. 9.	12. 9.
fr. Markt	286,90	292,65
Palladium (£-Feinunze) London	–	–
f. Händlerpr.	101,95	103,45

New Yorker Preise	13. 9.	12. 9.
Gold H & H Ankauf	426,75	415,75
Silber H & H Ankauf	1169,00	1219,00
Platin fr. Händlerpr.	432,00–440,00	432,00–440,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	151,00–153,00	155,50–157,50
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze) Sept.	1177,00	1190,00
Okt.	1188,00	1187,00
Dez.	1201,00	1206,00
Jan.	1212,50	1219,50
März	1233,00	1239,00
Mai	1256,00	1263,70
Juli	1278,00	1285,70
Umsatz	35 000	40 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	13. 9.	12. 9.
Sept.	71,60	72,10
Okt.	72,00	72,60
Dez.	73,35	73,90
Jan.	74,10	74,75
März	75,50	76,20
Mai	76,50	77,65
Juli	78,25	79,00
Umsatz	8500	5000

Londoner Metallbörse

	14. 9.	13. 9.
Aluminium (£/t) Kasse	1075,0–1075,0	1097,5–1098,5
3 Monate	1104,0–1105,0	1116,5–1117,0
Blei (£/t) Kasse	266,50–267,00	266,00–266,50
3 Monate	276,50–276,75	275,00–276,50
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1060,0–1060,5	1063,5–1064,0
3 Monate	1088,5–1089,0	1092,5–1094,0
abends Kasse	–	1057,5–1058,5
3 Monate	–	1087,0–1087,5
(Kupfer-Standard) Kasse	[illegible]–1025,00	1025,0–1027,0
3 Monate	1055,5–1056,5	1055,0–1056,0
Zink (£/t) Kasse	555,00–551,00	554,50–555,50
3 Monate	565,50–566,00	571,00–572,00
Zinn (£/t) Kasse	550,00–551,50	8420–8430
3 Monate	565,50–566,50	8550–8552
Quecksilber ($/Fl.)	–	285–290
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	78–82

Erschüttert und voller Trauer müssen wir Abschied nehmen von unserem allseits verehrten Chef und Freund

Dr. Paul Pleiger

Er war uns in jeder Beziehung ein Vorbild; ein Vorbild in seiner Güte, Fürsorge und in seinem Einsatz für das Wohl des Unternehmens.

Wir müssen nun ohne ihn sein Werk fortsetzen und in seinem Sinne weiterwirken.

Witten, den 13. September 1983

Belegschaft der
Paul Pleiger Maschinenfabrik
Paul Pleiger Handelsgesellschaft mbH
Paul Pleiger Wohnungsbau GmbH
New World Trade + Engineering mbH

Mit tiefer Erschütterung geben wir den plötzlichen Tod unseres Verwaltungsratsmitgliedes

Dr. Paul Pleiger

bekannt. Der Verstorbene gehörte unserem Verwaltungsrat seit 1979 an. Unser tiefempfundener Dank gilt ihm für die Jahre, in denen er uns mit seinen profunden technischen Kenntnissen, seinem reichen Erfahrungsschatz und seinem ausgewogenen Urteil als Ratgeber zur Verfügung stand. Wir haben einen Freund verloren.

Gesellschafter, Verwaltungsrat,
Geschäftsleitung, Betriebsrat und Mitarbeiter
Paul Ferdinand Peddinghaus, Gevelsberg

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47–43 80, –39 42 oder –42 30
Berlin
(0 30) 25 91–29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01–5 18 und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

U.S.A.
EINWANDERUNGSVISA
Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von US-Bürgern
Informationen: VIC GmbH
Widenmayerstr. 18/I, 8000 München 22
Tel. (089) 229135, Telex 5216534 indad

Wir trauern um

Dr. rer. nat. Paul Pleiger

Er war seit vielen Jahren Mitglied des Beirates und Aufsichtsrates unserer Unternehmen und des Vorstandes der Hans-Bilstein-Stiftung.

Als echter Freund hat er uns immer zur Seite gestanden und uns trotz seiner vielschichtigen Belastungen die starke Kraft seiner Unternehmerpersönlichkeit, sein Herz und seinen Verstand in übergroßem Maße gegeben.

Paul Pleiger wird uns unvergessen bleiben.

August Bilstein GmbH + Co. KG
Hans Bilstein GmbH
Hans Bilstein Ges.m.b.H., Wien
Bilstein Corporation of America, San Diego

Heute entschlief nach langer, schwerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit meine geliebte Frau, unsere über alles geliebte Mutter

Christiane Charlotte Ingeborg
Gräfin Eckbrecht von Dürckheim-Montmartin

geb. Gräfin Eckbrechtin von Dürckheim-Montmartin

* 29. Januar 1939 † 8. September 1983

In Liebe und Dankbarkeit
Gunter Graf Eckbrecht von Dürckheim-Montmartin
Ines Mechthild und Inga Gerhild

In tiefer Trauer im Namen der Gesamtfamilie
Karlfried Graf Eckbrecht von Dürckheim-Montmartin
7867 Todtmoos-Rütte/Schwld.

5190 Stolberg, Zweifaller Straße 248

Die Trauerfeier findet am 15. September 1983, um 13 Uhr in der Schloßkapelle zu Rurich statt.

Alteingesessenes Einzelhandelsgeschäft
mit Versandabteilung auf Teilzahlungsbasis günstig abzugeben. Umsatz ca. 3 Mill. Mietvertrag kann übernommen werden. Raum Süddeutschland.

Angeb. unt. X 9495 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

betrifft: bauherren, bauträger, architekten und unternehmer
bau-ing. grad., selbständig, 44 jahre, verh., übernimmt kurzfristig aufgaben eines bau- oder projektleiters schlüsselfertiger projekte aus dem wohnungs-, industrie- u. allgem. ingenieurbau sowie der altbausanierung. kürzestmögl. bauzeiten u. erfolgr. kostenminimierung werden zugesichert. zehnjährige berufserfahrung im schlüsselfertigbau sind nachweisbar. fundierte kenntnisse in akquisition, kalkulation u. abrechnung sind selbstverständlich u. durch zeugnisse belegt. bevorzugter arbeitsraum: E, D, W, K, BN, AC, DU.
sollten sie an einer kontaktaufnahme interessiert sein, schreiben sie bitte unter W 9001 an WELT-Verlag, postfach 10 08 64, 4300 essen, oder rufen sie an: 02 11 / 57 97 73.

Die CDU Hamburg trauert um ihr Mitglied

Alfred Hanert

Der Verstorbene gestaltete als Mitglied des Landesvorstandes und stellvertretender Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung über Jahrzehnte die Politik der Hamburger CDU an verantwortlicher Stelle.

Sein Tod reißt eine nicht ersetzbare Lücke.

Mit Alfred Hanert hat die CDU zugleich einen Freund verloren. Wir werden in seinem Sinne weiterarbeiten.

Jürgen Echternach, MdB
Landesvorsitzender der CDU Hamburg

Ich habe dich je und je geliebt; darum habe ich dich zu mir gezogen aus lauter Güte.
Jer. 31,3

Das Leben meines lieben Mannes

Günter Wich

* 12. Juli 1903 † 8. September 1983

ist nach einer schweren Krankheit ruhig zu Ende gegangen.

In Liebe und Dankbarkeit
zugleich im Namen aller Angehörigen
Heidrun Wich geb. Thilenius

2000 Hamburg 76
Heinrich-Hertz-Straße 25

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, dem 21. September 1983, um 14 Uhr von der Kapelle 7 des Ohlsdorfer Hauptfriedhofes, Fuhlsbüttler Straße.

Bitte keine Besuche.

Es wäre im Sinne des Verstorbenen, anstelle zugedachter Blumenspenden den Deutschen Psoriasis Bund e. V., Postscheck Hamburg 20 18–209, Dresdner Bank, Konto 621 131 800, zu bedenken.

KRISE? WAS IST DAS?

Unser Markt ist der expansivste der Welt, unser Produkt ist im Preis-Leistungs-Verhältnis an der Spitze, und unsere Konzeption ist erfolgsprogrammiert.

Zum weiteren Ausbau unserer Vertriebsorganisation suchen wir Verkäuferpersönlichkeiten, die freiberuflich als unsere Gebietspartner

DM 20 000,– und mehr

monatlich verdienen wollen und die wissen, daß man für dieses Einkommen hart arbeiten muß.

Über die Voraussetzungen einer dauerhaften und erfolgreichen Zusammenarbeit sollten Sie sich umgehend informieren.



COMUKOS Computer- und Kommunikationssysteme GmbH
Friedrichstraße 36, 7320 Göppingen
Telefon 0 71 61 / 4 19 27

Wechselbäder bei den Aktien

Nach schwächerer Eröffnung kamen kurstreibende Kaufaufträge

DW. – Der Börsenbeginn stand am Aktienmarkt noch im Zeichen weiterer Verkäufe, an denen sich auch Investmentfonds beteiligt haben sollen, die für den Monatsultimo Vorsorge treffen müssen. Als der Materialfluß später nachließ und erkennbar wurde, daß auf der Basis der zurückgenommenen Notierungen kein Material mehr zur Verfügung stand, belebte sich die Kaufneigung. Kursanhebungen in sonst marktbreiten Standardaktien bis zu sechs DM waren die Folge. Abseits dieser Papiere blieb die Tendenz bei kleinen Umsätzen unsicher.

Von der anfangs unsicheren Tendenz wurde auch der Handel in BASF-Bezugsrechten in Mitleidenschaft gezogen, die mit 0,70 DM (0,76 DM) ihren bisher niedrigsten Stand erreichten. Sie folgten in der Abwärtsbewegung dem BASF-Aktienkurs, der um weitere 2 DM auf 146,50 DM sank, sich später aber um rund 1 DM erholte. Deshalb wurden BASF-Bezüge gegen Börsenschluß bis zu zwei Pfennige über ihrem amtlichen Kurs gesucht. Deutsche Bank-Aktien, Verlierer des Vortages, konnten sich im Verlaufe von 297 DM auf 302 DM verbessern. Preussag-Aktien buchten einen Tagesgewinn von 4 DM, nachdem sie ebenfalls während der Börsenzeit um 6 DM heraufgesetzt worden waren.

Düsseldorf: Hageda erhöhten um 2,50 DM auf 112,50 DM und Leffers um 5 DM auf 360 DM. Gildemeister stockten um 1,90 DM auf 57 DM auf. Audi NSU gaben um 4 DM und Gerresheimer Glas um 1,50 DM nach. Pongs u. Zahn verloren 4 DM auf 80,50 DM und Verseidag 2 DM auf 81 DM. Bei den Versicherungen verminderten Aachen Münchner Bet. um 9 DM auf 786 DM und Allianz Vers. um 6,50 DM auf 622,50 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte mußten vereinzelt Verluste bis zu 5 DM hinnehmen; im Verlauf ergaben sich Stabilisierungstendenzen. Im einzelnen blieben BASF-Bezüge 70 DM (0,76 DM) bei 300 000 Stück Umsatz, Pfälz. Hypobank 510 DM (minus 10 DM), Schwäb. Zellstoff 211 DM (minus 6 DM), Degussa 343 DM (minus 6 DM) und Rütgers 313 DM (minus 14,80 DM).

Hamburg: Von den Versorgungswerten lagen HEW bei 98 DM (plus 0,50 DM), NWK Vorz. 165 DM (plus 1,50 DM). Hapag wurde mit 45 DM (plus 2,50 DM) gehandelt. Conti und Phoenix Gummi waren gut behauptet. Beiersdorf ging zu 335 DM (plus 5 DM) aus dem Markt. Von den Brauereien legte Bavaria 1 DM zu.

München: Agrob Vorzüge erhöhten sich um 5,50 DM auf 329,50 DM und Dywidag gaben um 3 DM auf 277 DM nach. Ekatit Riedinger verloren 2,50 DM auf 88,50 DM und Zahnräder Renk 4 DM auf 265 DM. Verbessern konnten sich Flachglas um 4 DM auf 289 DM und Gehe AG um 1,80 DM auf 217 DM.

Berlin: Herlitz Stämme konnten sich um 3 DM verbessern. Herlitz Vorzüge bröckelten um 1 DM und Bekula um 0,50 DM ab. DUB-Schultheiss und Orenstein lagen um je 4 DM leichter. DeTeWe wurden um 7 DM niedriger taxiert und Berthold schwächten sich um 10 DM ab.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Wien

	14. 9.	13. 9.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	212	212
Gösser-Brauerei	320	324
Länderbank Vz.	211	211
Österr. Brau AG	280	276
Perlmooser	341	341
Reininghaus	286	383
Schwechater Br.	165	168
Semperit	–	106
Steyr-Daimler-P.	153	154
Universale Hoch-Tief	–	230
Veitscher Magnesit	208	209
Index	55,14	55,13

Kopenhagen

	14. 9.	13. 9.
Den Danske Bank	322,75	322,75
Jyske Bank	601	601
Kopenh. Handelsbk.	300	300
Novo Industri	5350	5350
Privatbanken	324,75	324,75
Ostasiat. Komp.	166	144
Dan. Sukkerfabr.	806	806
For. Bryggerier St.	1250	1250
Kgl. Porc. Fabr.	400	400

Brüssel

	14. 9.	13. 9.
Arbed	1342	1370
Brux. Lambert	2255	2300
Cockerill Ougrée	161	160
Ebes	2345	2375
Gevaert	2950	2970
Kredietbank	6350	6370
Pétrofina	5960	5980
Soc. Gén. d. Belg.	1875	1895
Sofina	5000	4980
Solvay	3200	3250
UCB	3870	3860
Index	131,4	132,08

Singapur

	14. 9.	13. 9.
Cycle + Car.	6,45	6,45
Cold Storage	5,30	5,40
Dev. Bk. of Sing.	9,60	9,45
Fraser + Neave	6,10	6,10
Kl. Kepong	3,00	3,00
Mal. Banking	9,35	9,40
Nat. Iron	4,95	4,95
OCBC	10,60	10,70
Sime Darby	2,37	2,40
Singapur Land	5,65	5,70
Uni. Overs. Bank	5,25	5,30

Optionshandel

Kaufoptionen vom 14. 9.: AEG 10-80/3,40, 1-80/6,50, 4-80/9,40, 4-85/7,80, Siemens 10-350/4,40, 1-340/17,40, 1-360/9, 4-340/25, 4-350/18,40, 4-360/14, Veba 10-170/5, 1-170/10,60, 1-180/7,40, 1-190/3,15, 4-170/17,40, 4-180/14, 4-190/11,50, 4-200/6, BASF 10-150/6, 1-160/5,55, Bayer 10-136/10, 10-146/5, 1-146/11,90, 1-150/8, 1-160/5,40, 4-160/8,60, 4-180/3, Hoechst 1-160/6,90, 4-150/19,40, 4-160/10, BMW 1-410/14,50, VW 10-170/45, 10-10/23,20, 4-220/6,80, 1-180/42, 1-190/31, 1-200/24,80, 1-220/84, 1-230/10, 4-220/23,20, 4-250/12, 4-280/6,85, Conti 1-100/12, 1-110/7,40, 4-110/11,40, 4-120/6,90, Commerzbank 1-160/19, 1-170/12, 1-180/7,60, 1-190/4,40, 4-160/28, 4-170/20, 4-180/13,40, 4-190/9, 4-200/6,40, Deutsche Bank 10-320/4, 1-310/19,85, 1-320/15, 1-330/8, 1-340/6, 1-360/4, 4-320/20, 4-330/16, Dresdner Bank 1-170/12,90, 1-180/7,30, 4-180/14,40, 4-190/8, Hösch 1-45/5,50, 1-50/3,30, 4-45/7,50, 4-50/4,80, 4-55/3,90, Mannesmann 4-140/11, 4-150/7,40, 4-160/4, Preussag 1-270/17, Thyssen 10-70/2,40, 1-70/5, Bewag 10-100/4,90, BBC 4-210/15,40, Daimler 1-600/26,70, Dt. Babcock 1-160/14, 4-170/16,90, Degussa 1-380/9,85, Karstadt 1-260/15, 4-270/19,70, Klöckner 4-40/4, M.A.N. 1-130/13, RWE 4-170/14, 4-180/8,50, Alcan 1-110/9,90, 4-120/11,40, Chrysler 4-8/9,85, 4-0/7,30, Litton 1-160/17,40, Sony 4-40/6, Philips 4-45/5,45, Elf 1-55/12,30, 4-60/12,50. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-75/1,90, 10-85/6, Siemens 1-320/4, 1-330/5, 1-330/5, 1-340/8, Bayer 1-150/3,20, Hoechst 10-160/7,60, 1-160/7,70, BMW 10-380/8,50, 10-390/17, VW 10-210/7,30, Lufthansa 1-120/5, Commerzbank 1-170/590, 4-170/8,40, Dresdner Bank 10-170/4, 1-170/4,50, 4-170/8,80, Hösch 10-45/2, 10-50/6,60, 10-55/10,40, 1-45/3, BBHF 10-280/6, Daimler 10-150/7, Kali u. Salz 10-220/6, General Motors 1-190/10, IBM 4-320/26,20, Sperry Rand 4-120/12, Xerox 10-130/5,10, Philips 4-45/6,30, Elf 1-65/5,50. 435 Optionen 23 850 638 300) Aktien, davon 103 Verkaufsoptionen = 5500 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 14. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9⅞	5⅜–5½	4 –4¼
3 Monate	9⅞–10⅛	5⅝–5⅞	4¼–4½
6 Monate	10 –10¼	5⅞–6⅛	4½–4¾
12 Monate	10⅜–10⅝	6¼–6½	4⅝–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 14. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1555,00	1886,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1238,00	1453,06
5 US-Dollar (Liberty)	520,00	642,00
1 £ Sovereign alt	245,00	302,10
1 £ Sovereign Elizabeth II	251,00	308,94
20 belgische Franken	186,00	250,89
10 Rubel Tscherwonez	263,00	327,18
2 südafrikanische Rand	248,00	304,38
Krüger Rand, neu	1107,00	1301,88
Maple Leaf	1107,00	1301,88
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	258,00	319,20
20 schweiz. Franken „Vreneli"	216,00	270,18
20 franz. Franken „Napoléon"	211,00	264,48
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1024,00	1231,20
20 österr. Kronen (Neuprägung)	204,00	255,36
10 österr. Kronen (Neuprägung)	112,00	141,36
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	465,00	570,00
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	149,34

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

14. 9. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,6793	2,6873	2,6550	2,62	2,72
London1)	3,996	4,010	3,964	3,93	4,08
Dublin1)	3,127	3,141	3,081	3,08	3,22
Montreal3)	2,1719	2,1799	2,1566	2,13	2,22
Amsterd.	89,290	89,510	89,28	88,25	90,25
Zürich	122,950	123,150	123,05	121,75	124,50
Brüssel	4,945	4,965	4,942	4,78	5,00
Paris	33,010	33,170	32,30	32,25	34,25
Kopenh.	27,820	27,940	27,57	26,50	28,50
Oslo	35,920	36,040	35,31	34,75	38,50
Stockh.**)	33,825	33,985	33,425	32,75	34,50
Mailand2) **)	1,667	1,677	1,623	1,64	1,73
Wien	14,208	14,248	14,211	14,12	14,34
Madrid**)	1,755	1,765	1,68	1,70	1,82
Lissabon**)	2,145	2,165	2,035	1,83	2,65
Tokio	1,0970	1,1000	–	1,05	1,11
Helsinki	46,650	46,850	45,50	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	22,00
Rio	–	–	–	0,10	0,50
Athen*) **)	2,858	2,912	–	2,30	3,10
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3685	2,3875	–	2,31	2,41
Johannesbg.*)	2,4015	2,4205	–	1,94	2,20

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Sehr ruhig verlief das Geschehen des 14. 9. am Devisenmarkt, da sich keine neuen Faktoren ergaben. Der Dollarkurs bewegte sich in der Bandbreite von 2,6800 bis 2,6880. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,6833 festgestellt. Uneinheitlich lag die D-Mark gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen. Der französische Franc schwächte sich um 6,5 Pfg. auf 33,09 ab. Das irische Pfund und der belgische Franc verzeichneten erneut historische Tiefstkurse mit 3,134 und 4,955. Nur unewesentlich fester mit 123,05 bzw. 1,0985 notierten der Schweizer-Franken und der Japanische Yen. US-Dollar in: Amsterdam 3,0025; Brüssel 54,15; Paris 8,1035; Mailand 1604,70; Wien 18,8800; Zürich 2,1807; Ir. Pfund/DM 3,134; Pfund/Dollar 1,4918.

Ostmarkkurs am 14. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Termin-Depots für US-Dollar gegen D-Mark notierten am 14. 9. auf Vortagsniveau.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,02/0,92	2,87/2,77	5,50/5,39
Pfund/Dollar	0,02/0,04	0,12/0,16	0,30/0,35
Pfund/DM	2,10/0,70	4,50/3,10	7,90/6,50
FF/DM	30/14	86/70	175/159

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 14. 9.: Tagesgeld 5,45–5,50 Prozent; Monatsgeld 5,6–5,7 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8–5,9 Prozent. Privatdiskontsätze am 14. 9.: 10 bis 29 Tage 3,55 G bis 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 14. 9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50)–8,00 (6,71)–8,00 (7,11)–8,50 (7,42)–8,50 (7,60)–10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50)–8,00 (6,74)–8,00 (7,16)–8,50 (7,69)–10,00 (8,08)–10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,10, 2 Jahre 7,27. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,40, Rendite 8,15.

Rentenmarkt ohne Linien

Am Rentenmarkt konnte sich keine einheitliche Tendenz durchsetzen. Die Kurse öffentlicher Anleihen schwankten um 0,15 Prozentpunkte nach beiden Seiten. Doch selbst dies wird schon angesichts des erneut schwächeren Bondsmarktes in den USA und des weiter gestiegenen Dollar-Kurses als gutes Zeichen bewertet. Die letzte achteinhalbprozentige Postanleihe, offensichtlich gut plaziert, erschien weiterhin zu ihrem Emissionskurs von 100,25 Prozent. DM-Auslandsanleihen blieben nahezu unverändert, das gilt auch für die Pfandbriefe, wo der Handel aber nach wie vor ungewöhnlich schleppend ist.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Sonderinstitute

Privatplazierungen

Industrieanleihen

Ausländische Aktien



Anmerkungen zur „Preußen"-Serie des WDR

Alltag einer Legende

Die grünlich-trübe Havel müffelt faulig an diesem glutheißen Spätsommertag. *Im Hof der Zitadelle* zu Berlin-Spandau ist sie glücklicherweise nicht mehr zu riechen, dafür machen zahllose Scheinwerfer im Innern des Kommandantenhauses der Festung die Hitze kaum erträglicher: Hier dreht Regisseur Ulrich Schamoni soeben eine Szene aus dem zweiten Teil (betitelt „Justiz") des sogenannten Projekts „Preußen", eine WDR-Produktion.

Stefan Wigger und Horst Bollmann, von der Erscheinung so gegensätzlich, daß sie inzwischen als Ideal-Kombination gelten, mimen zwei Kammergerichtsräte, die – auf Geheiß des Alten Fritz – verhaftete Richter ins Verhör nehmen. Zur Vorgeschichte: Ein adliger Landgraf hat dem Müller Arnold (nicht der legendäre von Sanssouci) im wahrsten Sinn des Wortes das Wasser abgegraben. *Der nun kann seine Pacht nicht* mehr zahlen und muß die Mühle zwangsversteigern lassen. Seine Frau wendet sich hilfesuchend an den König, der ohnehin unter den Richtern, die dem Adel und gehobenen Bürgertum entstammen, Parteilichkeit wittert. Er läßt die Richter verhaften und setzt eine Untersuchungskommission ein, um den wahren Sachverhalt zu klären.

Und während die Schauspieler in ihren realistisch fadenscheinigen, beengenden Leibröcken die Szene noch proben und dabei sichtlich in Schweiß geraten, schwärmt Schamoni von ihrer Disziplin: „Bei einer Produktion wie dieser kann man nur mit hundertprozentigen Profis arbeiten. Denn wir machen hier reines Fernsehen – kein Pantoffelkino –, was bedeutet, daß bei einer elektronischen Aufzeichnung die einzelnen Takes viel länger als bei Filmaufnahmen dauern – bis zu 15 Minuten –, und das erfordert hohe Konzentration."

Die Bücher zum Fünfteiler „Preußen" hat der TV-Routinier Wolfgang Menge, Inhaber eines ähnlich verwirrenden Charmes wie seine populäre Figur „Ekel Alfred", verfaßt. Mit flapsiger Festigkeit – gewiß zu erwartenden Einwänden von Historikern prophylaktisch begegnend – verkündet er: „Jede Szene der Serie ist belegt." *Menge hat nach eigenen Aussagen* intensiv in Quellen gewühlt, um die sich Experten bislang wenig gekümmert hätten. Denn er wollte die Welt des *kleinen Mannes in Preußen zei*gen und nicht die übliche Geschichtsbetrachtung „von oben" betreiben. Dem Zuschauer von heute die „Legende Preußen" näherzubringen, sei seine Absicht gewesen, ihn auch für die scheinbar unwichtigen



Horst Bollmann (r.) und Stefan Wigger spielen die beiden Kammergerichtsräte Strasburg und Kühze FOTO: WDR

Dinge jener Zeit zu interessieren, wie Schule, Handwerk, Handel, Justiz und Kunst. „Man muß den Leuten klarmachen, daß es sich nicht um ferne, exotische Vergangenheit handelt, sondern um ihre eigene Geschichte." „Deshalb", ergänzt Schamoni, „reden unsere Figuren auch bewußt im heutigen Sprachgebrauch, denn Französisch oder gestelzte Wendungen würden künstlich *wirken."*

Schamoni und Menge, die sich seit fast 20 Jahren kennen, knüpfen diesmal an die formalen und technischen Erfahrungen an, die sie mit der Reihe „Was wären wir ohne uns" (Alltagsgeschichten aus den 50er Jahren) für den Süddeutschen Rundfunk gemacht haben: Die inhaltlich voneinander unabhängigen fünf Preußen-Folgen werden über Monitore in ein Fernsehstudio überspielt, in dem ein – bislang noch nicht bekannter oder gefundener – Moderator das Geschehen live kommentiert. Das Paar Wigger/Bollmann ist der rote Faden, der alle fünf Episoden durchzieht; ihnen hat Menge sein Preußen auf den Leib *geschrieben.*

Die Zuschauer – und nicht zuletzt professionelle Kritiker – können im Frühjahr '84 auf dem Bildschirm begutachten, wie hautnah oder aber elektronisch-fern Historie überkommt.

BRIGITTE HELFER

KRITIK

„Politik ist wie eine Droge"

War es ein Sendung zum Jaresgedenktag, dieser **„Abschied von der Macht"** (ZDF), oder mahlen die Mühlen des Fernsehens schlichtweg so langsam? Man merkte den Bildern und Worten an, daß nicht alle von ihnen taufrisch waren. Trotzdem, die Bemühungen von Martin E. Süskinds, eines Bonner Zeitungskorrespondenten, führten zu einem interessanten Beitrag. Hans Matthöfer, Gerhart Baum und Manfred Lahnstein, drei Minister aus Schmidts Kabinett, wurden vorgeführt unter dem Subtitel: „Wenn in Bonn Karrieren zu Ende gehen."

*Lahnstein selber machte überdeut*lich, daß er sich nicht betroffen fühle. Im Gegenteil, der Berufsbeamte, der in der Schlußrunde von Schmidt mangels Masse zum Bundesfinanzminister berufen wurde, beteuerte mehrfach, daß er nicht Berufspolitiker werden wolle. Aufschlußreich Lahnsteins Klage, die Politiker würden zu schlecht bezahlt; der Bundeskanzler verdiene weniger als der Sparkassendirektor einer Großstadt. Süskind ergänzte kommentierend, Lahnstein, jetzt Vorstandmitglied *bei Bertelsmann, beziehe nun 1,3 Mil*lionen Mark jährlich in der neuen Karriere.

Im scharfen Kontrast dazu Matthöfer: Er habe ein Angebot bekommen, Vorstandsmitglied zu werden, das habe er abgelehnt: „Ich bin zu politisch."

Und dann Gerhart Baum. Ein Hauch von Hamlet umwehte ihn. Einige Sätze, die manches erklären: „*Wie behält man sein Gesicht.* Politik ist wie eine Droge. Ich weiß nicht, ob ich davon lassen kann."

GEORG SCHRÖDER

Armer Genosse Pelikan

Zu später Stunde durften ungarische Filmer im ZDF ihre unter*haltsame Antwort auf die Frage ge*ben, was praktizierter Sozialismus ist. Dabei hätte der Streifen **„Der Zeuge"** mit seinen spannenden Wechselbädern und fein blitzendem Witz auch der Hauptabendzeit alle Ehre gemacht. Und wohl nur mit der listigen Ausrede, hier würden lediglich die überwundenen 50er Jahre in Ungarn ironisiert, konnte es Peter Bacsos Team gelingen, den Film we*nigstens ein Jahrzehnt nach seiner* Fertigstellung im eigenen (mittlerweile etwas „liberaler" gewordenen) Land zeigen zu dürfen.

Tatsächlich haben hier Filmleute, die ihr Handwerk beherrschen, die ganze sozialistische Wirklichkeit samt ihrer grotesken Realdialektik, samt ihren teils anonymen, teils höchst greifbaren Mächten, samt ihrer *autoritätsbeflissenen* Genossen-Feudalität so vernichtend glossiert, wie es im Westen schon mangels eigener Erfahrung kaum einer vermöchte. Das wechselvolle Geschick eines armen Deichwärters mit Riesenfamilie und entsprechend riesigen Existenzproblemen, eines gläubigen Genossen, der zum Spielball der Parteigrößen wird – es macht uns unsicher, ob wir nun unser mitleidiges Herz, *unseren Grimm im Magen oder ganz* einfach das Zwerchfell in Betrieb setzen sollen. Schließlich tun wir all dies zugleich.

An den rasch hin und her wechselnden Aufenthaltsorten des braven Genossen Pelikan – ländliches Häuschen, Ministerpalast und Kerkerloch – tobte sich eine umwerfende Satire aus.

HERMANN A. GRIESSER

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
Nur über die Sender HR/WDR
10.00 heute
10.03 Fußball-Europapokal
11.35 Harte Brüche
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau

16.15 Ungewöhnlich leben (6)
Pflegekinder aus Südostasien
In diesem Film von Katja Aschke sprechen zwei Familien, von denen die eine zwei vietnamesische und die andere einen kambodschanischen Pflegesohn aufgenommen haben, über ihre ersten Erwartungen, ihre Schwierigkeiten und Konflikte, und wie ihre Annäherungsversuche allmählich doch zu einem möglichen Miteinander-Leben geführt haben

17.00 Matt und Jenny
Abenteuer in Ahornland
11. Folge: Der weiße Indianer

17.25 Idem Dito
Wie ähnlich sind sich Zwillinge?

17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)

20.00 Tagesschau
Anschl.: Der 7. Sinn

20.18 Pro und Contra
Thema: „Rettung des Waldes – Schwefelabgabe"

21.15 Patchworkshop
Späße zur Zeit und zur Unzeit
Buch und Regie: Dieter Finnern
Die Musik liefert die Schweizer Gruppe „Rolls Noise"

22.00 Souvenirs, Souvenirs
Ausgesucht von *Chris Howland*
Mit Bill Ramsey, Alice und Ellen Kessler, Gerhard Wendland, Carmela Corren, Vico Torriani, Wenkke Myrhe, Peter Beil, Anita Lindblom, *Rex Gildo, Heidi* Brühl, Peter Hinnen und dem Hazy Osterwald Sextett

22.30 Tagesthemen

23.00 Schaukasten
Int. Filmfestspiele Venedig '83
Bericht von Wolf Donner und Jürgen Zimmermann

24.00 Tagesschau

ZDF

8.57–13.00 heute im Parlament
Unsere Verantwortung für die Umwelt
Regierungserklärung und Debatte

16.00 heute
16.04 Warum verstehen wir uns nicht?
16.35 Mickys Trickparade
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte

17.50 Flohmarkt
13teilige Serie von Herbert Rosendorfer
Der Schädel des Sultans von Makawa
Anschl. heute-Schlagzeilen

18.20 Der Paragraphenwirt
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute

19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke in Verbindung mit der Aktion Sorgenkind

20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Aktion Sorgenkind

21.00 heute-journal

21.20 Kennzeichen D
Volkes Stimme – „DDR"-Bürger in einer Straßenumfrage zu den Themen Milliarden-Kredit und deutsch-deutsche Gespräche / Notizen einer Reise – Mit 23 Bundestagsabgeordneten des innerdeutschen Ausschusses in Wittenberg, Leipzig und Potsdam unterwegs / Studenten '83 – Publizistik-Studenten fragen Studienanfänger nach Lebensgefühl und Beufsperspektiven.
Moderation: Joachim Jauer

22.05 Das kleine Fernsehspiel
Zum 10. Todestag von Pablo Neruda
Mit brennender Geduld
Buch und Regie: Antonio Skarmeta

23.15 heute



Wolfgang Weiser und Iago Wirth in der neuen Nachmittagsserie „Flohmarkt" von Herbert Rosendorfer – ZDF, 17.50 Uhr FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Berufsorientierung
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mein Leben in Luxus
Amerik. Spielfilm (1937)
21.40 Filmtip
21.45 Leben mit der Krise
Film von Rolf Marx und Heiner Hepper
22.15 Karawanen, Kamele, Poeten
Literarische Reise in den Orient
23.35 Letzte Nachrichten

NORD

19.00 Zeugen-Aussagen (4)
Überlebende berichten aus Auschwitz
Anschl.: Alfred Brendel spielt F. Schubert – Impromptu op. 142
20.00 Tagesschau
20.15 Das Glas Wasser
Deutscher Spielfilm (1960)
Regie: Helmut Käutner
21.35 Wolfsburg – Leben in der VW-Stadt
22.05 Die Runde der Fünfziger
22.50 Lilja
23.30 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau



WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Nacht von Lissabon
Fernsehfilm
21.25 *Sport unter der* Lupe
Für Baden-Württemberg:
22.10 Treffpunkt Fernsehturm
Für Großr. Mannh.:
22.10 Treffpunkt Alte Feuerwache
Für Rheinland-Pfalz:
22.10 Viehmarkt Hillesheim
Für das Saarland:
22.10 TV-Club Saar 3

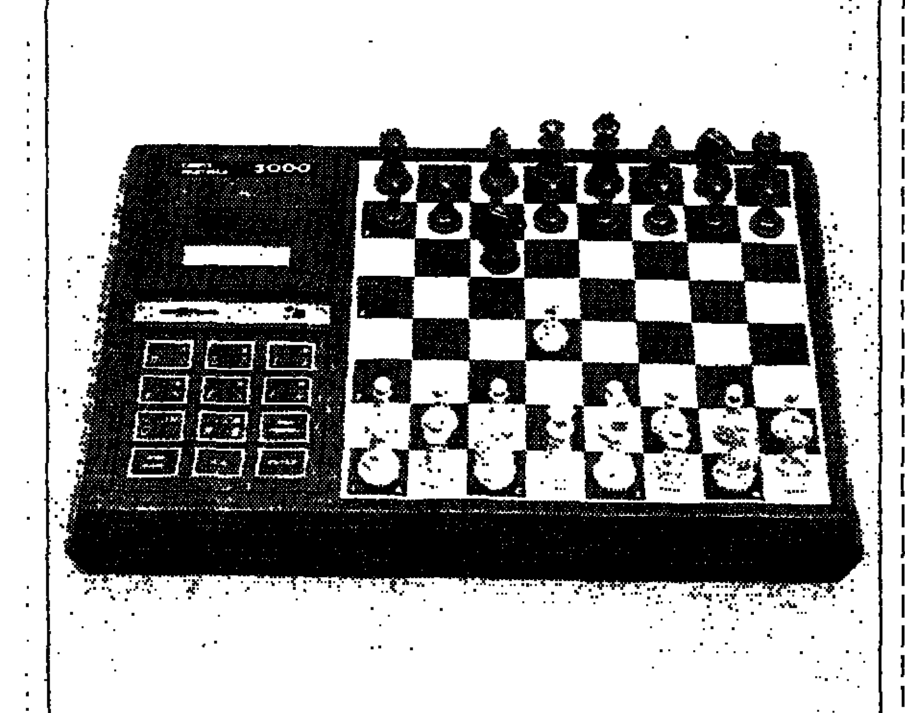
BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
Erinnerung an einen Sommer in Berlin
Fernsehfilm von Rolf Hädrich
20.30 Pas de Deux
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger
Zu Gast: Beatrice Richter
21.45 Sperrfrist
Programm nach Ansage
23.15 Rundschau

Das WELT-Angebot:

Eine attraktive Dankeschön-Prämie,

wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.



Ein Schach-Computer

Der „Chess-Partner 3000" mit Figuren hat acht Schwierigkeitsgrade, die auch während des Spiels verstellbar sind und eine batteriebetriebene LCD-Anzeige. *Regelwidrige Züge nimmt er* nicht an. Falsche Züge können zurückgenommen, Spielsituationen eingegeben, Figurenpositionen überprüft werden.

Sie erhalten diese attraktive Prämie, wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicherlich werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

Hinweise für den Vermittler:
Wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln, können Sie unter zahlreichen Prämien wählen. Unsere Vertriebsabteilung informiert Sie gern über alle Einzelheiten. Für Eigenbestellungen, Werbung von Ehepartnern oder in wirtschaftlicher Gemeinschaft lebenden Personen sowie für verbilligte Studenten-, Schüler- und *Bundeswehr-Abonnements kann keine Prämie gewährt* werden.

Hinweis für den neuen Abonnenten:
Der monatliche Bezugspreis der WELT beträgt DM 25.60 (Ausland 35,00; Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei:

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Vertrieb, Postfach 30 58 30,
2000 Hamburg 36, Telefon: 347-45 56

An DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Ich habe für die WELT einen neuen Abonnenten gewonnen:
Bitte schicken Sie mir als Prämie

○ den Taschenrechner, der druckt und anzeigt
○ Bitte schicken Sie mir Ihren Katalog, damit ich mir eine Prämie aussuchen kann.

Name des Vermittlers: ____
Straße/Nr. ____
PLZ/Ort ____
Telefon ____
Datum: ____
Unterschrift des Vermittlers: ____

Ich erhalte die Prämie, sobald das erste Bezugsgeld für dieses neue Abonnement eingegangen ist.

Ich bin der neue WELT-Abonnent.
Bitte liefern Sie mir die WELT zum nächstmöglichen Termin für mindestens 24 Monate. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00; Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name des neuen Abonnenten: ____
Straße/Nr: ____
PLZ/Ort: ____
Telefon: ____ Datum: ____
Unterschrift des neuen Abonnenten: ____

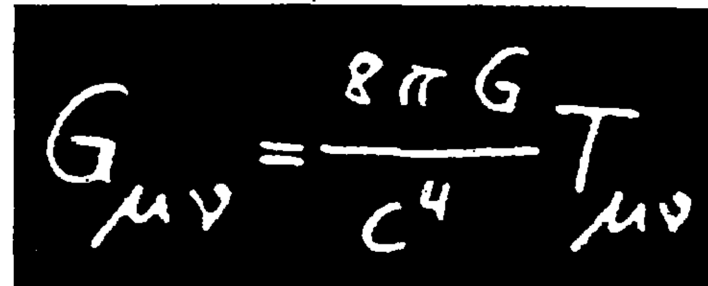
Ich war in den letzten 6 Monaten nicht Abonnent der WELT

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift des neuen Abonnenten: ____

01-580

Diese Formel brachte die Menschheit hinter den Mond.



$$G_{\mu\nu} = \frac{8\pi G}{c^4} T_{\mu\nu}$$

Sie ist die von Albert Einstein*) entwickelte Gravitationsgleichung, seine Allgemeine Relativitätstheorie von 1915. Die Gleichung besagt, wie Materie und Energie Schwerkraft erzeugen. Mit Einsteins Theorie bekam die klassische Physik eine neue Dimension. Sie bereitete den Aufbruch des Menschen in das Weltraum-Zeitalter vor, mit seinen Mondraketen, seinen Raumfähren, nicht zuletzt: den Fernmelde- und Wettersatelliten. Sie machen das Telefonieren über Kontinente zum Kinderspiel.

Als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft fördert der Stifterverband Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Da Spitzenleistungen in der Forschung eine konsequente und wirksame Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses voraussetzen, kümmern wir uns darum ganz besonders. Nicht ohne Erfolg.

So erweist sich der von uns jährlich veranstaltete bundesweite Schülerwettbewerb Mathematik als ein Musterbeispiel gelungener Hochbegabtenförderung: von 31 Bundessiegern dieses Wettbewerbs haben inzwischen 29 ihr Studium mit den Examensnoten „sehr gut" oder „mit Auszeichnung" abgeschlossen.

Der Stifterverband arbeitet unabhängig vom Staat. Wir halten auch in der Forschung viel vom Mut zum Risiko. Und auch davon, daß sich Wissenschaft möglichst frei von administrativen Zwängen entfalten kann.

Alles, war wir tun, dient einem Ziel: mit dazu beizutragen, daß unser Land auch in Zukunft zu den führenden Wissenschaftsnationen zählt. Deshalb gehören die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit, die medizinische Forschung, die Förderung der Natur- und Geisteswissenschaften ebenso zu unserem Programm wie die Förderung des Dialogs *zwischen* Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unseres Landes tun wollen. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Märkten von morgen sichert.

*) * 14. 3. 1879, Ulm;
† 18. 4. 1955, Princeton/USA.



Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft
Brucker Holt 56–60 · 4300 Essen 1 · Telefon 0201/711051

Schwitzbad mit Kamera

Min. – Schon damals also verspürten Schriftsteller die Lust, die Ärmel hochzukrempeln und es den lieben Mitmenschen einmal zu zeigen! 1647 hoffte ein gewisser Harsdörffer, mit seinem Nürnberger Trichter Kollegen und Laien „die deutsche Dicht- und Reimkunst ohne Behuf der lateinischen Sprache in 6 Stunden einzugießen". Basisarbeit in litteris.

Heute ist es Walter Kempowski, der Lust hat, derlei Dinge anzupacken. Ohne Trichter und ohne Latein, versteht sich, aber in harter und fröhlicher Arbeit. So veranstaltete er schon in den vergangenen Monaten Literatur-Seminare „für Leute, die an Literatur interessiert sind und/oder selbst gern schreiben" (Gebühr 250 Mark). In sechs Stunden ist natürlich nicht viel einzuflößen. Kempowski fand fünf Tage für angemessen. Zum Schluß bekamen dann die Leute ein Zertifikat ausgestellt (bestanden hat vermutlich, da im Preis inbegriffen, jeder).

Schluß ist bei Kempowski aber noch lange nicht. Soeben beginnt, nunmehr in Zusammenarbeit mit dem Fernsehen von Radio Bremen, in seinem Haus in Nartum, irgendwo zwischen Bremen und Hamburg, ein dreitägiger Autorentreff. (Die Kamera schaut durchs Fenster aufs Moor.) Zugesagt haben Schriftsteller und Kritiker, unter ihnen Rolf Hochhuth, Sarah Kirsch, Günter Kunert und Adolf Muschg.

Das Neue daran: Trichter und Lateinbuch hat man auch hier daheimgelassen, aber dafür hat jeder gestandene Schreiber einen „Literaturdebütanten" mitgebracht. Gewissermaßen am Händchen. (Schwenk der Kamera vom Kandelaber zu den schwitzenden Händchen.) Die Neulinge sollen im Mittelpunkt des Treffens stehen. Talentschmiede mit Bürgen!

Man darf nun gespannt sein, ob die Funken fliegen und ob sie standhalten, die Jungen. Denn die Literatur ist wie das Leben. Und das ist, laut Harsdörffer, „ein Gras, das leichtlich wird verdrucket". (Kameraschwenk hinaus in die Totale des platten Landes.)

Der 17. Weltkongreß für Philosophie in Montreal

Gelassen gegenüber Marx und Heidegger

Montreal in Kanada war der Austragungsort des diesjährigen Weltkongresses für Philosophie, des siebzehnten seines Namens. Träger dieses philosophischen Mammutkongresses ist die FISP (Fédération internationale des sociétés philosophiques), eine internationale Vereinigung philosophischer Gesellschaften in aller Welt, deren Mitglied auch – neben anderen deutschen Gesellschaften – die Allgemeine Gesellschaft für Philosophie in Deutschland ist. Die Kongresse werden alle fünf Jahre in einem anderen Land, das dann als einladendes Land auch für die Organisation verantwortlich ist, ausgerichtet. 1978 traf man sich in Düsseldorf.

Ein allgemeines Thema sollte diesmal das Ganze zusammenhalten: „Philosophie und Kultur." Die Organisatoren hatten jedoch Vorsorge getroffen, daß dieses Thema nicht einfach als ein vorgegebenes Pensum abgearbeitet werden konnte. Neben den siebzehn Sektionen, die mehr oder weniger auf das Generalthema bezogen waren (analog den Plenarsitzungen), wurden weitere siebzehn Sektionen angeboten, „um den Bedenken zahlreicher Teilnehmer zu begegnen, die eine Vernachlässigung bedeutender philosophischer Arbeiten, die sich nicht in das Generalthema einbauen ließen, befürchteten" (so die Formulierung im Programmheft). Außerdem gab es zahlreiche Sitzungen speziellerer nationaler und internationaler Gesellschaften (so der Plotin-Gesellschaft, der amerikanischen Hegel-Gesellschaft, der Schopenhauer-Gesellschaft) sowie Round-Table-Gespräche und Workshops z. B. zur Philosophie von Karl Jaspers, zur Berufsethik, zur Anthropologie, zur Sprachphilosophie und zu Fragen des Feminismus.

Die Philosophie hat sich also in Montreal der Peinlichkeit, die ihr oft vorgehalten wird, nämlich scheinbar kein Thema zu haben oder Themen nur zum Vorwand zu nehmen, nicht entzogen. Und auch die Kehrseite der Medaille, daß sie für alles zuständig zu sein scheint und eben alles zum Thema hat, hielt sie sich selbst vor. Aber diese Spannung ist es gerade, welche die Philosophie von jeher zu tragen hat; und es ist dieselbe Spannung, von der die Kultur und die Kulturen selbst immer betroffen sind.

Man kann freilich kritisch bemerken, daß in den Plenarsitzungen die Gelegenheit zur näheren Bearbeitung des Generalthemas Kultur nicht immer so genutzt wurde, wie es auch bei solchen Großkongressen noch möglich ist. Aber immerhin sind einige vorzügliche Beiträge hervorzuheben: so die Ausführungen von R. Klibansky, der, einst aus Deutschland vertrieben, heute in Montreal lehrt, zur Geschichte und Systematik des Kulturbegriffs, oder die eigentümliche und faszinierende Begründung einer Intersubjektivitätstheorie durch den Wahlfranzosen E. Lévinas (Paris), der sowohl Fremdheit als auch Nähe des anderen in ihrer Bedeutung für die Kultur sinnfällig herausarbeitete. N. Lobkowicz (München) beleuchtete das Problem des Kulturwandels und die Verbindlichkeit der Philosophie angesichts dieses Wandels, indem er die Angst vor dem Wandel als dem Kulturbegriff unangemessen aufzuweisen suchte und die Philosophen gleichzeitig davor warnte, als allzu beflissene Designer jeweils neuer Moden zu agieren.

Das Thema „Kultur" war in Montreal übrigens in einer ganz praktischen Weise präsent. Gerade in der thematischen und perspektivischen Vielfalt des Kongresses zeigte sich die Abhängigkeit des Philosophierens von seinem jeweiligen Kulturkreis. Die Spannung zwischen Vielfalt, fordernder Eigentümlichkeit und universalisierender Vereinheitlichung war in den Debatten stets hautnah zu spüren, wenn etwa in einer Sektion die Philosophie Plotins und gleich nebenan der Begriff der afrikanischen Négritude kompetent referiert und durchaus auch fruchtbar diskutiert wurden.

Der Weltkongreß machte – und nur eine Veranstaltung dieses Ausmaßes kann das anschaulich tun – die Lage der heutigen Philosophie deutlich. Sie ist nicht mehr geprägt durch die großen Philosophen; auch die großen Philosophen der Vergangenheit, insbesondere der jüngeren Vergangenheit, z. B. Marx oder Heidegger, werden gelassener behandelt und animieren nicht mehr so sehr zur Bildung alles mitreißender Strömungen. Es ist eher die Tendenz eines besonnenen Historismus zu verspüren, in welchem man sich freilich die Frage, was sinnvoll und was zu tun ist, nicht erspart. Es werden Gedanken und Möglichkeiten sozusagen von vielen Arbeitskreisen vorgeführt, ohne daß sich der Teilnehmer gleich auf das eine oder andere abonnieren muß.

Auch die Frage des sogenannten Euro-Zentrismus, die bei weltweiten wissenschaftlichen und philosophischen Veranstaltungen neuerdings gerne und heiß diskutiert zu werden pflegt, gewann in Montreal eine ausgewogenere und realistischere Form. Die Einsicht, daß es gerade zur europäischen Betrachtungsweise gehört, nach der Betrachtungsweise anderer Kulturen zu fragen, gewinnt an Boden. In diesem Sinne war der Beitrag des Sprechers der Wissenschaftsakademie der Volksrepublik China anläßlich der Schlußveranstaltung bemerkenswert und entspannend. Er hatte keine Schwierigkeiten, die alte und lange Tradition des chinesischen Denkens zur Geltung zu bringen und gleichzeitig ganz unpolemisch festzustellen, daß ihm das europäische und westliche Denken, was die Wirksamkeit betrifft, aus guten Gründen den Rang abgelaufen habe.

Von Problemen des kulturellen Selbstverständnisses war schließlich die FISP selbst betroffen. Das Mitgliedergremium der FISP hatte z. B. einen Beschluß zum Kompetenzstreit der zu verwendenden Sprachen zu fassen; man einigte sich auf einen Kompromiß, wonach Englisch und Französisch künftig gleichwertige *Geschäftssprachen* sind. Englisch, Französisch und Deutsch sind die gleichwertigen philosophischen *Kongreßsprachen;* Spanisch und Russisch „sind zusätzlich als gleichwertige philosophische Kongreßsprachen anzusehen", ihre Anwendung soll aber davon abhängig sein, ob bei gegebenen Kongreßorten die technischen Möglichkeiten der Übersetzung realisierbar sind.

Zum neuen Präsidenten der FISP wurde der kanadische Veranstalter, V. Cauchy, der Professor in Montreal ist, gewählt. Einladungen für den nächsten Weltkongreß in fünf Jahren wurden von Kenia, Großbritannien und der „DDR" ausgesprochen. Die Mitgliederversammlung hat die Entscheidung mit spitzen Fingern an das Comité directeur überwiesen. Ob man nach Leipzig gehen wird, hängt sicherlich auch davon ab, wie man die pikante Frage beantwortet, ob man nicht erst mit dem vorigen, Düsseldorfer, Kongreß in Deutschland gewesen sei.

ERNST WOLFGANG ORTH



Schickt seine Fachleute bis zu den Philippinen: Hans Gerd Klais, der Chef der Bonner Orgelbauwerkstatt, die jetzt ihr 100jähriges Jubiläum feiert FOTO: WERNER SCHÜRING

Wohlklang für die Welt: Die Orgelwerkstatt Klais

Silbermann von heute

„Die Orgel ist ohne Zweifel das größte, kühnste, herrlichste aller von menschlichem Geist erschaffenen Instrumente!" Kenner und Liebhaber werden an diesen Ausspruch von Honoré de Balzac denken, wenn heute die Festlichkeiten zum 100jährigen Jubiläum der Orgelbauwerkstatt Johannes Klais in Bonn beginnen: mit einem Konzert von Professor Michael Schneider, des Seniors deutscher Organistentradition, im Bonner Münster, anderntags gefolgt von der Uraufführung des von Klais in Auftrag gegebenen 2. Konzertes für Orgel und Orchester von Tilo Medek im Konzertzelt der Beethovenhalle (an der Orgel: Johannes Geffert).

Der heutige Chef des Hauses, Hans Gerd Klais, Enkel des Firmengründers Johannes Klais, nennt die Eckpfeiler seiner persönlichen Überzeugung: abendländisch gewachsene Tradition der Orgel als Verkünderin im Dienst an Gott und instrumentale Virtuosität als bedeutenden Kunstzweig der Musikgeschichte. Diese sich gegenseitig befruchtende, untrennbare Dualität zeigt die Bedeutung der über 2000jährigen Geschichte der Pfeifenorgel. Kirche und Konzertsaal, Museum und private Wohnräume werden durch den ruhigen, erhabenen wie auch festlichen Orgelton zum Klingen gebracht. Klais sieht hier eine geistig-geistliche Einheit. Er disponiert seine Instrumente mit einer unglaublichen Vielfalt, sucht in intensiven, temperamentvollen Gesprächen mit seinen Partnern und Auftraggebern optimale Lösungen für den jeweiligen Raum.

Das gewaltige Orgelrepertoire, von der Renaissance bis hin zur Gegenwart sowie die Musik unterschiedlichster Länder mit ihrem speziellen Kolorit, ist auf Klaisens Instrumenten darstellbar. Der Einfluß französischer Traditionen, insbesondere Aristide Cavaille-Colls, ist dabei unverkennbar. Klais liebt nicht nur die romantisch-sinfonische Kathedralmusik. Er huldigt ebenso dem hellglänzenden norddeutschen Barockideal. Seine Vorliebe für reiche Zungenausstattung, für ruhige, makellos ansprechende Prinzipalchöre, den zärtlichen Seidenglanz seiner Voix celeste, überhaupt den romantischen Streicherchor oder den aus ganz alter Zeit inspirierten Doppelprinzipal, all das kann man zum Beispiel an der Orgel des Altenberger Domes, gebaut 1980, bewundern.

Das Bonner Unternehmen hat sich längst zu einer europäischen Spitzenfirma entwickelt. Heute sind in den modernen, großzügig eingerichteten Abteilungen Tischlerei, Gießerei, Schlosserei, Holzlager, Montagehalle, Intonationsräume, Konstruktionsbüro und Verwaltung etwa 70 Fachkräfte beschäftigt. Natürlich baut der jetzige Chef, der, 1930 in Bonn geboren, nach dem Tod seines Vaters 1965 den Betrieb übernommen hat, nach klassischem Vorbild wieder Schleifladen mit mechanischer Registratur. Die Verarbeitung verschiedenster Edelhölzer aus Europa und Übersee, die übersichtliche Anordnung des von Cavaille-Coll inspirierten Spieltisches, die elegante Traktur, die auch bei gekoppelten Klavieren äußerste Virtuosität gestattet, das klangliche Vorprogrammierungssystem" der zahlreichen Setzer geben den Maßstab. Mit anderen Worten: technische Funktionalität und Eleganz künden von gediegener Qualitätsarbeit.

Zwar wurde das größte Werk von Klais überhaupt, die mit 100 Registern bestückte Orgel in der Messehalle Köln-Deutz, im Krieg zerstört. Aber schon 1948 konnte die erste Orgel nach dem Zweiten Weltkrieg wieder installiert werden, und zwar zur 700-Jahr-Feier im Kölner Dom. Seit 100 Jahren nun erklingen Klais-Instrumente in Deutschland, Österreich, Belgien, Italien, Holland, England, den USA, Japan, sogar in China und Afrika. Nicht zu vergessen die spektakuläre Restaurierung der Bambusorgel auf den Philippinen und des Stern-Orchestrions des Instrumentenmuseums in München. Und schließlich wurden auf über 150 Schallplatten Konzerte auf Klais-Orgeln eingespielt.

Heute warten die neu entstehenden Konzertsäle in München und Köln, die Benediktinerabtei Beuren, die Stadthalle in Hamamatsu (Japan) und andere Auftraggeber auf Klais-Instrumente. Aber Klais ist nicht nur Orgelbauer und Firmenchef. Auch als Verfasser zahlreicher orgelbaukundlicher Schriften sowie als Sammler einer der größten Privatbibliotheken seines Fachgebiets beweist er, daß man bewährte Positionen mit neuen Aspekten des historisch orientierten Orgelbaus verbinden und weiterentwickeln kann.

CHRISTIAN COLLUM

Film: J. Giowannis „Rammbock" mit L. Ventura

Blick in die Goldröhre

Im Jahre 1967 drehte Robert Enrico nach einem Drehbuch von José Giowanni „Die Abenteurer", einen Film von elegischer Schönheit, dem mittlerweile das Prädikat „Kultfilm" zuerkannt worden ist. Zwei Männer auf der Jagd nach dem Gold, die erst dann merken, daß sie das Glück in den Händen gehalten haben, als es ihnen im Moment des vermeintlichen Triumphes zerrinnt. Die beiden Hauptdarsteller: Alain Delon und Lino Ventura. Ohne „Die Abenteurer" kann man jetzt den „Rammbock" (ein in jeder Beziehung unsinniger Titel) kaum verstehen. Wieder mit Lino Ventura, hat Giowanni einen Film gemacht, der sich wie eine mildironische Paraphrase auf den Enrico-Film ausnimmt.

In der kanadischen Wildnis büßt der ehemalige Rennfahrer Aldo (Lino Ventura) dafür, daß er die Schuld trägt an der Querschnittslähmung seines Rennfahrerfreundes Gérard (Bernard Giraudeau, in seiner Harmlosigkeit kein Vergleich mit Delon). Gangster überfallen das Goldgräber-Camp, in dem er arbeitet, machen alles nieder, aber Aldo und zwei Indianer sind schneller. Sie ziehen mit dem Gold ab, Aldo übertölpelt die Kumpane, aber das Gold versinkt in einem Wasserfall. Zusammen mit Gérard und dessen Frau startet er eine Rettungsexpedition.

Es ist schon eine Freude zu beobachten, wie ein Profi des Action-Kinos wie José Giowanni so einen Film aufbaut. Da stimmt einfach alles. Da wird der Spannungsbogen zwischen schnell zupackender Action und retardierendem Element über den ganzen Film gezogen, da ist eben dieses Prinzip auch in den einzelnen Sequenzen auszumachen, da wird die Musik Ennio Morricones so eingesetzt, daß die gleiche Melodie erst spannungsbildend, dann -abbauend wirkt. Hier ist ein Mann am Werk, der sein Handwerk versteht und – der seine Zuschauer kennt. Und trotzdem hat das nichts mit dem kalt auf Wirkung berechneten Computerkino zu tun.

Aber auch wer „Die Abenteurer" nicht kennt, wird merken, daß Giowanni den Zuschauer absichtlich immer wieder ins Leere laufen läßt, so wie der Torero es mit dem Stier tut, dem er das rote Tuch vorhält. Was in den „Abenteurern" tragisch endete, wird hier in gleicher Weise vorbereitet – aus kontemplativer Ruhe baut sich unheildrohende Spannung auf – und findet dann doch eine glückliche Auflösung. Eine Erwartungshaltung wird so parodiert. Nur der Schluß – nach Erledigung eines gierigen Feindes starren die beiden betrogenen Indianer von oben auf die Goldsucher herab – geht vorsätzlich in die leere Assoziation.

SVEN HANSEN

Der deutsche Rückstand in der Bio-Technologie

Pluspunkte für Jülich

Die Bundesrepublik Deutschland hinkt im Bereich der zukunftsträchtigen Biotechnologie-Forschung weit hinter dem Weltstandard her. Dabei ist, so die Aussagen einer vom Bundeswissenschaftsminister eingesetzten unabhängigen Beraterkommission, gerade dieser Bereich der Forschung von eminenter Wichtigkeit. „Sein hohes Innovationspotential läßt neue Produkte und Änderungen in der Produktion von Naturstoffen und chemischen Grundstoffen erwarten", heißt es in einem jetzt in Bonn vorgelegten Gutachten. Nur weil sich die Arbeiten noch weitgehend im Stadium der Grundlagenforschung befänden, gäbe es eine kleine Chance, den Anschluß an die führenden Länder USA, Japan, England und die Schweiz doch noch zu finden.

Der Bereich der Biotechnologie umfaßt fünf Gebiete:

- die Mikrobiologie mit dem Ziel der Auffindung und Züchtung von Mikroorganismen mit neuartigen physiologischen Leistungen.
- Biochemie und Molekularbiologie.
- Genetik und Genchirurgie.
- Zellbiologie und Immunbiologie.
- Biologische Verfahrenstechnik.

Während auf dem Gebiet der Gentechnologie immerhin schon Maßnahmen zur Verbesserung der Situation angelaufen sind, ist das Defizit bei der Entwicklung von Bioreaktoren und neuen biotechnologischen Prozessen nach Ansicht der Kommission noch nicht einmal ins Bewußtsein der wissenschaftlichen Öffentlichkeit in Deutschland gedrungen. Man verzichte auf eigene Leistung und kaufe ausländische Geräte ein.

Die für die breite Bearbeitung biotechnologischer Probleme erforderliche gute multidisziplinäre Kooperation sei „im Rahmen der heutigen Universitätsstrukturen nur schwer zu realisieren", konstatiert die Kommission. Und die beiden bestehenden Großforschungs-Einrichtungen bieten ein „außerordentlich heterogenes Bild, in dem neben hervorragenden Arbeitsgruppen sehr wenig Überzeugendes zu finden ist". Während das Institut für Biotechnologie an der Kernforschungsanlage Jülich (IBT) mit seiner Forschungs- und Entwicklungsarbeit die Kommission „begeisterte", fiel das Urteil über die personell (350 zu 100 Mitarbeiter) wesentlich größere Gesellschaft für Biotechnologische Forschung in Braunschweig-Stöckheim (GBF) vernichtend aus.

In dem Gutachten heißt es, daß die „derzeitige Leitungs- und Organisationsstruktur verfehlt" und der Handlungsspielraum durch Gremienvielfalt und Kompetenzwirrwarr „unzumutbar eingeschränkt" sei. Die Organisationsstruktur, bei der Vorstellungen des damals unter SPD-Leitung stehenden Bundesforschungsministeriums verwirklicht worden seien, habe dazu geführt, daß sich „die GBF in der Praxis selbst beaufsichtigt". Bei dieser Struktur sei es unmöglich, die Gesellschaft effektiv zu führen. Zwar erlaube es die vorhandene Infrastruktur auch in Stöckheim, zukunftsweisende Projekte interdisziplinär mit Erfolg anzugehen. Doch, so das Gutachten, diesem Anspruch werde die GBF nicht gerecht.

Die Arbeitsgruppen, die den Anforderungen nach internationalem Standard ihrer Arbeit, nach Ausrichtung auf langfristig anwendungsorientierte Grundlagenforschung und Notwendigkeit der Arbeitsgebiete im Hinblick auf die Zusammenarbeit der einzelnen Abteilungen entsprächen, seien „sehr in der Minderheit". Einige Gruppen betrieben zwar gute Grundlagenforschung, aber es fehle der langfristige Anwendungsbezug. „Die Ergebnisse mehrerer Gruppen sind, am internationalen Standard gemessen, eher als unterdurchschnittlich zu bezeichnen", heißt es in dem Gutachten.

Forschungsminister Heinz Riesenhuber hat angekündigt, seinen Teil dazu beizutragen, den von der Kommission konstatierten Rückstand durch eine gemeinsame Kraftanstrengung von Wirtschaft, Wissenschaft und Staat aufzuholen. Über eine Kernforderung des Beratergremiums will er „mit allen Beteiligten" sprechen: Die Kommission stellt es in „Anbetracht begrenzter Mittel, des spürbaren Mangels an hochqualifizierten Wissenschaftlern für Leitungsfunktionen und in Anbetracht des Strebens nach Effizienzsteigerung" als unverzichtbar dar, die Zusammenführung beider Forschungseinrichtungen zu betreiben. Dabei wird dem Standort Stöckheim „unter Berücksichtigung der gegebenen Infrastrukturen" der Vorzug gegeben.

Allerdings sei eine „sinnvolle Weiterführung" der GBF als Großforschungseinrichtung nur dann möglich, wenn die Organisationsstruktur grundlegend geändert werde und die „wissenschaftliche Kompetenz des Aufsichtsrates" sowie die Position der Geschäftsführung verstärkt werde.

PETER PHILIPPS

Lorbeeren für „In another room": Der Komponist James Clarke (26) FOTO: DIE WELT

Junge Komponisten im Wettstreit – Die „Gaudeamus"-Woche in Holland

Finnische Sommernächte im Orient

Beim diesjährigen „Gaudeamus"-Kompositionswettbewerb, der seit 38 Jahren jungen Komponisten ihre Chance zu geben sucht und bei dem man „Das Altern der Neuen Musik" ebenso frühzeitig verfolgen konnte wie die Suche nach Auswegen, hat die Jury mit eisernem Besen gekehrt. Die Jurymitglieder Jan van Vlijmen (Niederlande), Józef Patkowski (Polen), Bernard Rands (USA) und Hans-Joachim Hespos (Bundesrepublik) empfahlen von 160 Einsendungen nur ganze sieben Kompositionen zur Aufführung.

Verteilt auf mehrere Konzerte und Tage erklangen die Kompositionen in verschiedenen niederländischen Städten; daneben andere nicht von der Jury „selektierte" Stücke älteren Datums, auch von älteren Komponisten, und Uraufführungen niederländischer Neutöner. Auch Wiederaufführungen früher prämiierter Kompositionen standen im Programm. Und dies ist wichtig, denn es wäre schlimm für die Neue Musik, wenn sie nur zum einmaligen Gebrauch bestimmt wäre.

Der Frage ihrer Popularisierung hat man sich bei „Gaudeamus" lange mit Ernst gestellt und ein Spektakulum des internationalen Wettbewerbs vermieden. Man hat deshalb das System der Preise abgeschafft und die Einsendungen auf solche Besetzungen beschränkt, für die auch qualifizierte Interpreten vorhanden sind. Dafür sind auch Besetzungen im Sinne volkstümlicher Musiziertraditionen wie Zupf- und Akkordeon-Ensembles oder Blasorchester zugelassen.

Diese Brücke zwischen Komponisten und breitem Publikum zu bauen bleibt eine Sisyphusarbeit mit wenig Dank von beiden Seiten. Dabei hätte ein erstmalig im grenznahen Nijmegen stattfindendes „Gaudeamus"-Konzert der königlichen Luftwaffenkapelle mit unterhaltsamen Sätzen von Michel Decoust, David Bedford, Frigyes Hidas und Paul Cresten (aus den amerikanischen 40er Jahren!) mehr Resonanz haben können, hätte nicht das Etikett „Neue Musik" das Publikum verschreckt.

Glücklicher gelang die „Breitenarbeit" in Amsterdam, wo das Studentenkammerorchester „ASKO" ein junges, anspruchsvolles Publikum um sich zu sammeln verstand – beeindruckend immer der große Ernst, mit dem hier musiziert und zugehört wurde. Die etwas verkrampfte, aggressive Stilwelt der Interpretationen von „ASKO" ist ein Unikum auf der europäischen Musikszene und weitgehend unbekannt.

Dennoch droht trotz aller musikalischen Gewissenhaftigkeit die Gefahr des Leerlaufens. Dem versuchte mit Erfolg der 1951 geborene Schwede Klas Torstensson mit seiner selbstdirigierten Komposition „Fläke", die sich am Modell des Holzhackens orientiert, dramaturgisch zu begegnen: etwas mit Gewalt spalten, damit seine Innenstrukturen sichtbar werden.

Von den prämiierten Stücken beeindruckte besonders „In Another Room" des Engländers James Clarke (Jahrgang 1957), dargeboten vom „Trio" mit dem Klarinettisten Harry Bijholt, durch seine kompositorische Vernunft und Zielstrebigkeit: ein von den langen finnischen Sommernächten mit ihren eigenen Zeitabläufen inspiriertes Werk. Ebenso weitab suchte sich die 1954 in Tel Aviv geborene Betty Olivero ihr Material: in Gesängen der sephardischen, 1492 aus Spanien vertriebenen Juden. In seiner orientalischen Mikrointervallik birgt es ähnliche Überraschungen wie die neu entdeckte byzantinische Musik, auch dort, wo nicht gesungen, sondern für Blasinstrumente geschickt komponiert wird. Im traditionellen Hilversumer Schlußkonzert waren das Radio-Kammerorchester unter Ernest Bour und die Sopranistin Djoke Winkler-Prins die Interpreten dieses beschwörenden Stücks.

DETLEF GOJOWY

JOURNAL

Minister Schneider: Baut in den Städten!

dg. **München**

Mindestens in der Baupolitik ziehen beide deutsche Staaten zum ersten Mal an einem Strang. Wie Bundeswohnungsbauminister Oscar Schneider jetzt in München erklärte, will die Bundesregierung die Expansion der Ballungsgebiete beenden. Die Zubetonierung von täglich 115 Hektar „jungfräulichen Landes" müsse aufhören. Allein in den Großstädten gebe es genug Baulükken, um für vier bis fünf Millionen Menschen Wohnungen zu bauen. Die Voraussezungen für diese Baupolitik sollen notfalls durch Gesetze geschaffen werden. In der Sache fast gleichlautende Beschlüsse waren Anfang vergangenen Jahres zur offiziellen Richtlinie der neuen Städtebaupolitik in der „DDR" erhoben worden.

Sowjetischer Pianist ersucht um Asyl

AP, **Madrid**

Der sowjetische Pianist Alexander Toradse, der sich mit dem Symphonieorchester des sowjetischen Rundfunks auf einer Spanien-Tournee befand (vgl. WELT v. 5. 9.), hat nach Mitteilung aus Kreisen des spanischen Außenministeriums in Spanien um politisches Asyl ersucht. In Fort Worth, Texas, berichtete eine Bekannte des aus Tiflis in der Georgischen Sowjetrepublik stammenden 24 Jahre alten Pianisten, Toradse wolle nach Texas kommen, wo er vor sechs Jahren den zweiten Preis beim Van-Cliburn-Wettbewerb gewonnen habe.

Antes-Sammlung im Museum Sprengel

Schw. **Hannover**

Die Horst-Antes-Sammlung des Bremer Ehepaares Wolf und Ursula Hermann (s. WELT v. 6. Mai) wird bis zum 16. Oktober im Museum Sprengel, Hannover, gezeigt. Anschließend ist sie in Ludwigshafen zu sehen. Die Sammlung ist von Wolf Hermann, der in diesem Jahr seinen 80. Geburtstag gefeiert hat, dem Museum in Hannover geschenkt worden. Teile davon werden hier künftig in ständiger Ausstellung zu sehen sein. Der Katalog (30 Mark) bildet das erste wissenschaftliche Bestandsverzeichnis der Antes-Sammlung.

Sammelband zu Gaisers 75. Geburtstag

DW. **Ostfildern**

Gerd Gaiser zu Ehren, der heute 75 Jahre alt geworden wäre – er ist 1976 gestorben –, hat der Schwabenverlag, Ostfildern, einen Band mit ausgewählten Erzählungen vorgelegt: „Mittagsgesicht" (184 S., 27 Mark), Erzählungen, die zum Teil erstmals in Buchform erscheinen. Der Schriftsteller Albrecht Goes, Schulfreund von Gaiser, der schon frühzeitig gemerkt hat, wieviel sein Klassenkamerad „an Gesichten und Gebilden bei sich trug", hat dazu ein sehr persönlich gehaltenes Nachwort verfaßt.

Wörlitzer Park wird rekonstruiert

AP, **Dessau**

Der in der Mitte des 18. Jahrhunderts entstandene weltbekannte Wörlitzer Park bei Dessau, der nach englischem Vorbild im Auftrag des Fürsten Leopold Friedrich Franz von Anhalt-Dessau angelegt wurde, wird rekonstruiert. Der Originalzustand mit seinen Blickbeziehungen zu historischen Gebäuden, Brücken, Pavillons und kleinen Inselgruppen soll wiederhergestellt werden. Die Arbeiten werden mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Grundlage für die Rekonstruktion des 112 Hektar großen Parks sind alte Stiche und handschriftliche Quellen aus der Entstehungszeit.

Schuld und Sühne auf einem englischen Balkon

dpa, **London**

Der sowjetische Star-Regisseur Juri Ljubimow, der bisher alle Berichte über einen Asyl-Antrag in Großbritannien dementiert hat, bricht nach dem Eindruck britischer Beobachter immer mehr Brücken zu seinem Heimatland ab (vgl. WELT v. 7. 9.). In einem Fernsehinterview der BBC schilderte Ljubimow das Zusammentreffen mit dem Sowjet-Diplomaten Pavel Filatow, von dem er sich bedroht fühlte. Filatow war ins Londoner Lyric-Theater gekommen, wo der Regisseur eine erfolgreiche Produktion von „Schuld und Sühne" auf die Bühne gestellt hatte. Der Anlaß war ein kritisches Interview mit der „Times" in der letzten Woche gewesen. „Laß uns eine freundliche Unterhaltung in der Botschaft über diesen schrecklichen Artikel in der ‚Times' haben", sagte Filatow laut Ljubimow. Aber der Regisseur lehnte mit der Bemerkung ab, er sei zu beschäftigt. Als Filatow mit ihm allein auf dem Balkon reden wollte, erklärte Ljubimow, draußen sei es zu kalt. Dann schloß der Diplomat das Gespräch mit der Bemerkung ab: „Gut, die Schuld ist da, die Bestrafung muß folgen. Wir haben Ihre Telefonnummer und werden Sie finden."

Forscher sind dem Schmerz auf der Spur

Europäische Gesellschaft für Neurowissenschaft tagt in Hamburg

GISELA SCHÜTTE, **Hamburg**

„Der Schmerz ist eine Sinneswahrnehmung wie Sehen und Hören. Dennoch wissen wir bislang noch sehr wenig über Schmerzen." Das sagte Professor Burkhart Bromm vom Physiologischen Institut der Universitätsklinik Eppendorf. Mit dem Schmerz beschäftigt sich auch die siebte Jahrestagung der Europäischen Gesellschaft für Neurowissenschaft im Hamburger Congress Centrum. Knapp tausend Ärzte und Naturwissenschaftler sind in dieser Woche zu dem Forschertreffen aus aller Welt angereist.

In der Hamburger Universitätsklinik sind Professor Bromm und seine Kollegen in einer Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung des weitgehend unbekannten Schmerzes unter besonders günstigen Bedingungen tätig: Wie nur in wenigen Forschungszentren der Welt liegen auf dem Eppendorfer Gelände theoretische Institute und Kliniken nebeneinander. Behandelnde Ärzte und Grundlagenforscher arbeiten Hand in Hand.

Das Problem der Schmerzforschung erklärt Bromm: „Wer Schmerzforschung betreibt, muß Schmerzreize setzen. Doch das verbietet sich aus ethischen Gesichtspunkten beim Menschen wie beim Tier." Weltweit liefen derzeit in Labors Versuche mit freiwilligen Testpersonen, bei denen unter äußerst strengen ethischen Indikationen schwache Schmerzreize gesetzt würden.

Die jüngsten Ergebnisse dieser Untersuchungen: Schmerzen verursachen offenbar Veränderungen in den Hirnstromkurven. „Man kann diese reizbedingten Änderungen im Elektro-Enzephalogramm (EEG) messen und damit vielleicht die Stärke von Schmerzen angeben."

Ein solcher Maßstab für Schmerzen könnte helfen, Behandlungserfolge bei chronischen Schmerzpatienten in den Fachkliniken zu überprüfen und die Wirksamkeit von Schmerzmitteln zu bestimmen. Schmerzmessung könnte eine wichtige Indikation für die Operation von Schmerzpatienten sein.

Wissenschaftlich gesehen ließe sich aber auch Schmerzhaftigkeit untersuchen – die Frage, ob Männer nun tatsächlich *schmerzempfindlicher* sind als Frauen, ob die Blonden oder die Dunklen, die Weißen oder die Farbigen stärker unter Schmerzen leiden.

„Schmerz hat viele Komponenten – rationale und emotionale, die man naturwissenschaftlich nicht untersuchen sollte", meint Bromm. Die Messung von Hirnstromkurven, die vielleicht schon bald einen verläßlichen Anhaltspunkt über die Stärke von Schmerzzuständen geben kann, mit der sich also Frequenzen messen ließen, sei aber nur eine Seite. Schmerzen, erklärt der Hamburger Forscher, haben nicht nur eine Stärke „nach Volt oder Ampere" sie tragen auch unterschiedliche „Farben". So sei man international darangegangen, ein Schmerz-Wörterbuch zu erstellen, in dem als Klassifizierungshilfen Attribute wie brennend, stechend, schneidend oder bohrend, widerlich oder angenehm, intensiv oder schwach zusammengefaßt werden. Komme erschwerend hinzu, daß in einer solchen Schmerzskala Beschwerden an den unterschiedlichen Körperbereichen auch verschieden stark empfunden werden. Je näher der Schmerz am Kopf liege, desto stärker werde er auch als Belastung empfunden.

Auch die körperlichen Reaktionen auf Schmerzen beschäftigen die Wissenschaftler – hoher oder niedriger Blutdruck einerseits, weite Pupillen und Blässe auf der anderen Seite könne der Körper auf eine extreme Streß-Situation mit zeitweiliger Schmerzlosigkeit reagieren – etwa bei massiven Verletzungen. Ursache dafür soll die Ausschüttung sogenannter Endorphine sein, das sind Morphium-ähnliche Substanzen, die der Körper selbst produziert.



Bei den rasenden Reisen durch die Galaxien ist nur wenig Platz für Menschen wie Prinzessin Leia (Carrie Fisher, Bildmitte). Da bleibt es allerlei kuriosen Gestalten überlassen, allzu Menschliches zu zeigen. FOTOS: DW





Neue Rekorde mit Menschen, Monstern und Maschinen

M.v. SCHWARZKOPF, **San Franzisko**

Vor gut drei Jahren erschien in einer amerikanischen Zeitung eine Anzeige: „Kleine Leute für Filmproduktion gesucht". Daraufhin meldeten sich mehrere hundert kleinwüchsige Menschen im Studio. 80 von ihnen wurden ausgewählt und mußten in ein höchst sonderbares Kostüm schlüpfen, eine Mischung aus Teddybär und Hund. Diese Bärenhunde nennen sich „Evvocs" und sind Bewohner eines fernen Mondes namens „Endor".

Die teddybärähnlichen Kreaturen sind nur einige der vielen sonderbaren Wesen, die in dem Film „Die Rückkehr des Jedi" die Sterne ferner Galaxien bevölkern. Der Film ist – kuriose Kintop-Arithmetik – der letzte Teil der zweiten Trilogie von George Lucas'-Epos „Krieg der Sterne". Die erste Trilogie der insgesamt neun Episoden umfassenden Geschichte vom ewigen Kampf des Guten gegen die Mächte der Finsternis soll irgendwann in den nächsten Jahren verfilmt werden. Bis zum Jahr 2000 will Lucas dann seinen großen Traum vollendet haben – den vollständigen Zyklus von den Sternenkriegen, einer Mischung aus der König-Artus-Sage, europäischen Märchen und griechischen Mythen. Doch Lucas läßt sich noch Zeit damit, denn zunächst will er ein paar „persönliche Filme" drehen, in denen er neue technische Tricks ausprobieren will.

Um an diesen Tricks in Ruhe arbeiten zu können, hat Lucas sich von den Millionen, die er an seinen Starwars-Filmen verdient hat, eine riesige Ranch bei San Franzisko gekauft. Hier werden Labors eingerichtet, in denen Wissenschaftler und befreundete Regisseure in Ruhe arbeiten können.

Was die Anwendung technischer Tricks betrifft, ist Lucas heute schon der Meister unter den jüngeren Hollywood-Regisseuren. Sein erstes Filmmärchen über den „Krieg der Sterne" läutete ein neues Zeitalter von Phantasie- und Science-fiction-Filmen ein. Das liegt nunmehr sechs Jahre zurück. Lucas hat seinen ersten Sternenkrieg, der in der Gesamtkonzeption der galaktischen Saga als Teil vier läuft, zwei Fortsetzungen folgen lassen. Die vorerst letzte, „Die Rückkehr des Jedi", startet zu Weihnachten in den deutschen Kinos. In den USA und Kanada hat dieser Film bereits in den ersten Wochen nach seinem Start alle Rekorde gebrochen, selbst die, die „E. T.", der kleine Mann aus dem Weltraum bisher aufgestellt hat.

Mehr als 41 Millionen Dollar spielte Episode 6 der Starwars-Saga in der ersten Woche nach ihrem Start am 25. Mai dieses Jahres ein. Steven Spielbergs „E. T." erbrachte in der gleichen Zeit „nur" 25 Millionen Dollar. Inzwischen, so der Produzent des Films, Howard Kazanjian, hat der Film „Die Rückkehr des Jedi" mehr als 200 Millionen Dollar Reingewinn eingebracht und ist derzeit dabei, auch in Japan und England alles Dagewesene in den Schatten zu stellen. „Aber wir glauben, daß auf Dauer E. T. der Sieger in diesem Rennen um den Titel ‚erfolgreichster Film aller Zeiten' sein wird, da dies ein einmaliger Familienfilm voller Herz und Schmerz ist." Was die Zahl der Zuschauer betrifft, so liegt immer noch der Klassiker „Vom Winde verweht" an der Spitze.

Befragt nach dem Rezept des ungeheuren Erfolges der Starwars-Episoden, meint Produzent Kazanjian: „Wir bieten die perfekte Mischung aus Märchen, Abenteuer, Science-fiction und Mythos. So entspricht z. B. die Darstellerin der Prinzessin Leia, Carrie Fisher, genau dem Bild, das sich der durchschnittliche Amerikaner von einer Märchenprinzessin macht. Auch alle Monster in dem Film ‚Jedi', etwa ‚Jabba the Hutt', eine Kreuzung aus Kröte, Raupe und Herzogin in ‚Alice im Wunderland', ähneln Ungeheuern aus dem Märchen. Oder sie gleichen jenen Ungetümen, die uns als Kindern in unseren Alpträumen erschienen. Als Ausgleich zu all diesen Schreckensgestalten gibt es im ‚Jedi' jetzt die lustigen Bärenhunde, die natürlich den Teddybären abgeguckt sind, die uns in unseren Kindertagen begleitet haben."

Ein typischer Kinderfilm also? Kazanjian: „In den USA dürfen sich Kinder ab sechs Jahren den Film in der Begleitung von Eltern ansehen. Aber vor allem Jugendliche und junge Erwachsene lieben den Film, denn nicht nur Kinder brauchen Märchen." Und damit weder Kinder noch Erwachsene auf die Idee kommen könnten, sich dieses Weltraummärchen daheim in der guten Stube per Video anzusehen, hat George Lucas verkündet, er werde die Videorechte des Films um keinen Preis verkaufen. Das rief zwar bereits jene Mafia auf den Plan, die sich auf die Produktion von Raubcassetten spezialisiert hat. Doch sogar den Einbruch in den Tresorraum eines Londoner Kinos konnte der „Ritter vom Laserstrahl" erfolgreich abwehren.

Bus stürzte in Schlucht: 13 Tote

Pol. **Wien**

Mindestens 13 Menschen kamen ums Leben, als ein vollbesetzter ungarischer Reisebus in einen 200 Meter tiefen Abgrund Mittwoch früh bei Frohnleiten (Steiermark) stürzte. 35 Businsassen wurden lebensgefährlich verletzt. Der aus Debreczen kommende Bus war von den „Medicor"-Werken, einer Spezialfabrik für ärztliche Geräte, für einen Betriebsausflug nach Wien gechartert worden. Auf dem kurvenreichen Rechberg kam der Bus auf der Talfahrt aus bisher ungeklärter Ursache von der Fahrbahn ab. Aus dem Fahrzeug, daß sich mehrmals überschlug, wurden viele der Passagiere herausgeschleudert und später von dem Bus erdrückt. Die Reisegruppe war am vierten Tag unterwegs zu ihrem letzten Ausflugsziel Wien. Der Fahrer hat den Unfall schwerverletzt überlebt.

Retorten-Drillinge

dpa, **Kiel**

Die Kieler Universitätsfrauenklinik erwartet „demnächst" zweimal die Geburt von Drillingen, die per künstlicher Befruchtung gezeugt wurden.

Millionen-Raub

dpa, **New York**

Aus einem Geldtransport im US-Bundesstaat Connecticut erbeutete ein Angestellter des Unternehmens acht Millionen Dollar (rund 20 Millionen Mark). Der Wachmann, von dem jede Spur fehlt, überwältigte zwei Kollegen.

Probelauf

dpa, **Hamm**

Im Thorium-Hochtemperatur-Reaktor in Hamm-Uentrop ist erstmals die kontrollierte Kernspaltung erfolgreich erprobt worden. Der Reaktor der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) soll 1985 den Betrieb aufnehmen.

Ausbrecherkönig gefaßt

dpa, **Ingolstadt**

Deutschlands Ausbrecherkönig Theo Berger ist gefaßt. Der 42jährige, der am 3. September einen bewachten Wirtshausbesuch in Straubing zum Sprung in die Freiheit genutzt hatte, wurde gestern auf den Tip von Passanten hin in Ingolstadt festgenommen.

10 Jahre für Kapitän

dpa, **Moskau**

Der Kapitän des sowjetischen Passagierschiffes „Alexander Suworow" ist zu zehn Jahren Haft verurteilt worden, meldete die Zeitung „Sowjetskaja Rossija". Das Schiff hatte Anfang Juni auf der Wolga eine Eisenbahnbrücke nahe Uljanowsk gerammt. Dabei waren nach offiziellen Angaben 170 Menschen umgekommen.

Der Lügendetektor entscheidet immer häufiger über Job oder Absage

US-Gerichte beginnen allerdings die Test-Flut für Bewerber und Beschäftigte zu stoppen

WOLFGANG WILL, **New York**

Lügendetektoren, wie die Polygraphen volkstümlich genannt werden, sind seit Erfindung und Einführung vor rund sechs Jahrzehnten umstritten. Regelrecht ins Kreuzfeuer geraten sie neuerdings in den USA, weil sich dort eine wahre Test-Flut anbahnt: die Zahl der Firmen nimmt zu, die nicht nur Bewerber, sondern auch Belegschaftsangehörige an die Lügendetektoren anschließen. „Damit trennen wir von Anfang an Spreu vom Weizen", sagt der Sprecher einer großen in Florida ansässigen Drugstore-Kette. Mit derartigen Tests wolle das Unternehmen die ständig steigende Zahl der Diebstähle eindämmen.

Diese Begründung wird von den Firmen, die sich dieser Methode bedienen, immer wieder genannt, und die Zahl dieser Unternehmen wächst. Im Falle der Florida-Drugstore-Kette handelt es sich um die Eckerd Corporation. Sie beschäftigt insgesamt 30 000 Menschen, und sie alle müssen sich einmal jährlich einem Lügendetektor-Fachmann mit seiner geheimnisvollen Maschine stellen. Der Ekkerd-Sprecher dazu voller Enthusiasmus: „Wir sehen darin Werkzeug und Methode, um eine der Ehrlichkeit verpflichtete Belegschaft zu erhalten. Das hat sich ausgezahlt: innerhalb der Branche haben wir die geringste Rate von internem Diebstahl." Wahllos befragte Eckerd-Angestellte aus verschiedenen Filialen hatten nichts gegen die Tests einzuwenden – Grundtenor: Wer nichts zu verbergen hat, braucht auch nichts zu befürchten.

Die Opposition aber ist unverkennbar. Vor allem Bürgerrechtsvereinigungen und deren Rechtsanwälte ziehen gegen diese Tests zu Felde. Paul Samuels etwa vom New Yorker „Legal Action Center" verurteilt die Methode als „verwerflich". Viele Menschen würden nicht nur grundlos ihre Stellung verlieren, sondern auch noch doppelt als Lügner und Dieb gebrandmarkt. „Lügendetektorentests sind einfach unwissenschaftlich."

Dem widerspricht die Garde der Examinatoren, die in 21 der 50 amerikanischen Bundesstaaten eine Art „staatliche Prüfung" ablegen müssen. „Was wir machen", sagt dazu der Washingtoner Polygraph-Experte Raymond J. Weir, „ist überzeugender, ist vor allem akkurater als die meisten anderen Untersuchungs- oder Erkennungsmethoden. Viele Gerichtsverfahren gegen Angestellte könnten vermieden werden, wenn mehr Firmen derartige Tests machten – denn auch dies darf nicht verkannt werden: eine Polygraphmaschine hat abschreckende Wirkung."

Es wird geschätzt, daß sich jährlich mehr als eine Million Amerikaner Polygraphen-Tests unterziehen müssen, und es gibt derzeit in den USA rund 5000 „Polygraphoren". Ihre Zahl hat sich damit binnen einer Dekade verdoppelt, und das trotz der Tatsache, daß Lügendetektor-Tests in den meisten US-Bundesstaaten nach wie vor kein juristisches Beweismittel sind, da zu ungenau und unzuverlässig.

Ein Polygraph arbeitet auf der Grundlage der Theorie, daß ein lügender Mensch Emotionen zeigt – nicht nur sichtbare, wie das Rotwerden, sondern vor allem unsichtbare: steigender Blutdruck, Schweißausbruch, sich veränderndes Atemvolumen. Das alles mißt oder registriert die Maschine, an die der Mensch angeschlossen wird und den man dann mit Fang- und Direkt-Fragen konfrontiert. „Wir ‚entblättern' die Persönlichkeit", meint stolz einer der „staatlich Geprüften".

Die ersten Urteile gegen die Methode sind jedoch eindeutig:

- In Florida wurden einem Mann 250 000 Dollar Schadenersatz von der Discount-Kette Zayre zugesprochen. Er war entlassen worden, nachdem er einen Lügendetektortest nicht bestanden hatte: In der Ladenkasse hatte eine größere Barsumme gefehlt. „Aber wir konnten nachweisen", sagt sein Anwalt Robin Gibson, „daß den Gelddiebstahl ein Angestellter begangen hatte, der mit Bravour aus dem Test hervorgegangen war."
- In Connecticut mußte die Lehigh Oil Company an 22 Beschäftigte insgesamt 219 000 Dollar zahlen: Sie waren aufgrund von Polygraphen-Examinierungen entweder entlassen worden oder hatten sich geweigert, sich den Tests zu unterziehen – und hatten deshalb ihre Positionen verloren. (SAD)

LEUTE HEUTE

Finder-Glück

Der 16jährige **Eric Dewild** aus Hollywood im US-Bundesstaat Florida, der vor einem knappen halben Jahr in der Nähe eines Bahndammes Schmuck und Juwelen im Wert von einer Million Dollar fand und sie bei der Polizei ablieferte, darf den Schatz behalten. Nach einem in Florida gültigen Gesetz wird jeder, der einen Fund bei der Polizei abgegeben hat, nach sechs Monaten zum Besitzer, wenn sich inzwischen nicht der ursprüngliche Eigner gemeldet hat.

Gesund und munter

Gerüchte über eine Herzoperation des angeblich sterbenskranken italienischen Filmproduzenten **Carlo Ponti**



(Foto) sind am Wohnsitz seiner Frau **„Sophia Loren** in Genf nachdrücklich dementiert worden. Er befinde sich nicht im Krankenhaus und sei bei bester Gesundheit, erklärte ein Sprecher der Filmschauspielerin.

„Papstbaby"

Johannes Paul III., 53 cm groß und 3,45 Kilogramm schwer, nannten Eltern ihr Kind, das in der Nacht vor der Ankunft von Papst Johannes Paul II. im österreichischen Wallfahrtsort Mariazell zur Welt kam.

Frankreich entschärft seine Lastwagen

Zum ersten Mal: eingebaute Geschwindigkeitsbegrenzer

JOCHEN LEIBEL, **Paris**

Rasende Lastwagen auf der Autobahn – Alptraum aller Väter in temperamentlosen Familienkutschen – sollen in Frankreich der Vergangenheit angehören. Die französischen Behörden wollen die Beachtung von Geschwindigkeitsbegrenzungen jetzt durch technische Mittel erzwingen. Das Regierungsamtsblatt „Journal Officiel" veröffentlichte ein Gesetz, wonach alle Lastwagen über zehn Tonnen mit einem mechanischen oder elektronischen Geschwindigkeitsbegrenzer ausgestattet werden müssen. Mehr als 90 km/h sollen in Zukunft nicht mehr möglich sein. Frankreich wird damit das erste Land der Welt, das die Höchstgeschwindigkeit von Lastwagen nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch begrenzt.

Die Lkw-Bremse tritt für die „Modelle 84" schon im kommenden Monat in Kraft. Diese Fahrzeuge, ganz gleich aus welchem Herkunftsland, müssen für eine Zulassung in Frankreich mit einem Gerät ausgestattet sein, das automatisch die Leistung der Benzinpumpe vermindert, wenn die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit erreicht wird. Bei Fahrzeugen von mehr als 19 Tonnen, vor allem also Sattelschleppern, liegt das Limit sogar bei nur 80 km/h. Das Gesetz gilt auch für Autobusse. Die zur Zeit noch verkauften „Modelle 83" müssen sich erst ab Oktober 1984 der neuen Vorschrift anpassen.

Das neue Gesetz ist eine der Konsequenzen, die die französischen Behörden aus dem schweren Autobahnunglück im vergangenen Jahr gezogen haben. Im Morgengrauen rammte da bei Beaune ein mit Kindern besetzter Autobus mehrere Pkw und ging in Flammen auf. Mehr als 50 Menschen, hauptsächlich Kinder, kamen ums Leben. Die genaue Schuldfrage wurde trotz Einsatz einer Sonderkommission bis heute nicht geklärt. Sicher scheint den Fachleuten nur, daß überhöhte Geschwindigkeit eine Rolle spielte.

Aus der französischen Lkw-Industrie sind bisher keine Proteste gegen die neuen Maßnahmen gekommen. Die Kosten für eine entsprechende Umrüstung liegen bei weniger als 1000 Mark und machen deshalb beim Gesamtpreis eines neuen Lkw nur wenig aus.

Vor der Verabschiedung des Gesetzes hatte man sich in zahlreichen Ländern über Möglichkeiten der Geschwindigkeitsbegrenzung bei Lkws informiert. Am interessantesten schien das japanische System zu sein. Hier leuchtet eine auf dem Dach angebrachte Kontrollampe auf, wenn der Lastwagen die zugelassene Höchstgeschwindigkeit überschreitet.

Fachleute sehen allerdings auch Gefahren in den eingebauten Geschwindigkeitsbegrenzern. Da sie in jedem Gang wirken, verhindern sie in brenzligen Situationen auch den entscheidenden, vielleicht lebensrettenden Schub.

Anzeige

Bei uns fühlen Sie sich einfach wohl.

hotel nikko düsseldorf

Verkaufsdirektion

Telefon: 0211/8661 · Telex: 8582080

Immermannstr. 41 · D-4000 Düsseldorf 1

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Enzyklopädischen Literatur, Planegg/München, bei.

ZU GUTER LETZT

„US-Senat billigt Verteidigungshaushalt 1984 von 188 Dollar." Überschrift einer dpa-Meldung

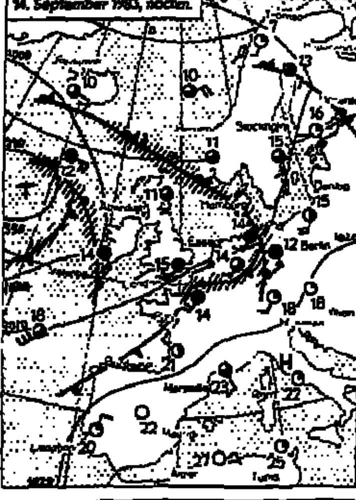
WETTER: Unbeständig, windig

Wetterlage: Regenfronten eines Sturmtiefs mit Kern westlich Schottlands ziehen nach Mitteleuropa und beeinflussen vor allem das nördliche und mittlere Bundesgebiet.

Vorhersage für Donnerstag:

Nördlich des Mains: Stark bewölkt bis bedeckt und vor allem nachmittags zeitweise Regen. 16 bis 19 Grad, nachts um 12 Grad. Stark auffrischender Südwestwind mit Sturmböen.

Südlich des Mains: Veränderlich bewölkt, vorübergehend sonnig, im Maingebiet etwas Regen, im Alpenvorland meist trocken. Nachmittags 18 bis 22 Grad, nachts 10 bis 14 Grad. Mäßiger Südwestwind.



Weitere Aussichten:

Wechselhaft mit Schauern. Böiger Südwestwind. Temperaturen etwas niedriger.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	30°
Bonn	17°	Kopenh.	14°
Dresden	12°	Las Palmas	23°
Essen	14°	London	15°
Frankfurt	17°	Madrid	22°
Hamburg	14°	Mailand	20°
List/Sylt	12°	Mallorca	27°
München	18°	Moskau	18°
Stuttgart	18°	Nizza	23°
Algier	27°	Oslo	13°
Amsterdam	15°	Paris	14°
Athen	31°	Prag	15°
Barcelona	23°	*Rom*	22°
Brüssel	14°	Stockholm	15°
Budapest	20°	Tel Aviv	28°
Bukarest	23°	Tunis	25°
Helsinki	16°	Wien	18°
Istanbul	28°	Zürich	16°

* **Sonnenaufgang am Freitag:** 6.57 Uhr, Untergang: 19.36 Uhr, **Mondaufgang:** 17.35 Uhr, Untergang: 1.00 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Hohe Tiere – von oben gesehen

DW. **Washington**

Friseure haben meist Haare auf den Zähnen. Sie hören eine Menge und sie erzählen viel – allerdings nie mehr, als dem Geschäft zugute kommt. Entsprechend wohldosiert plaudert jetzt einer von ihnen, der allerlei Prominenz über einen Kamm geschoren hat: Milton H. Pitts hat heute einen kleinen unscheinbaren Salon in der Lobby des Carlton-Sheraton-Hotels, nur einen Steinwurf von seinem anderen Arbeitsplatz entfernt – im Weißen Haus.

Rund um seinen Spiegel haben sie alle einen Ehrenplatz: Reagan, Regan, Shultz, Haig, Weinberger, Erlichman, Nixon, Meese, Baker, Bush, Ford, Rockefeller, Kissinger und Deaver. Sie alle konnte er versammeln, weil einst Präsident Nixon am Vorschneiden des Milton Pitts Gefallen fand. Der Mann wurde engagiert und zog fortan jeden Dienstag und Donnerstag von sieben bis 19 Uhr in einen eigens eingerichteten Frisiersalon im Westflügel des Weißen Hauses ein. Und damit niemand auf falsche Gedanken kam, blieb's auch für Präsidenten und seine Mitarbeiter beim gleichen Preis: 15 Dollar für den Schnitt.

Die meisten seiner Kunden, so erzählte er jetzt der „International Herald Tribune" mit einem Hauch von Verschwiegenheit, „verraten keine großen Staatsgeheimnisse". Zu einem Schwätzchen sind sie aber fast alle aufgelegt. Mit zwei Ausnahmen: „Kissinger ist dieser Typ, der immer liest. So wie Gerry Ford. Er war zwar freundlich, aber brachte meistens auch etwas zu Lesen mit." Ford allerdings ließ sich nicht so häufig sehen: „Er war fast kahl ..."

„Mit Reagan", schmunzelt Pitts, „rede ich meistens über Filme. Ein sehr warmherziger Mann." Die Kontakte zum heutigen Präsidenten reichen übrigens in eine Zeit zurück, als Pitts schon zum Weißen Haus gehörte und sein Kunde nur Kandidat war.

Aber auch wer die Großen der Welt immer nur von oben sieht, bekommt von Zeit zu Zeit Weltgeschehen hautnah mit: „An dem Tag des Attentats hatte ich mit Reagan eine Verabredung um vier Uhr und mit seinem schwer verletzten Pressesprecher Jim Brady für fünf." Und fast wie bestellt klingelt während des Gesprächs mit der „Tribune" auch das Büro von Außenminister Shultz an und sagt einen Termin für den gleichen Tag ab – wegen einer Sitzung in Sachen Jumbo-Abschuß.

Dabei sind die mageren Jahre des Herrn Pitts so lange nicht her. Präsident Jimmy Carter nämlich beschloß den Haarstylisten seiner Frau mit der Pflege seiner Haare zu betrauen. Und als der Mann an der Spitze sich seiner Dienste nicht mehr bedienen wollte, beschloß Pitts seine Sachen zu pakken. Er machte einen neuen Salon im Carlton-Sheraton auf. Viele seiner illustren Kunden blieben ihm aber auch dort treu. Als der Kandidat schließlich zum Präsidenten geworden war, klingelte schon bald das Telefon, und Michael K. Deaver, der Stabschef des Weißen Hauses persönlich, fragte, ob er seinen alten Job wieder tun wolle. Er tut ihn – alle zwölf Tage im Weißen Haus.

Zwischendurch können aber auch alte Bekannte weiter auf ihn zählen: „Kissinger hat sehr lockiges Haar, aber er mag es lieber glatt. So muß ich immer lange föhnen." Ihm sei es auch zu verdanken, daß Nixon von seiner Vorliebe für zuviel Brillantine abließ.

Der jetzige, so urteilt der Mann mit der Silbermähne, habe das schönste, vollste und gesündeste Haar aller „seiner" Präsidenten. Und wer immer noch ein Haar in der Suppe findet, dem schleudert der Figaro entgegen: „Und gefärbt ist es definitiv nicht ..."

Chinesische Entdeckung?

rtr. **Peking**

Chinesen schenkten der Welt viel Nützliches. Entdeckten sie auch Amerika? In der Diskussion, ob ein chinesischer Mönch namens Huishen tatsächlich der erste war, der im fünften Jahrhundert vor Kolumbus und den Wikingern in die Neue Welt reiste, meldete sich in der Tageszeitung „China Daily" Professor Luo Rongqu von der Universität Peking zu Wort. In historischen Aufzeichnungen der Liang Dynastie (502 bis 557 nach Christus) ist die Rede davon, daß Huishen im Jahre 458 zu einem Ort namens Fusang reiste.

Dort predigte er 40 Jahre den Buddhismus, bevor er in seine Heimat zurückkehrte. Verschiedene westliche Gelehrte identifizierten „Fusang" als Mexiko. Doch für Luo kann dies nicht sein, schließlich habe die buddhistische Religion in Mexiko nie Fuß fassen können. Ein Einwand, der die amerikanische Wissenschaftlerin Henrietta Motz nicht stört. Ihre Theorie: Huishen selbst wurde von den Indianern als der große Gott Quetzalcoatl verehrt. Eine mittelamerikanische Legende sagte, daß Gott von jenseits des Meeres kam, verschwand und wiederkommen werde.

Luo dagegen argumentiert, daß laut Liang-Überlieferung insgesamt fünf Mönche nach Fusang reisten, aber nur von der Rückkehr eines Mönches, nämlich Huishens, die Rede ist.

Luo führt auch technische Gründe an, die gegen einen „chinesischen Kolumbus" sprächen. Demnach sei eine gelungene chinesische Ozeanüberquerung noch vor dem 10. Jahrhundert kaum glaubwürdig. Allerdings hat Thor Heyerdahl mit seinen Nachbildungen früherer Schiffsmodelle bewiesen, daß solche Ozeanriesen zumindest möglich gewesen sind.

Ein Fund, den amerikanische Archäologen Anfang des Jahres machten, schien für eine solche Überquerung zu sprechen. An der Westküste Amerikas wurden nämlich zahlreiche runde Steinanker gefunden, wie sie auch im chinesischen Altertum benutzt worden waren. Luo schreibt dazu, die große Anzahl solcher Anker stütze nur die unwahrscheinliche Theorie, wonach Amerikas Küste in früher Zeit von Schiffen aus Asien förmlich überschwemmt worden sei, die alle dazu neigten, ihre Anker zu verlieren.

Dabei liege ihm, so Luo, gar nichts daran, jede chinesische Verbindung zu Amerika abzustreiten. Er sei lediglich der Ansicht, daß die Beweise nicht ausreichten.